

Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 05 54, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 28) 55 10 16 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Preisblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 5,50 Ffr., Griechenland 90 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 100,00 Din., Luxemburg 25,00 Flr., Niederlande 2,40 Gld., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,50 Sch., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,80 Fr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Andropow schreibt Kohl: Bundeskanzler Kohl hat einen zweiten Brief von KGB-Chef Andropow erhalten. Darin kritisierte dieser die Nachrüstung in der Bundesrepublik, hebt aber hervor, daß er die entstandene Situation „nicht als unumkehrbar“ ansehe. Das Schreiben deutet nach Bonner Interpretation auf die prinzipielle Bereitschaft Moskaus hin, den Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen noch einmal zu überdenken.

Neuwahlen in Japan: Ministerpräsident Nakasone hat die Unterhauswahlen aufgeschoben. Damit soll die politische Krise gelöst werden, die sich aus der Verstrickung des früheren Regierungschefs Tanaka in den Lockheed-Bestechungskandal ergeben hat. (S. 2)

Shamir bei Reagan: US-Präsident Ronald Reagan hat gestern den israelischen Ministerpräsidenten Shamir und dessen Außenminister Arens empfangen. Washington erhofft sich von dem Besuch der israelischen Delegation eine Neubegründung der bilateralen Beziehungen. (S. 1)

Stärker zur See: China will in den nächsten Jahren seine Marine erheblich verstärken. Geplant sei unter anderem der Bau von mehreren Flugzeugträgern, veräußerte in Peking. Auch sollen bis zu ein Dutzend U-Boote mit Atomraketen in Dienst gestellt werden.

ZITAT DES TAGES

„Käme heute die 35-Stunden-Woche, dann müßte man für viele Betriebe gleich die Letzte Ölung mitliefern.“

Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU) in einem Interview der Zeitschrift „Quick“.

FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Öl: Die Einfuhr von Rohöl ging in den ersten drei Quartalen um 54 Millionen Tonnen um 10,8 Prozent zurück; das Importvolumen von Halb- und Fertigprodukten stieg um 11,3 Prozent.

Mannesmann: Der Außumsatz lag in den ersten neun Monaten mit 9,8 Milliarden DM 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau. (S. 13)

Commerzbank: Nach drei Jahren ohne Ausschüttung soll für 1983 eine Dividende von sechs DM pro 50-DM-Aktie gezahlt werden.

Goldkrisis: Saudi-Arabien hat elf Super-tanker (Kapazität 15 Millionen Barrel) gechartert, um genügend Öl-Exportreserven zu haben, falls das Öl Irans und Iraks

KULTUR

Literatur: Den französischen Prix Femina für den besten Roman 1983 erhielt Florence Delay für „Riche et légère“. Der Prix Médicis, eine der angesehensten Literaturauszeichnungen, ging an Jean Echenoz für „Cherokee“.

SPORT

Fußball: Das Finale im Welpokal zwischen dem HSV (Europacupsieger) und Porto Alegre (Südamerika-Meister) wird am 11. Dezember ab 7.30 Uhr aus Tokio im Fernsehen (ARD) übertragen.

AUS ALLER WELT

Weihnachtsgeschichte: Weihnachten einmal anders. Zum ersten Mal seit der Zeit vor der Nachkriegszeit hat ein großes Münchener Kaufhaus sämtliche Auslagen aus der Weihnachtszeit geräumt und dort stattdessen die Weihnachtsgeschichte nachgestellt. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Elend der Konferenzen - Fritz Wirth über die Commonwealth-Konferenz. S. 2
- Nachrichtens-Diskussion:** Vom Protest zum Widerstand - ein Weg voller Gefahr. S. 3
- Hamburg:** Haushalt '84 wird für SPD zur Nagelprobe; neue Auseinandersetzungen. S. 5
- Chile:** WELT-Gespräch mit Staatschef Pinochet: „Die Wirtschaft, unser größtes Problem“. S. 7
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7
- Fernsehen:** Wüsten Disneyland - Anmerkungen zur WDR-Serie „Rote Erde“. S. 8
- Golf:** Bernhard Langer aus Augsburg wurde in dieser Saison zum Großsieger. S. 9
- Studienplatzbörse:** 106 Tauschwünsche für Rechtswissenschaften und Humanmedizin. S. 14
- Fotografie:** Der diskrete Charme der Prominenz: Felix H. Man wird neunzig Jahre alt. S. 17
- WELT-Report Japan:** Tanaka-Frage trübte positive Bilanz der Regierung Nakasone. S. 1 bis IV

Neuer Andropow-Brief an Kohl: Tür zu Gesprächen bleibt offen

Kanzler weist auf Zusammenhang mit SED-Erklärung hin/Rede vor Diplomaten

BERNI CONRAD/DW. Bonn
Das jüngste Schreiben des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurii Andropow an die Bundesregierung deutet nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl auf die prinzipielle Bereitschaft Moskaus hin, den einseitigen Abbruch der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen noch einmal zu überdenken. Kohl zog daraus den Schluß, daß die Sowjetunion die gegenwärtige Situation nicht als unumkehrbar betrachte. Diese Aussage des Kanzlers fiel zeitlich zusammen mit dem Kommentar der sowjetischen Auslandsagentur „Nowosti“, in dem es hieß: „Es ist noch Zeit für eine angemessene Lösung.“ Die Agentur erwähnte auch die Möglichkeit von bi- oder multilateralen Verhandlungen über Sicherheit und Rüstungsbau.

Nach Angaben Kohls ist das Schreiben Andropows am vergangenen Freitag in Bonn eingegangen; es soll in den nächsten Tagen beantwortet werden. Der sowjetische Generalsekretär kritisierte darin einerseits den Nachrichtenbeschluß des Bundes, lasse aber andererseits erkennen, daß die Tür nicht zugeschlagen sei. Offensichtlich sei darin auch ein Signal Moskaus zu sehen, „einen

Beitrag zu leisten, damit's weitergeht“.

Kohl stellte einen Zusammenhang zwischen dem Brief Andropows und der jüngsten Rede von SED-Chef Erich Honecker sowie anderen Stimmen aus den Ostblockstaaten her, die übereinstimmend darauf hinausläufen, daß man alles tun sollte, um die bilateralen und die multilateralen Ost-West-Beziehungen möglichst unbeschädigt aufrechtzuerhalten. Er selbst habe bei Gesprächen mit Botschaftern aus den Warschauer-Pakt-Staaten während eines gestrigen Empfangs für das Diplomatische Korps in Bonn den Eindruck gewonnen, daß der Ost-West-Dialog weitergehen werde.

Der Kanzler zitierte zustimmend das sowjetische KP-Organ „Prawda“, das am 21. November 1983 geschrieben habe, es gebe keine objektive Unmöglichkeit, die derzeitige unglückliche Lage zu überwinden. Kohl kommentierte: „Ich freue mich, daß die ‚Prawda‘ auch einmal über-einstimmt.“

Die positiven Stimmen aus dem Ostblock hatte Kohl zuvor auf dem Diplomatenempfang mit einem Plädoyer für „konstruktive und stabile Beziehungen mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa einschließ-

lich der Sowjetunion“ beantwortet. „In unserem Verhältnis zur Sowjetunion geht es um das, auch und gerade in schwieriger Zeit Dialog und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit fortzusetzen und unsere Beziehungen wo immer möglich zu verbessern“, versicherte Kohl den versammelten Botschaftern.

Besondere Bedeutung maß der Kanzler der Deutschlandpolitik bei, die zugleich europäische Friedenspolitik sei. „Sie ist in ihrer geschichtlichen Zukunftsperspektive gerichtet auf die Überwindung der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas. Wir wollen unverändert auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft. Wenn sie aufeinander zugehen und ihre Möglichkeit der Zusammenarbeit nutzen, so leisten sie gerade in Zeiten zunehmender Spannungen im Ost-West-Verhältnis einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens.“

Oberstes Ziel aller Bundesregierungen, so fuhr Kohl fort, sei es gewesen, zugleich Frieden und Freiheit zu sichern.

Kohl begründet Weizsäckers Nominierung

„Wirkung zielt auf Gemeinsamkeit der Demokraten“ / Strauß stimmt zu

MANFRED SCHELL, Bonn
Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat die Nominierung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), für das Amt des Bundespräsidenten vor allem mit dessen Über Parteilinien hinweg reichender Kraft zum Ausgleich begründet. Die Wahl von Weizsäckers zum Staatsoberhaupt ist für den 22. Mai 1984 in Bonn vorgesehen. Bundespräsident Karl Carstens hatte frühzeitig auf eine zweite Amtsperiode verzichtet. CDU und CSU verfügen in der Bundesversammlung über die absolute Mehrheit. Kohl hat inzwischen die Zustimmung des CDU-Präsidiums und des CSU-Vorsitzenden Strauß zu Weizsäckers eingeholt. Er hat auch die Vorsitzenden von FDP und SPD, Genscher und Brandt, unterrichtet.

Der Bundespräsident, so meinte Kohl, habe „keine sehr starke Kompromissposition im Sinne verfassungsgerechter Kompetenzen“. Im Bewußtsein der Bevölkerung habe jedoch jeder Bundespräsident einen wichtigen Platz eingenommen und das Bild der

Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt. In einer Zeit, in der es besondere politische Herausforderungen gebe, sei es wichtig, „daß der Bundespräsident die Fähigkeit hat, mit seinen Gedanken über Parteilinien hinauszugreifen und mit seinen Worten

SEITE 4:
FDP-Sorgen nach der Entscheidung

ten von möglichst vielen verstanden zu werden“. Die eigentliche Kompetenz des Staatsoberhauptes, so sagte Kohl, sei es, „Meinungsbildner zu sein und als ausgleichende Kraft zu wirken“.

Die Wirkung von Weizsäckers „zielt stets auf Gefühlsverbindung zwischen den Parteien und auf Gemeinsamkeit der Demokraten, nicht auf Polarisierung“. Ausdrücklich hob Kohl die Außen- und Deutschlandpolitik des CDU-Politikers hervor und dessen Engagement für die Menschen in der „DDR“.

Kohl räumte ein, daß der nunmehr beschlossene Weg von Weizsäckers aus Berlin für die Stadt „ein herber Verlust ist“. Auch er sei bei

dem Entscheidungsprozeß über den Kandidaten in einem „Zwiespalt“ gewesen, denn es sei legitim, auch Parteinteressen abzuwägen.

Er gehe davon aus, daß die Berliner CDU alsbald den Nachfolger bestimmen werde. Kohl nannte keinen Namen, obwohl es intern entschieden ist, daß dies der CDU-Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen sein wird. Kohl meinte lediglich, der Nachfolger werde „keine Kopie“ von Weizsäcker sein, sondern über ein „eigenes Profil“ verfügen. Der Kanzler wies Spekulationen zurück, von Weizsäcker habe im Vorfeld erklärt, auch bei einer Nicht-Nominierung werde er nicht in Berlin bleiben. Auch die Erklärung der SPD, gegen Weizsäcker keinen Gegenkandidaten aufzustellen, habe die Entscheidung der Union nicht beeinflusst. Ohne Kritik, sondern mit Verständnis nahm nach Angaben eines Parteisprechers der Berliner Landesvorsitzende der CDU die Beweggründe von Weizsäckers zur Kenntnis. Wohl aber sei von Vorstandsmitgliedern Bedauern über den Weggang des Regierenden Bürgermeisters geäußert worden.

USA und Israel hoffen auf Hussein

Shamir in Washington / Neubegründung der amerikanischen-israelischen Beziehungen?

TH. KIELINGER, Bonn
Unter überaus strengen Sicherheitsvorkehrungen haben in Washington die zwei Tage dauernden Gipfelgespräche zwischen dem amerikanischen und der israelischen Führung begonnen. Premierminister Itzak Shamir, in Begleitung von Verteidigungsminister Moshe Arens und einem Beraterstab, traf gestern mittig zum erstenmal mit Präsident Reagan und dessen Nahost-Beraterin im Weißen Haus zusammen.

Der Besuch der israelischen Delegation kommt dem Versuch einer Neubegründung der amerikanischen-israelischen Beziehungen gleich. In Washington glaubt man, mit dem Paar Shamir-Arens eine ungewöhnliche Kombination von israelischen Führern vor sich zu haben, nach den Jahren, in denen Premierminister Begin und sein Verteidigungsminister Sharon für die amerikanische Diplomatie gleichsam unüberwindliche Hürden darstellten. Die Interessen beider Länder, was

Libanon angeht, sind nahezu identisch: Abzug aller fremden Truppen, darunter der 40 000 Mann syrischer regulärer Einheiten, Aufbau einer stabilen Zentralregierung in Beirut und Beibehaltung des am 17. Mai geschlossenen Truppenrückzugsabkommens. Identisch ist für beide auch das Hindernis, das diesen Plänen im Wege steht: Syrien und die hinter Syrien stehende sowjetische Unterstützung. Nur ein seiner Beziehungen zu den USA sicheres Israel kann einen Gegenpol zu der immer stärker werdenden militärischen Macht Syriens abgeben.

An diesem Punkt der Erkenntnis war das Weiße Haus Ende Oktober gelangt, als der Nationale Sicherheitsrat Präsident Reagan einen Plan zu enger strategischer Zusammenarbeit mit Israel unterbreitete. Reagan zeichnete das Dokument am 29. Oktober ab, das in den Rang eines offiziellen Leitfadens amerikanischer Politik für die Beziehungen zu Israel erhoben wurde.

Dabei muß man beachten, daß die neue, noch auszufüllende strategische Kooperation mit Israel innerhalb der Reagan-Administration nicht auf ungeteilten Beifall trifft. Vor allem Verteidigungsminister Weinberger und die Spitzen der Stäbe der Teilstreitkräfte erheben Bedenken. Im Pentagon gibt man den Beziehungen zu Israel und zu den arabischen Staaten fast gleichrangigen Wert. Die langfristigen Planungen der US-Militärs kreisen weniger um Israel als um den Ernstfall einer Rohstoffkrise im Golf. Zudem hat man im Pentagon noch die vielen einseitigen Akte in Erinnerung, mit denen die israelische Politik in den Jahren 1981 und 1982 den amerikanischen Partner in Verlegenheit brachte. Genau vor zwei Jahren hatten Weinberger und sein Gegenüber Sharon schon einmal mit einem „Memorandum des Einverständnisses“ amerikanisch-israelische strategische Zusammenarbeit befestigen

Fortsetzung Seite 10

Europäer holen in der Raumfahrt auf

Forschungsminister Riesenhuber will die deutsche Industrie noch stärker beteiligen

DIETER THIERRACH, Bonn
In dem Start des europäischen Weltraumlabor „Spacelab“ sieht Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber „einen Beitrag, mit dem Europa nach den USA und der Sowjetunion die Schwelle zur bemannten Raumfahrt überschreitet“. Mit diesem Projekt unter deutscher Beteiligung habe die Technologie in Europa Anschluß an einen der anspruchsvollsten Bereiche der Raumfahrt gefunden.

Riesenhuber betonte die weltweit anerkannte Grundlagenforschung auf dem deutschen Raumfahrtsektor. Der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) mit ihren 3400 Mitarbeitern (Jahreslohn: 400 Millionen Mark) komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der Minister bezeichnete es als zukünftige Aufgabe aller am „Spacelab“-Unternehmen Beteiligten und vor allem der European Space Agency (ESA), technologische Weltraumprojekte zu definieren und der forschenden Industrie klarzumachen, welche Möglichkeiten hier zur Verwirklichung anstehen. Der Industrie müsse mehr Spielraum bei künftigen Unternehmungen eingeräumt werden. „Wir werden die Industrie um Anregungen aus den eigenen Reihen bitten“, sagte Riesenhuber.

An dem Flug mit den 72 Experimenten an Bord des Weltraumlabor sind 29 deutsche Forscher (32 Experimente) beteiligt. Den deutschen Kostenbeitrag an der „Spacelab“-Entwicklung beziffert Riesenhuber mit 1,2 Milliarden Mark, 55 Prozent der Gesamtfinanzierungssumme. Elf

Prozent des Haushaltes seines Ministeriums kommen der Raumfahrt zugute. Riesenhuber: „An dieser Größenordnung wird sich auch in Zukunft nichts ändern.“

Für den 1985 geplanten rein deutschen Weltraumflug gibt es für Forschungsexperimente kaum noch eine Lücke für Interessenten, um sich experimentell zu beteiligen. 1988 wird allerdings - wiederum unter deutscher Regie - ein dritter Arbeitsflug angestrebt: „Hier ist noch vieles offen.“

Zu der einmonatigen Startverzögerung sind mit dem verbundenen Ausfall von wichtigen, fest eingeplanten Experimenten sagte Riesenhuber, daß diese Versuche unter Bedingungen wiederholt würden, die einen technisch einwandfreien Ablauf zuließen.

DER KOMMENTAR

Signale

BERNT CONRAD

Nach anderen Politikern des Warschauer Pakts, wie SED-Chef Honecker und CSSR-Außenminister Choupek, hat jetzt auch KGB-Chef Andropow die Absicht erkennen lassen, den Ost-West-Dialog im Bereich der Rüstungskontrolle wie auf anderen Gebieten, nicht abreißen zu lassen. Dies deckt sich mit positiven Eindrücken, die Bundeskanzler Kohl gestern auf einem Diplomatenempfang bei Gesprächen mit Ostblock-Botschaftern gewonnen hat.

Die von Kohl begrüßten „Signale“ bestätigen, daß die noch am vergangenen Wochenende von SPD-Politikern geschürten Ängste vor einer neuen „Eiszeit“ im Ost-West-Verhältnis irreal gewesen sind. Der CSSR-Außenminister hat völlig recht: Das Leben endet nicht mit der westlichen Nachrüstung. Vor allem die wirtschaftlichen Interessen nicht nur der kleinen Warschauer-Pakt-Staaten, sondern auch der Sowjetunion, sprechen dafür, die Zusammenarbeit mit dem Westen nicht aufs Spiel zu setzen. Als weiteres Motiv für die differenzierteren Stimmen

aus dem Osten kommt die Notwendigkeit hinzu, dem besonders in der „DDR“ und der CSSR vorhandenen Unmut der Bevölkerung über zusätzliche sowjetische Raketenstationierungen entgegenzuwirken.

Der Bundesregierung passen die Entspannungssignale auch aus innenpolitischen Gründen ins Konzept, weil sie dazu beitragen, die von „Friedensbewegten“ und Sozialdemokraten geschürte Hysterie besonders unter jungen Leuten abzubauen. Der Kanzler hat deshalb auf die östlichen Äußerungen mit der dezidierten „Bereitschaft zu einer breiten und langfristig angelegten Zusammenarbeit zwischen West und Ost“ geantwortet. Für das innerdeutsche Verhältnis berief er sich auf eine besondere „Verantwortungsgemeinschaft“.

Die Gemeinschaft sollte allerdings nicht bedeuten, daß nun weiteren Kreditwünschen der „DDR“ Tür und Tor geöffnet wird. Das gilt auch für alle neuen Kreditwünsche Ost-Berlins. Hier muß dem Prinzip „Leistung und Gegenleistung“ zunächst einmal wieder Geltung verschafft werden.

Japan wählt schon am 18. Dezember

rtw/DW, Tokio

Die japanische Regierung hat gestern die Konsequenzen aus dem Lockheed-Bestechungsurteil gegen den früheren Ministerpräsidenten Kakuei Tanaka gezogen und das Parlament aufgelöst. Für den 18. Dezember wurden Neuwahlen angesetzt, sechs Monate vor dem regulären Ende der Legislaturperiode.

Als Kaiser Hirohito das Auflösungsdekret unterzeichnete, befahl er dem Parlament gerade mit einem Mißtrauensantrag von vier Oppositionsparteien gegen Regierungschef Yasuhiro Nakasone. Der Ministerpräsident hatte sich geweigert, den am 13. Oktober zu vier Jahren Haft verurteilten Tanaka zur Niederlegung seines Mandates zu zwingen.

Ungeachtet der Kritik, die in der Öffentlichkeit an seinem Verhalten in der Tanaka-Affäre geäußert worden ist, geben Nakasone und seine Liberaldemokratische Partei (LDP) nach dem Urteil japanischer Meinungsforscher als Favoriten in den Wahlkampf. In den Zeitungen „Mainichi“ und „Yomiuri“ wurden Umfrageergebnisse veröffentlicht, nach denen 41 Prozent mit Nakasones Auftreten bei den jüngsten politischen Großereignissen, wie dem Besuch des US-Präsidenten, zufrieden waren.

Im bisherigen Parlament haben die Liberaldemokraten 285 Mandate, die Sozialisten 100, die Mittelparteien der Kometo („saubere Regierung“) und der Demokratischen Sozialisten 34 beziehungsweise 31 und die Kommunisten 29. Insgesamt 19 Sitze entfallen auf kleinere Gruppen.

Seite 2: Nakasones Wagnis

Größerer Aktionsradius für Chinas Seestreitkräfte

Modernisierungsprogramm geplant / Sorge wegen Vietnam

rt. Peking
Die chinesischen Seestreitkräfte sollen in den nächsten Jahren als Teil einer neuen „aktiven“ Verteidigungsstrategie deutlich ausgebaut werden und so einen weitaus größeren Operationsradius erreichen. Aus Kreisen, die den Streitkräften nahestehen, wurde jetzt bekannt, daß innerhalb des chinesischen Modernisierungsprogramms bei der Marine der Bau von bis zu fünf Flugzeugträgern geplant sei.

Im nächsten Jahrzehnt sollen nach diesen Informationen auch bis zu einem Dutzend U-Boote in Dienst genommen werden, die mit Atomraketen ausgerüstet sind. In das Modernisierungsprogramm würden auch die beiden größten Kriegsschiffsklassen einbezogen. Sowohl die Raketenzerstörer der Luta-Klasse als auch die Raketenfregatten der Jiangnan-Klasse mit neuem elektronischen Gerät, verbesserten Raketen und Hubschraubern ausgestattet werden.

Geplant sei ferner die Entwicklung einer neuen Zerstörerklasse mit größerem Aktionsradius, die es der chinesischen Marine ermöglichen würde, auch außerhalb der chinesischen Gewässer zu operieren. Dazu soll auch das Hauptquartier der chinesischen Südflotte bei Zhangjiang, das rund 240 Kilometer von der Grenze zu Vietnam entfernt liegt, bedeutend verstärkt werden.

Die chinesische Marine war bislang traditionell gegenüber dem Meer und der Luftwaffe benachteiligt. Die angespannten Beziehungen zu Vietnam und die ständig stärker werdende militärische Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte im Fernen Osten hätten zu einem Umdenken beigetragen. Mit besonderer Sorge beobachtete die chinesische Regierung die vor Vietnam liegenden sowjetischen Marine- und U-Boot-Verbände, die von Marinekampfflugzeugen mit langer Reichweite unterstützt würden.

Als weiterer Grund für die Verstärkung der chinesischen Seestreitkräfte wurde in den militärischen Kreisen die begonnene Erschließung der Ozeane vor der südchinesischen Küste genannt. Diese Felder gelte es zu schützen.

alle that are carried on a part of non-homologous sex cXms etc sex - linked

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grenzsituationen

Von Herbert Kremp

Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf ist für eine Idee und den zu ihr passenden Logizismus immer gut. Seit längerem hält er Friedenssicherung durch atomare Abschreckung nicht für „konsensfähig“. Nun baut er in einem Aufsatz diesen Gedankenweg aus und gelangt dabei zu der Ansicht, daß bei einer Existenzfrage wie der nuklearen die parlamentarische Mehrheit der Wählermehrheit zu folgen habe. Darauf läuft es hinaus, auch wenn Biedenkopf wolkige Worte wie „Rückkopplung“ und „Beteiligung“ verwendet.

Ausgangspunkt der Darlegungen ist aber nicht eine Reform des parlamentarischen Systems, sondern das Unbehagen gegenüber einer Strategie, die den Menschen eine „nukleare Grenzsituation“ oktroyiert, die auf die Dauer nicht akzeptabel sei. Biedenkopf hat eine Alternative parat. Um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, müsse es Ziel aller Politik sein, die freiheitliche Ordnung westlicher Art auf ganz Europa auszudehnen. Auf ganz Europa – das schließt wohl die Sowjetunion ein. Was kann man sich – von Kants Ewigem Frieden abgesehen – Schöneres vorstellen?

Leider würde es bei der Inangriffnahme dieser Politik einige Schwierigkeiten mit der Sowjetunion geben. Denn es ist auch das seit jeher erklärte Ziel aller Politik der Sowjetunion, ihre Ordnung auf ganz Europa auszudehnen. Das muß nicht unbedingt mit Waffengewalt geschehen. Um aber auch darauf vorbereitet zu sein und um einen eventuellen Ausdehnungsdrang der westlichen Seite sofort bekämpfen zu können, lebt die Sowjetunion in einem Konsens mit ihrer nuklearen Militärdoktrin und akzeptiert die damit gegebene „Grenzsituation“.

Bedauerlich, daß Biedenkopf, als systematischer Denker bekannt, diesen entscheidenden Umstand vernachlässigt. Denn unsere Grenzsituation beruht ja gerade darauf, daß die Sowjetunion die atomare Grenzsituation zu ihrer Hauptdoktrin erklärt hat. Und zwar seit 1959. Eine umfangreiche Literatur aus der Feder so bekannter Strategen wie Sokolowski, Sidorenko, Resnitschenko, Sawkin, Gretschno beschäftigt sich in aller Öffentlichkeit mit dem Vorrang der Kernwaffen als Mittel einer offensiven Kriegsführung. Man muß sich nur in die Grenzsituation des Lesens begeben. Der nukleare Erstschlag ist für die Sowjetunion eine Selbstverständlichkeit. „Nukleare Schläge sind jetzt die wichtigste Methode, eine Offensive erfolgreich zu gestalten“, schreibt Resnitschenko.

Für Schnell-Leser empfiehlt sich das Buch „Sowjetische Militärstrategie in Europa“ von Joseph D. Douglas, München 1983. Wir wünschen Kurt Biedenkopf eine aufschlußreiche Lektüre.

Elend der Konferenzen

Von Fritz Wirth

Commonwealth-Konferenzen lassen sich mit Gebrauchtwagen vergleichen, die ihre Höchstgeschwindigkeit im Leerlauf erreichen. Abschüssige Straßen sind also willkommen. Vor zwei Jahren bot in Australien das wachsende Nord-Süd-Gefälle Anlaß zur sogenannten „Melbourne-Erklärung“. Sie ist längst am Steilhang der politischen und wirtschaftlichen Realitäten gestrandet.

In Indien gab in den letzten Tagen nun der Niedergang des Ost-West-Dialogs den 45 Staatsmännern die Chance, aufs Gefühl einer sogenannten „Goa-Erklärung“ zu springen. Die Erklärung nimmt die Vision eines Weltfriedens ins Visier und fordert Moskau und Washington auf, dabei über die Horizonte der Raketenrüstung hinwegzuschauen. In derselben Erklärung gelang das Kunststück, von der Notwendigkeit eines größeren Schutzes für die kleinen Staaten dieser Welt zu sprechen, ohne das Wort Grenada zu erwähnen.

Man kann den in Neu-Delhi versammelten 45 Regierungschefs nicht vorwerfen, in den letzten acht Tagen die dringenden politischen und sozialen Probleme dieser Zeit ignoriert zu haben. Die Tragik dieser Treffen ist lediglich ihre absolute Ohnmacht. Commonwealth-Konferenzen sind der letzte Versuch in der internationalen Konferenz-Industrie, die Probleme unserer Zeit durch Handauflegen und Besprechen zu lösen.

Es gab einmal Zeiten, da versuchte diese Konferenz, der Welt ein Beispiel für Common sense und Rassen-Integration in dieser Welt zu geben. Heute ist sie bereits überfordert, die Probleme im eigenen Hause zu lösen. So schön und idealistisch die „Goa-Erklärung“ dieser Konferenz sich liest, Tatsache bleibt, daß auch nach Neu-Delhi die wirklichen Probleme des Commonwealth – Grenada, Zypern, Namibia und der Sportverkehr mit Südafrika – so ungelöst bleiben wie bisher. Die Route für die nächste Konferenz ist bereits abgesteckt: im Leerlauf und in Talfahrt durch das Gebirge der Krisen unserer Zeit.

Gruß aus Kuba

Von Manfred Neuber

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen – diese bittere Erfahrung muß Kolumbiens friedfertiger Präsident im Umgang mit der Guerrilla machen. Als treibende Kraft hinter den Bemühungen der Contadora-Gruppe um Frieden in Mittelamerika international geachtet, erhielt Belisario Betancur eine Ovation der UNO-Vollversammlung. Unterdessen treten die Terroristen im eigenen Lande immer unverfrorener auf.

Eingedenk seines Wahlversprechens, Kolumbien den inneren Frieden zu sichern, erließ der Präsident vor Jahresfrist die umfassendste Amnestie für „politische Verbrechen“ in der Geschichte des Landes. Sie ist ein Fehlschlag. Nur ein kleiner Teil der Partisanen gab auf. Zu Recht argwöhnt das Militär, daß die Rebellen jede Atempause zur Vorbereitung neuer Aktionen nutzen.

Nicht von ungefähr kursieren seit kurzem in Bogotá Gerüchte über Unzufriedenheit im Heer und mögliche Putschpläne. Jene Kräfte, denen das Entgegenkommen des Präsidenten gegenüber den Feinden der parlamentarischen Demokratie zu weit geht, reiben sich jetzt schadenfroh die Hände, weil ein Bruder Betancurs entführt wurde.

Ausgerechnet die auf Kuba eingeschlossene Guerrilla-Gruppe ELN (in Kolumbien operiert ein halbes Dutzend „nationaler Befreiungsbewegungen“ unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung) bekannte sich zu einem Zeitpunkt zu dieser Tat, da angeblich die kubanischen „Berater“ zu Hunderten aus Nicaragua abgezogen werden.

Das ist ein schwerer Schlag für einen Staatsmann, der zu Hause und unter den Nachbarn Frieden stiften will und der nun für das Leben seines Bruders mit maßlosen politischen Zugeständnissen zahlen soll. Der Vorfall erhält aber die Strategie Havanas, ein Zurückweichen an einer Stelle mit Gegenstoßen an anderen Orten wettzumachen.

KLAUS BÖHE



Selbständige Bewegung

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHE

Nakasones Wagnis

Von Fred de La Trobe

Ministerpräsident Nakasone hat das Unterhaus des japanischen Parlaments aufgelöst. In drei Wochen finden Neuwahlen statt. Kein ernsthafter Beobachter zweifelt an einem Sieg der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), die seit Kriegsende praktisch ununterbrochen das Staatsruhr geführt hat. Dennoch ist der Umengang keine trockene Routinehandlung. Das Ergebnis könnte die politischen Akzente merklich verschieben.

Für Nakasone, der sich während seiner gerade einjährigen Amtszeit rasch zu einem Favoriten des Westens gesteigert hat, stellt der Wahlgang eine Feuerprobe dar. Wie kaum einer seiner Vorgänger nutzte der Ministerpräsident die kurze Frist, um Japan fester im westlichen Lager zu verankern. So ist es vor allem die Außenpolitik, in der er eine beachtlich gute Bilanz vorlegen kann.

Sein größter Erfolg war zweifellos die entscheidende Klimabesserung zu den Vereinigten Staaten. Sein sehr persönlicher diplomatischer Stil führte zu einem betont freundschaftlichen Verhältnis zu Reagan. Seither sind kritische Worte aus Washington gegen den japanischen Partner auffallend seltener und gedämpfter geworden. Auch zu den westeuropäischen Staatsmännern fand Nakasone ein ungezwungenes und herzliches Verhältnis als seine Vorgänger.

Die zunehmende Bedrohung Ostasiens durch die sowjetische Hochrüstung stellte der Premier seinen Landsleuten so klar und ernst vor Augen, wie es vor ihm kaum ein japanischer Politiker getan hat. Angesichts der Fesseln durch die japanische Verfassung, politischer Zwänge und Rücksichten auf die Staatsfinanzen konnte er allerdings seine Einsichten bisher noch wenig in Taten umsetzen. So blieb die Festigung der Beziehungen zum Westen mehr auf der Atmosphäre beschränkt. In den Streitfragen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern haben sich auch unter Nakasone noch keine grundlegenden Lösungen abgezeichnet.

Im Bereich der Verteidigung drängt Washington weiterhin auf einen größeren japanischen Beitrag. Nach amerikanischem Urteil müßte Japan seine Militärausgaben mindestens verdoppeln, um eine angemessene Verteidigung der

japanischen Inseln und der Seerouten im Umkreis von tausend Seemeilen gewährleisten zu können. Auch das chronische Problem der japanischen Exportüberschüsse in den USA und der Europäischen Gemeinschaft ist von einer Lösung weit entfernt.

Weniger spektakulär, aber auch anscheinlich ist die innenpolitische Bilanz nach der einjährigen Regierungszeit des Ministerpräsidenten. Seine Verwaltungsreform, gegen die wuchernde Bürokratie, erste Ansätze zur Sanierung der Staatsfinanzen und ein merklich verbessertes Konjunkturklima waren die Bereiche, in denen Nakasone Punkte sammeln konnte.

Trotz dieses beachtlichen Starts bleibt der Premier in Japan einer der umstrittensten Regierungschefs der Nachkriegszeit. Der Spitzname „Wetterhahn“, den ihm frühere politische Akrobatik eintrug, ist an ihm hängen geblieben. Die schwerste Hypothek ist aber zweifellos die Tatsache, daß sich Nakasone nicht von dem dominierenden Einfluß des wegen Korruption gestürzten und gerichtlich verurteilten Ex-Premiers Tanaka befreien kann.

Kritiker werfen dem Ministerpräsidenten seinen mangelnden Einsatz für politische Sauberkeit vor. Ohne die Unterstützung (und Fernsteuerung) Tanakas, der die stärkste Fraktion im liberaldemokratischen Lager führt, kann Nakasone aber seine Macht nicht behaupten.

So muß die LDP in einen Wahl-



Stürzte Japan in die Krise: Ex-Premier Tanaka

FOTO: SVEN SIMON

Initiative für die Bürger, Exekutive für die Genossen

Wie die SPD den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz unterlief / Von Dankwart Guratzsch

Die Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik stehen an einer Scheidemarke. Einmal gegründet als außerparlamentarische Interessensvertretungen gegen bürokratische und zentralistische Entscheidungsprozesse, sind sie nicht nur mit den Vertretungskörperschaften der repräsentativen Demokratie, sondern immer mehr auch mit ihrem Selbstverständnis in Konflikt geraten. Das wurde erkennbar auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Mörfelden-Walldorf.

Die Existenzfrage der Bürgerinitiativen spiegelt sich schon in der Art und Weise, wie die Umweltthemen aus den zweitägigen Diskussionen ausgeklammert wurden: Neben Struktur- und Prozedurfragen blieben für sie ganze sechs Minuten. Die übrige Zeit wurde über das Verhältnis zum „Staatsapparat“ und speziell über die Gespräche des Vorstandssprechers Jo Leinen mit der Polizei im Vorfeld der Friedensdemonstrationen

debattiert. Die radikalen und „autonomen“ Gruppen, vor allem die Vertreter der Frankfurter Startbahnbebewegung, sahen darin einen „Verrat“, weil die Bürgerbewegung für den Staat „kalkulierbar“ gemacht worden sei.

Zwar wollte sich niemand von ihnen ausdrücklich zur Gewalt bekennen, aber es fielen so gefährliche Sätze wie: Steine, die gegen Polizeihunde geschleudert worden seien, hätten sich manches Mal als „effektive Steine“ erwiesen, weil die Polizeibeamten dann zurückgewichen seien. Oder: „Über Gewaltfreiheit gibt es verschiedene Auffassungen“ (Achim Bender, Mörfelden).

Aber die Brokdorf- und die Startbahnbebewegungen sind Geschichte. An die Stelle der Umweltthemen ist das Friedensstigma getreten. Und die neuen Bündnispartner von den Kirchen bis zum DGB, von der SPD bis zu den Grünen sehen in „unfriedlichen“ Demonstrationen für den Frieden

einen „Grundwiderspruch“ und bestehen auf strikter Gewaltfreiheit.

Für den BBU nimmt sein geschäftsführendes Vorstandsmitglied Jo Leinen heute eine maßgebliche Rolle bei der Koordination der Friedensbewegung in Anspruch: Von ihm stamme das Konzept einer ganzen Aktionswoche vom 15. bis zum 22. Oktober, er habe als erster für eine bundesweite Volksbefragung plädiert, habe Verbindungen zu den Kirchen und Gewerkschaften geknüpft. Das alles sei nur um den Preis der völligen Gewaltfreiheit möglich gewesen.

Wird mit dieser Orientierung die inhaltliche Schwerpunktverlagerung von der Ökologie zur Friedensaktivität nachvollzogen, so folgt sie doch auch auf wundersame Weise dem Integrationschema des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der unter Einschuß der Ökologie und der Friedensbewegung eine „neue Mehrheit“ links von der CDU installieren möchte.

IM GESPRÄCH Alfonso Barrantes

Der Überraschungssieger

Von Werner Thomas

Der Wahlsieg kam für den kleinen Mann so überraschend, daß er noch keine Visitenkarten besitzt. Wenn Besucher seine Anschrift erfahren wollen, schreibt er auf einen Zettel: Alfonso Barrantes Lingán, Jiron Lampa 1137-103, Lima 1 - Peru.

Barrantes ist der neue Bürgermeister von Lima, Peru. Seine Wahl erregte Aufsehen über die Grenzen des Landes hinaus: zum ersten Mal wurde ein Marxist zum Oberhaupt einer latein-amerikanischen Hauptstadt gewählt.

Der aus der Nordprovinz Cajamarca stammende Anwalt, 56 Jahre alt, legt Wert auf die Feststellung, „kein Leninist“ zu sein. Er gehört auch keiner Partei an, er war allerdings einst KP-Mitglied. Hier ging er als Kandidat einer Koalition von sechs marxistischen Gruppen in den Bürgermeisterwahlkampf, der „Inkierda Unida“, der linken Einheitsfront, die sich allerdings nicht immer einig ist. Ihn haben die moskautreuen Kommunisten ebenso an wie die an China orientierten Genossen.

Der knapp einsechzigjährige Mestizo – er sieht ein wenig aus wie der salvadorianische Christdemokrat Napoleon Duarte – schaffte den Wahlsieg mit Charme, Charisma und volkstümlichem Verhalten. „Barrantes – Pueblo“, lautete sein Slogan. Barrantes – Volk. Barrantes beeindruckte aber auch die Wählerschichten der Mittelklasse durch moderate politische Erklärungen. Das sozialistische Peru, von dem er träumt, soll anders aussehen als die Sowjetunion oder Kuba. „Wir wollen kein Modell kopieren“, erläutert er in einem Interview in der Partei-Zentrale der IU. „Wir wollen ein eigenes Modell entwickeln. In Peru herrschen andere Realitäten.“

Obgleich Barrantes den jungen Führer der sozialdemokratischen Apra-Partei, Alan García, 34, als „Reformisten“ rüffelt, unterscheidet sich seine Vorstellungen nicht viel von ihm. Auch er plädiert für politischen Pluralismus, Blockfreiheit und eine gemischte Wirtschaft, die dem Privatsektor Entfaltungsmöglichkeiten garantiert. Auch er hält die kommunistischen Terroristen des „Sendero Luminoso“ für „irrationaler Elemente“, die „nur auf die Zerstörung aus“ seien, die von den Sicherheitsorganen bekämpft werden müßten. „Mit legalen Mitteln allerdings“, sagt Barrantes. Er kennt den Rebellen-Kommandeur Abimael Guzmán („Gonosse Gonzalo“) durch einen gemein-



Morist, aber kein Leninist“ ist Lima's Bürgermeister Barrantes. FOTO: UN

samen Gefängnis-Aufenthalt. Heute erhält Barrantes gelegentlich Drohungen gegen sein Leben. Politiker, die so offen die Kämpfer des „Leuchtturms“ kritisieren, leben gefährlich. Lima zählt vier Millionen Einwohner. Kein anderes Land Lateinamerikas wird so kolossal dominiert von einer Stadt wie Peru. Der Bürgermeister hat deshalb großes politisches Gewicht. Dennoch wurde Barrantes nach seinem Wahlsieg oft gefragt, ob es nicht noch ein höheres Amt anstrebt, die Präsidentschaft. Die Nation wählt schon in einem Jahr einen neuen Präsidenten.

Barrantes antwortet: „Soweit denke ich noch nicht. Ich habe gerade eine neue Aufgabe erhalten, auf die ich mich konzentrieren muß.“ Viele Beobachter glauben jedoch, daß er einer der Präsidentschaftskandidaten sein wird. Die Linken haben sonst keinen anderen zukünftigen Mann zu bieten. Nur wenige Peruaner rechnen jedoch mit einem Sieg des Marxisten, diesmal jedenfalls nicht. García, der sich als peruanischer Felipe González zu profilieren versucht, scheint die besten Chancen zu haben.

Seine Sorgen als Stadtoberhaupt dieser unkontrollierbar wachsenden Metropole können von dem Parteilokum noch überboten werden. „Es gibt Themen, über die wir nicht diskutieren“, betont Barrantes freimütig. „Afghanisten beispielsweise und Polen.“ Da würden sich die doktrinen und die weniger doktrinen Marxisten zerstreuen. „Ich muß das Bündnis festigen“, sagt der Koalitionsführer, „sonst fällt es auseinander.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Partei-Vorstand „Die Republikaner“ durch einige CSU-Abtreiber: was keine großen Aussichten einträgt.

General-Anzeiger

Die „Republikaner“, bayerisch konservativ ausgerichtet, werden es nicht schaffen, die feste bayerische CSU-Hochburg zu schleifen. In der Bundesrepublik wurde noch nie etwas aus Parteien, die von einem der wenigen Politiker aus nicht viel mehr als aus einer Protesthaltung heraus gegründet wurden. Auch bei Handlos und Voigt ist von einer halbwegs überzeugenden Programmatik noch nichts zu sehen, was nicht ausreicht, daß sie einige hundert frustrierte CSU-Anhänger um sich scharen könnten. Bange machen können sie der CSU damit aber nicht. Die letzte Partei, die mit großem Getöse antrat und wenig später in der politischen Versenkung verschwand, war die „Bürgerpartei“ des selbsternannten Steuerrebellens Fredersdorf. Ein ähnliches Schicksal droht derzeit den „demokratischen Sozialisten“ der früheren SPD-Abgeordneten Coppik und Hansen. Nur die Grünen schaffen eine Parteigründung mit einiger Aussicht auf Erfolg. Sie haben eine Idee. Handlos und Voigt aber haben nur eine Vergangenheit. Sie

wird „Die Republikaner“ auch bald einholen. (Bonn)

NEUE OSNABRÜCKER OZ-ZEITUNG

Daß eine neue konservative Partei sich in Bayern mit einer Kampfansage an Strauß Erfolgschancen ausrechnet, ist ein Symptom. Noch vor wenigen Jahren wäre ein solches Unterfangen selbst den engagiertesten Kritikern der CSU-Chefs – das Schicksal der Bayernpartei vor Augen – als Hirnspinnerei erschienen. Doch der Autoritätsverlust von Strauß, der mit der schweren Wahlniederlage 1980 begann und sich über das Debakel beim CSU-Parteitag bis zum vergeblichen Griff nach einem klassischen Ministerium fortsetzte, hat eine Stimmungsumschwung bewirkt. Der Bayer gilt auch in eigenen Ländern nicht mehr als unantastbar, als unbesiegt. Nur werden die Republikaner einem Irrtum erliegen, wenn sie darin schon für sich eine Erfolgsgarantie sehen. Stimmung heißt nicht Stimmen, und CSU nicht nur Strauß. Eine so straff organisierte, bis in die hintersten Winkel des Landes reichende Partei wird sich nicht von Neulingen – salopp gesagt: die Weißwurst vom Teller nehmen lassen.

Selbstzweifel über das Prinzip der Gewaltfreiheit und über die Gesprächsbereitschaft mit staatlichen Institutionen – das alles hat mit den Gründungsideen der Bürgerinitiativenbewegung nur noch wenig zu tun. Hinzu kommt die Konkurrenz zu anderen Gruppierungen, etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit seinen recht guten Kontakten zu allen Parteien, oder die Partei der Grünen. Für den BBU wird die Basis der Selbstständigkeit und -verwirklichung schmal.

Fast symptomatisch für die Verfallserscheinungen der Bewegungen war in Mörfelden die Niederlage der Startbahnbeute und ihres Heros Alexander Schubert. Der Mann, der einmal die „inszenierte Bewegung“ hatte gründen wollen, verließ als Geschlagener den Platz. Als die Teilnehmer aufgefordert wurden, den Freunden von der Startbahn wenigstens noch für die Organisation der Versammlung zu danken, war die Antwort nur noch Stille.

Vom Protest zum Widerstand – ein Weg voller Gefahr

Der Respekt vor dem demokratisch gewählten Parlament scheint inner- wie außerhalb des Bundestages gelitten zu haben. Militante Gegner der Nachrüstung sprechen nicht mehr von Protest, sondern von Widerstand. Es gab zahlreiche Belästigungen von Abgeordneten. Drohen sich Fehlentwicklungen von Weimar zu wiederholen?

Von MANFRED SCHELL

Vor Wohnungen von Bundestagsabgeordneten zogen Anhänger der sogenannten Friedensbewegung auf. Mehr als 40 zum Teil mehrstündige „Mahnwachen“ gab es bisher vor Häusern von Parlamentariern. Einige wurden anonym bedroht, sogar mit Mord, andere wurden per Telefon terrorisiert. Das Wohnhaus des CDU-Abgeordneten Pinger in Köln wurde mit der Schmiere „Raketensau“ besprüht, die Türschlösser verklebte man. Grundstücke von Abgeordneten wurden wiederholt von Demonstranten mit Fackeln und Plakaten betreten.

In Tübingen fand ein öffentliches „Tribunal“ gegen den CDU-Abgeordneten Todenhöfer statt. In Hamburg forderte man Nachbarn von Parlamentariern auf, auf diese Druck auszuüben. Geschäftsstellen der CDU wurden blockiert. Eine sicher unvollständige Bilanz außerparlamentarischer Aktivitäten gegen Bundestagsabgeordnete im Zusammenhang mit der Nachrüstungs-Debatte, Straßennähe und Unerträglichkeit untergraben nach und nach die ordentliche parlamentarische Tätigkeit. Bundestagspräsident Rainer Barzel hat in diesen Tagen Parlamentarier und Journalisten die „Erinnerungen“ von Paul Löbe, in denen dieser Satz steht, ins Gedächtnis gerufen:

„Löbe, Sozialdemokrat und Reichspräsident, hat darin aus eigener bitterer Erfahrung den Verfall parlamentarischer Sitten und Rechte im Deutschland der Weimarer Republik und den Niedergang des Parlamentarismus beschrieben: „Das Gescheh durch Nichtbeachtung der geschäftsmäßigen Vorschriften, durch Geschrei, Schimpfen, durch endlose Tiraden, die den gleichen Text tausendmal wiederholten, schließlich durch Tüfeln.“ Löbe schrieb diese Sätze als Anklage gegen Kommunisten und Nationalsozialisten. Sie haben jetzt, wo Grüne und Alternative im Deutschen Bundestag sind, wieder aktuelle Bedeutung erlangt.

Wer die zweite Debatte des Bundestages über das Ja oder das Nein zur NATO-Nachrüstung und deren Begleitumstände – draußen im Lande verfolgt hat, wird Parallelen zu dem erkennen, was Löbe beschrieben hat. Nicht von der Motivation der Grünen und Alternativen her betrachtet, aber im tatsächlichen Verhalten: Die Fraktion der Grünen hat vorab Störungen der parlamentarischen Beratungen und ein „Zusammenprall“ mit der Polizei veranbart. Sie hat intern über Manipulationen der Abstimmung beraten. Im Bundestag versuchten ihre Abgeordneten die Geschäftsordnung zu überdehnen und Redner mit einem Stakato von Zwischenrufen zu stören.

Konrad Porzner, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich auch gegen das Singen der Grünen im Plenarsaal gewandt. Die Parlaments-Korrespondenz vom Bundestag herausgegeben, schrieb zu Porzners Aussage im Ältestenrat: „Ohne die Grünen damit in Verbindung bringen zu wollen, erinnerte er daran, daß außer der Nationalhymne im Parlament nur von denen gesungen wurde, die später andere Abgeordnete ins KZ brachten.“ Auffallend war, daß die grünen Abgeordneten, nachdem die Debatte beendet war, über Stunden hinweg „persönliche Erklärungen“ abgegeben haben und damit die Abstimmung hinausgezögert. Volksbefragungen wurden von den Grünen mehrfach gefordert mit der Behauptung, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen die Nachrüstung.

„In seinem Buch „Flucht vor Hitler“ hat der bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner nach der Flucht in die Schweiz im Jahre 1937 über die Akzeptanzkrise der parlamentarischen Demokratie vor 1933 geschrieben, der Radikale den „wahren Volkswillen“ entgegenzusetzen. Volksbefragungen haben die repräsentative Demokratie geschwächt und in den Jahren 1931 bis 1933 nur radikale Parteien gedient. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, hat Volksbefragungen dieser Art deshalb eine Prämie auf die Demagogie genannt.

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages und die großen Parteien werden Konsequenzen ziehen müssen. CDU/CSU und FDP haben darüber gesprochen, eine Debatte über den „Widerstand“ im demokratischen Gemeinwesen anzusetzen. Die Grünen sollen zur präzisen Standortbestimmung in dieser Frage gezwungen werden. Erst dann könnte die Überlegung, ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen, konkreter werden. In einem Leitartikel zu ihrer Friedenspolitik haben die Grünen in Duisburg ihre Position so formuliert: „Wir wollen eine massenhafte Beteiligung am Widerstand. Diesem Ziel darf aber nicht die notwendige Qualität des Widerstandes geopfert werden, die auch Gesetzesübertretungen einschließen.“ Das Wort vom demokratischen Protest verschwindet somit zunehmend aus dem Vokabular der Friedensbewegung und wird durch das Wort „Widerstand“ ersetzt.

Überdies war, was Petra Kelly kürzlich in einer vom ZDF ausgestrahlten Sendung dazu gesagt hat: Sie wolle darauf hinweisen, „daß wir immer legal handeln, auch wenn wir illegal handeln im Sinne des Lebens, daß die Regierungen kriminell handeln und verbrecherisch und die Gesetze ständig brechen“. Wer so spricht, ist in der Gefahr, zumindest für andere eine Brücke zu schlagen, daß „Widerstand“ gegen staatliches Handeln Gewaltanwendung einschließen darf. Eine Sprecherin der „Arbeitsgruppe Boykott“, die in dieser Sendung ebenfalls aufgetreten ist, hat diese Brücke schon betreten. An Aktionen nannte sie: „Ständige Belagerung von Depots, Sabotageakte wie Lahmlegen von Elektroinstallationen, Fahrschulblockade, Heizung abstellen, Stromausfall, Computer blockieren.“

Der Staatsrechtler Professor Kriele hat den schlimmen Weg, den verirrte Geister aufgrund solcher „Vorgaben“ gehen könnten, beschrieben: „Wenn wir auf diesem Weg zu einer Eskalation für Gewalt kommen, dann haben Frau Kelly und andere, die solche und ähnliche Dinge sagen, da-



Mit dem Anspruch des „wahren Volkswillens“ gegen die Volksvortreter
FOTOS: POLY-PRESS

für mit der Verantwortung.“ Gemeint ist damit die Gefahr, daß ein neuer Terrorismus heranwachsen könnte.

Über „Widerstand“ wird gesprochen. Bundespräsident Karl Carstens erklärte: „Ein Widerstandsrecht gegen einen demokratischen Rechtsstaat ist absurd.“ Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte dazu am 21. November im Bundestag: „Hier ist gegenwärtig viel von Widerstand die Rede. Das Wort Widerstand ist in Deutschland vornehmlich verbunden mit dem mit Risiko für das eigene Leben verknüpften Versuch, Hitler zu bekämpfen oder ihn zu beseitigen. Auch im Sinne von Artikel 20 Absatz 4 unseres Grundgesetzes kann keineswegs von einem Recht auf Widerstand, auf Blockade oder Belagerung des Bundestages geredet werden. Der Bundestag hat vielmehr seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten ungehindert wahrzunehmen.“ Ungelindert, frei von Druck, so war es zumindest bisher üblich. Dieses Prinzip, das die Souveränität der Abgeordneten verlangt, wurde in den letzten Wochen durchbrochen.

Wolfgang Mischnick, der langjährige FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, hat diese Ereignisse im Parlament angesprochen. Er erinnerte daran, daß auch 1933 die „Mahnwachen“ gestanden hätten. „Was daraus geworden ist, das wissen wir.“ Wenn

ein Kollege angekündigt bekomme, vor seiner Wohnung werde eine „Mahnwache“ aufgestellt, und er mitteile, er sei zur Diskussion bereit, aber er sei auf einem Parteitag, und hinzufügt, nur seine 80-jährige Mutter sei da, und die stehen dann doch da, dann ist das Psychoterror.

Mischnick: „Und wenn Ihnen das noch nicht genug ist: Telefonterror die ganze Nacht; Flugblätter gefälscht – gefälscht! – mit der Unterschrift eines Kollegen, der keine Ahnung davon hatte – er sei angeblich unsicher, man solle ihn anrufen – bei einem anderen Kollegen, der kleine Kinder hat, Trommelwirbel vor der Tür; Kranzniederlegungen – die Kinder sehen den Kranz! Mischnick: „Ja, spüren Sie denn nicht, was Sie damit anrichten?“

Dieser leidenschaftliche Appell des FDP-Politikers wurde, wie es das Bundestagsprotokoll ausweist, von dem Zwischenruf der grünen Abgeordneten Beck-Obernordt unterbrochen: „Und die werden noch mehr zu sehen kriegen! Gemeint waren damit die Kinder, von denen Mischnick gesprochen hatte. Die Grünen haben, wie die letzte Debatte zeigte, den Kampf im Parlament gegen das Parlament begonnen. Sie wollten damit offenbar Anschluss an ihre „Basis“ gewinnen, die draußen schon viel weiter ist auf dem Weg vom „Protest“ zum rechtswidrigen „Widerstand“.

Vor den Sorgen der Hausfrau macht die Zensur halt

Die Zensur greift wieder in den polnischen Medien, die Phase der Lockerung ist vorbei. Doch die Propaganda des Erfolgs beschränkt sich auf primär politische Themen. Der polnische Verbraucher findet mit seinen Klagen dagegen nach wie vor ein Echo.

Von H. SCHMIDTENDORF

Beim Eintritt in das Gebäude der Presseagentur „Interpress“ im Zentrum der polnischen Hauptstadt flimmern Nachrichten über die geplante „Nach-Nachrüstung“ der „DDR“ und der CSSR mit Mittelstreckenraketen über den Bildschirm. Danach zeigt ein Fernsehfilm abwechselnd lachende, spielende Kinder und Dokumentaraufnahmen des Zweiten Weltkrieges mit dramatischer Musikunterlegung.

Sowjetische Friedensvorschläge und westliche Anti-Nachrüstungs-Demonstrationen sind in der polnischen Presse dieser Tage beherrschend. Die Kriegsgefahr, so ist den Medien zu entnehmen, gehe allein vom Westen aus. Diese Eindeutigkeit ist nicht weiter verwunderlich. Denn seit der Verhängung des Kriegsrechts hat die polnische Partei- und Staatsführung das Pressewesen wieder stärker in den Griff genommen.

Etwa 80 Prozent des öffentlichen Medienbetriebes in Polen liegt in den Händen des Druck- und Vertriebskonzerns „Prasa-Ksiązka-Ruch“ (PKR). Wissenschaftliche Publikationen werden vor allem durch das Verlagshaus „Sigma“ herausgegeben, das unter der Leitung eines langjährigen Parteimannes steht. Der PKR-Betrieb unterliegt dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei PZPR ebenso wie das Rundfunk- und Fernsehwesen. Dieser Umstand hatte nicht verhindern können, daß während der Lockerungsphase auch in diesen Medien immer schärfere politische Kritik laut wurde.

Unter dem Kriegsrecht begann die „Neuordnung“

Deshalb galten die ersten Aktionen während des Kriegsrechts besonders der „Neuordnung“ dieses Bereiches. Man stellte Zeitungen ein oder faßte mehrere zu einer zusammen, man ließ die Redaktionsstellen erst nach langen Monaten wieder zu (so bei der Monatszeitschrift „Pismo“ in Krakau), man bestellte einen neuen Chefredakteur (bei der als seriös-kritisch geltenden „Technik-Rundschau“ kam der neue Mann von der Armeezeitung „Zolnier Wolność“), und man entließ Hunderte von Journalisten, sofern sich Kritiker des Kriegsrechts wie bei der Wochenzeitung „Polityka“ nicht von sich aus den neuen Maximen verschrieben und aus der Redaktion austraten.

Verbunden war diese Umbildung mit der Erteilung der sogenannten Verifikation. Keine Verifikation – keine Arbeit, lautet das Motto. „Ich habe die Verifikation nicht bekommen“, berichtet eine ehemalige Rundfunk-Mitarbeiterin. „Möglicherweise könnte ich jetzt inzwischen zwar wieder in meinem alten Beruf arbeiten – aber dann wohl nur im Archiv.“ Gute Fachkräfte gingen und gehen so dem polnischen Journalismus verloren. Sie können sich nur in Maßen darauf verlassen, bei den wenigen unabhängigen katholischen Zeitschriften auch ohne Verifikation angenommen zu werden. Denn dort sind Finanzen und freie Plätze begrenzt. Außerdem droht das neugeschaffene „Gesetz gegen gesellschaftliches Parasitismus“ auch bei einem Arbeits „Entzug“ nach drei Monaten mit Strafen.

Entlassen wurden überdies mehrere hundert Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen, als Mitte des Jahres das zweite Programm eingestellt wurde. Fernseh-Generaldirektor Wojciechowski hatte dies mit der „Verbesserung der technischen Struktur“ und der Beseitigung eines „aufgeblähten Apparates“ begründet. In der Tat mutet das Arbeitspensum in den polnischen Medien einem

westlichen Kollegen in vielem behaglich an. Ein polnischer Journalist leistet ein geringes Pflichtpensum, das deshalb auch nach langjähriger Tätigkeit nicht gerade gut bezahlt wird. Daneben aber kann er – oft in der Arbeitszeit – außervertragliche Zusatzarbeiten übernehmen und sie anderen oder auch der eigenen Redaktion anbieten. Abnahmepflicht für die Sonderbeiträge besteht freilich nicht. Wer sich also unterbeschäftigt und unterbezahlt fühlt, richtet die Sonderbeiträge auch ohne ausdrückliche Weisung nach den mutmaßlichen Leistungskriterien aus, bleibt am „goldenen Zügel“.

Wo die Selbstdisziplin nicht ausreicht, tritt die wieder zu Ehren gekommene staatliche Zensur gemäß den über das Kriegsrecht hinaus bestehenden Richtlinien in Kraft. Es ist eine präventive Zensur, die sich nach zeitweiliger Schwäche wieder an jenen Kriterien orientiert, die ein ehemaliger Krakauer Zensor seinerzeit nach Schweden schmuggelte und der Öffentlichkeit zugänglich machte. In einem aufsehenerregenden Interview mit der Zeitung „Tygodnik Solidarnosc“ hatte vor zwei Jahren ein anderer ehemaliger Zensor mit der Kennnummer „K-62“, der sich bis zu einem Drittel als Zyniker bezeichnete, aus dem Innenleben der Zensur gelaudert. Er sprach vom „Fundament des ganzen Ladens“, vom „einzigen Laden“ in Polen, der „gut funktionierte“ – ein vorbildlicher Mechanismus. Und er sprach von der besonderen „Wertschätzung“ gerade für jene hervorragenden Journalisten, die dann doch zu brillante Beiträge lieferten, als daß man sie hätte veröffentlichen können.

Die Erinnerung an diese unverblühten Aussagen begleitet auch jene, die heute weiter in ihrem Beruf arbeiten wollen. Sie treten zum Teil dem neugebildeten „Schriftsteller-Verband der Volksrepublik Polen“ bei, angelockt durch teilweise überhöhte materielle Versprechungen und in der Hoffnung auf einen dann stabilen Arbeitsplatz. Doch manche der bekannten Namen fehlen in der neuen Organisation nach der Auflösung des alten Verbandes nach wie vor. Daß der Sitz des Verbandes Zensur von Systemkritikern ist, verwundert da nicht. An der Mauer neben der Verbandszentrale mußten Staatsmaler Buchstaben übermalen, die einmal „Solidarnosc lebt“ geheißen haben mögen.

Schlangen auch vor dem Zeitungskiosk

Verglichen mit der gedruckten Langeweile, die so manche Blätter der „Bruderländer“ zu Papier bringen, wirken polnische Zeitungen trotz allem noch frisch und lebendig. Sie zu bestellen, ist aufgrund der Papierknappheit an strenge Regeln gebunden. Schlangen bilden sich Tag für Tag vor den Kiosken. Man findet Klagen über die wirtschaftliche Misere fast in jedem Blatt, setzt Interviews mit Verantwortlichen oder Leserfragen in die Zeitung. Energieverschwendung in einem Betrieb, siebenjährige Reparaturverzögerungen bei einem Bauprojekt, aber auch Fälle von Großkriminalität und Unterschlagungen oder Prostitution werden in aller Offenheit den staunenden Lesern vorgeführt.

Die „Propaganda des Erfolgs“, jene Grundhaltung der Gierke-Arm, erstreckt sich hauptsächlich auf die Politik. Doch auch da gibt es Zwischenfälle. Man erfährt schon eine Menge über das Klima im Land, wenn beispielsweise die Breslauer „Arbeiterzeitung“ ein Mitglied der Partei mit dem Satz zitiert: „Jemand nannte mich einen roten Blutsauger.“

Offen für die vielfältigen Klagen der Bevölkerung über Planungsprobleme und Versorgungsprobleme zeigt sich vor allem die im Vorjahr neugegründete Wochenzeitung für Konsumenten „Veto“. Unermüdlich greift das Blatt Eingaben der Leser auf, die sie unter anderem zur ständigen Mitarbeit im „Veto-Konsumentenkreis“ animiert.

WIE WAR DAS?

Als sich die Christen in China isolierten

Von JOHNNY ERLING

Die protestantischen Kirchen Chinas, die seit der Kulturrevolution ihre Mitarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) – Weltkirchenrat – eingestellt hatten, haben ihre Kontakte zu dieser Institution wieder aufgenommen. Letzte Woche hielt sich ein chinesischer Bischof in Genf zu Gesprächen mit dem ÖRK-Generalsekretär Philipp Potter auf. Bischof Ding Guangxun, Präsident des „Chinesischen Christenrates“, dem die drei evangelischen Kirchen Chinas angehören, verhandelte über die Wiederaufnahme der Mitarbeit mit ausdrücklichem Einverständnis Pekings.

Einen offiziellen Austritt aus dem Weltkirchenrat, zu dessen Gründungsmitgliedern einst die Chinesen gehörten, hatte es nie gegeben; der Kontakt riß in den Wirren der Kulturrevolution ab. Erst seit 1979, mit Beginn der Liberalisierung der chinesischen Politik, erlaubte Peking Chinesen Christen eine Rückkehr zur früheren Religionsausübung. Formell ist dieses Recht in der Verfassung der Volksrepublik China seit ihrer Gründung verankert.

Wieder fünf Millionen Katholiken und Protestanten

Die letzten offiziellen Statistiken der Kirche in China finden sich im katholischen Handbuch 1950 „Le Missioni Cattoliche“ und beziehen sich auf das Jahr 1947. Danach gab es in China 3,2 Millionen Katholiken, rund 1,5 Millionen Protestanten und etwa 200 000 orthodoxe Christen.

Nach 1949 hatten alle westlichen Missionare China verlassen müssen. Der Vorhang schloß sich zwischen den chinesischen und den ausländischen Kirchen. Für die „Katholische Patriotische Vereinigung“, die 1957 gegründet wurde und den Papst nicht anerkennt, gilt das bis heute. In dem jüngsten Jahresbericht von Amnesty International wird eine Zahl von dreizehn nach 1981 verhafteten römisch-katholischen Priestern genannt, denen auch Kontaktaufnahme mit dem Vatikan vorgeworfen wird.

Über mehr Freiheiten verfügt die protestantische Glaubengemeinschaft in China. Als Hauptgrund gilt ihre erfolgreiche Umwandlung zu einer autonomen Nationalkirche, in der die Gegensätze der verschiedenen Glaubensrichtungen, vornehmlich der Methodisten und Baptisten, zurückgetrieben sind.

Ihre Eigenständigkeit hatte die protestantische Kirche bereits seit Anfang der 50er Jahre durch die von ihr begonnene „Drei-Selbst-Bewegung“ – ihrer Selbständigkeit in der Verwaltung in der Finanzierung und in der Mission – verwirklicht. 1954 folgte die Gründung einer umspannenden Patriotisch-Protestantischen Landeskirche. Damit löste sich die Kirche von dem Vorwurf des westlichen Einflusses.

Der Nankinger Bischof Ding, der zugleich auch Vorsitzender des Komitees der „Drei-Selbst-Bewegung“ ist, war bereits im vergangenen Jahr auf Einladung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Bundesrepublik, wo er erste Gespräche mit Partnerkirchen führen konnte. Nach seinen Angaben gibt es heute wieder zwei Millionen Protestanten und drei Millionen Katholiken in China, was allerdings nur 0,5 Prozent der Bevölkerung entspricht. Als während der Kulturrevolution alle Kirchen geschlossen wurden, entstand eine Bewegung der „Hausgottesdienste“.

Heute stehen wieder mehr als dreihundert katholische und siebenhundert protestantische Gotteshäuser den Gläubigen offen. 1980 wurde der „Chinesische Christenrat“ gegründet, der die organisatorisch zerfallene protestantische Kirche als eine Art Dachverband neuordnen und aufbauen soll.



Plakat von Nachrüstungs-Gegnern in Bonn: Nicht eine Politik, das Parlament wird angegriffen

Die Feststellung:

Die schuldenfinanzierte Volksbeglückung ist am Ende. Prof. Günter Schmolders, Mahner der ersten Stunde, zieht Bilanz:

Der Wohlfahrtsstaat am Ende – Adam Riese schlägt zurück – 286 Seiten, Leinen, DM 32,-

Die Prognose:

Die Politiker wissen es, Dr. Paul C. Martin dokumentiert es: Der Staat ist pleite! Schulden werden nur noch durch neue Schulden getilgt:

Wann kommt der Staatsbankrott 6. Auflage, 290 Seiten, Leinen, DM 32,-



Die Konsequenz:

Endlich die volle Wahrheit! Endlich der Kassensturz, von dem die Politiker immer geredet haben! Endlich alles über die weltweite Währungsreform, die unausweichlich kommen muß!

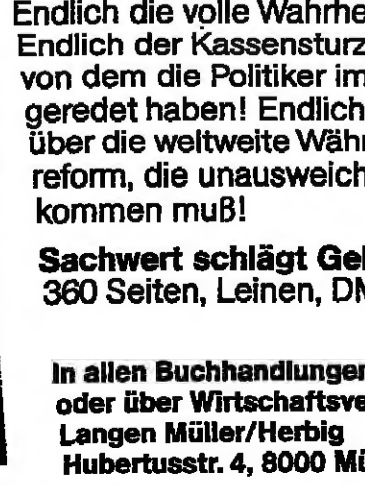
Sachwert schlägt Geldwert 360 Seiten, Leinen, DM 36,-

In allen Buchhandlungen oder über Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig Hubertusstr. 4, 8000 München 19

Wann kommt der Staatsbankrott



Sachwert schlägt Geldwert



Grüne: Aus der Kasse der Fraktion Geld für Kelly

STEFAN HEYDECK, Bonn
Die Sprecherin der Grünen im Bundestag, Petra Kelly, hat nach Angaben von Fraktionsangehörigen zur Nachzahlung offener Sozialabgaben 12 400 DM aus der Fraktionskasse erhalten. Diese Summe sei der EG-Verwaltungsrätin - sie vollendet heute ihr 36. Lebensjahr - erstattet worden, weil sie für die Partei- und Wahlkampfarbeit von Anfang 1982 an unbezahlten Urlaub genommen hatte. Aufgrund der Finanzlage wurden die Leistungen nicht von der Partei übernommen.

Diese Kostenübernahme bedeutet aber einen Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen. Denn nach Paragraph 3 des Abgeordnetengesetzes kann ein Bewerber um ein Bundestagsmandat zur Wahlvorbereitung auf eigenen Antrag hin allenfalls zwei Monate vorher beurlaubt werden. Weiter heißt es im Gesetz: „Ein Anspruch auf Fortzahlung seiner Bezüge besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.“ Außerdem sind die den Fraktionen und Abgeordneten aus Steuermitteln zustehende Gelder nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, zur Finanzierung von Mitarbeitern und für „internationale Kontakte“ bestimmt. Die Fraktionen dürfen mit der Parteiarbeit zusammenhängende Zahlungen nicht übernehmen.

Die Summe von 12 400 DM, die fast den von den Grünen kritisierten neuen monatlichen Gesamtbezug der Parlamentarier von 12 520 DM entspricht, war bei einer Überprüfung der Abrechnungen durch den neuen Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper entdeckt worden. Sie sei auf Drängen von Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann gezahlt worden.

Nach WELT-Informationen will die Fraktion jetzt die Rückzahlung durchsetzen. Notfalls, so ein Grüner, solle auf die Diäten von Petra Kelly zurückgegriffen werden.

Nach der von der Basis durchgesetzten „Selbstbeschränkung“ erhält jeder Abgeordnete der Grünen 1950 DM im Monat und für jeden Unterhaltsberechtigten weitere 500 DM steuerfrei sowie einen Zuschuß für eine Zweitwohnung in Bonn. Petra Kelly hat nach einem „Quick“-Beicht in der Bundeshauptstadt eine 128-Quadratmeter-Wohnung für 1500 DM Kaltmiete.

Gemäßigte setzten sich beim BBU durch

Abfuhr für radikale Anhänger der Startbahnbewegung

D. GURATZSCH, Mörfelden
Seit Wochen war in der Startbahnbewegung bei Frankfurt die Parole im Umlauf: „Jo Leinen muß abgeschossen werden!“ Radikale Anhänger der Startbahnbewegung verübten dem Rechtsanwalt Josef M. Leinen aus Kirchzarten bei Freiburg, daß er in seiner Funktion als Geschäftsführer des Vorstandsmitglied des Dachverbandes von etwa 1000 Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), bei der Vorbereitung der Friedensbewegung für Gespräche mit dem „Staatsapparat“ eingetreten war.

Leinens erklärte Ziel, durch Gespräche mit der Polizei und Vertretern der Innenministerien eine „Deeskalation von Diffamierungen und Kriminalisierungen von Bürgerbewegungen“ zu erreichen, wurde ihm als Versuch zur „Deeskalation und Spaltung“ der Friedensbewegung selbst ausgelegt. Nun sollte die Mitgliederversammlung des elf Jahre alten BBU im Gründungsort Mörfelden, dem Zentrum der Bewegung gegen die Frankfurter Startbahn West, den BBU-Sprecher zu Fall bringen.

Einen Gegenkandidaten hatte man auch schon: den früheren Sprecher des Volksbegehrens gegen die Startbahn West, Alexander Schubart. Aber es kam alles ganz anders. Jo Leinen und seine Anhänger siegten auf der ganzen Linie. Schubart wagte nicht einmal, seine Kandidatur anzumelden. Aber auch die von seiner Gruppe vorgeschickten Strohmannen unterlagen und errangen nicht einen einzigen Sitz in den Führungsgruppen, in denen sie bisher vertreten waren. Als sich ihre Niederlage abzeichnete, zogen sie am Schluß der Mitgliederversammlung ihre Kandidaturen zurück und verließen gemeinsam mit einer Hamburger Bürgerinitiative unter Protest die Versammlung. Ob der theatralische Abgang bereits die Spaltung des BBU bedeutet, wird sich noch erweisen.

Jo Leinen erhielt mit 93 von 130 Stimmen die höchste Stimmenzahl; außerdem ihm wurden die 56jährige Hausfrau Inge Ammon von der Anti-Atom-Bewegung Geesthacht und der Schüler Gunnar Seitz von der Friedensinitiative Mutlangen in den ge-

schaftsführenden Vorstand gewählt. In den 13 Mitglieder starken erweiterten Vorstand rückten insgesamt fünf SPD-Mitglieder, ein Grüner, ein Mitglied der Deutschen Friedensunion, ein ÖTV-Mitglied und fünf Parteiloze ein.

Seinen künftigen Kurs an der Spitze des BBU beschrieb Jo Leinen als „gewaltfrei, überparteilich und gesprächsfreundlich nach allen Seiten“. Schwerpunkte des Verbandes müßten 1984 die Themen saurer Regen, Reinhaltung von Böden und Gewässern, die Querverbindungen zwischen friedlichem und militärischem Gebrauch der Kernenergie, zwischen Naturzerstörung und militärischem Flächenverbrauch sowie zwischen Umweltschutz und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sein. Hier sieht der BBU-Sprecher auch ein strategisches Ziel: Angesichts der Massenarbeitslosigkeit müsse die „bürgerliche“ außerparlamentarische Bewegung mit der Arbeiterbewegung verbunden werden.

In den vorangegangenen Diskussionen waren die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des alten Vorstandes, das finanzielle Debakel des Verbandes (Gegner Leinens sprachen von Verschwendung und Pleite) und die schwere Irritation zahlreicher Bürgerinitiativen über den angeblichen „Staatsvertrag“ des BBU-Sprechers Leinen mit der Polizei endlos und ergebnislos debattiert worden. Am Ende hatte Alexander Schubart noch einmal seine ganze Rhetorik aufgebracht, um Leinen zu stürzen. Er warf ihm selbstherrliches „Guru-Verhalten“ vor und bezichtigte das SPD-Mitglied Leinen der „Anbindung an eine herrschende Partei in diesem Staat, eine Partei der Ausrüster“. Schubart: „Ich habe vor keiner Partei mehr Mißtrauen, als vor der SPD, bei allen anderen weiß ich, woran ich bin.“

Als Schubart auch noch Leinens „ambivalentes Verhältnis zu radikalen Formen des zivilen Ungehorsams“ rügte und als sich einer der von Schubart unterstützten Startbahnkandidaten für den BBU-Vorstand zur DKP bekannte, hatten die Startbahnkämpfer die Schlacht verloren. Im BBU werden sie künftig kaum noch eine Rolle spielen.

Seite 2: Initiative für Bürger

Das Kabinett entscheidet über Ämter für Franke und Schröder

HH. Bonn
Das Bundeskabinett trifft morgen zwei wichtige Personalentscheidungen: Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit, Heinrich Franke (CDU), soll am 1. April 1984 Nachfolger von Josef Stügel als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit werden. Der CDU-Abgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) soll bei der bundeseigenen DEG - Deutsche Energieversorgungs- und Elektrizitätsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (früher „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“) - Geschäftsführer werden.

Die Berufung Franks (Jahrgang 1928) kommt nicht überraschend. Seine Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 war gleichsam nur noch als Übergangslösung angesehen worden.

Um die Berufung Schröders (Jahrgang 1938) hatte es dagegen Spekulationen gegeben, zumal da auch die SPD Interesse an der Besetzung eines DEG-Geschäftsführer-Postens gezeigt hatte.

Gas aus UdSSR schon im Januar?

DW. New York
Die Arbeiten an der europäisch-sowjetischen Erdgasleitung haben nach einem Bericht des amerikanischen Wochenmagazins „Time“ sechs Monate weniger in Anspruch genommen als geplant. Deshalb könnten die Gaslieferungen aus der UdSSR auch schon im Januar 1984 aufgenommen werden. Die Reporterin von „Time“, die sich zusammen mit einigen anderen westlichen Journalisten an Ort und Stelle über die Arbeiten informieren durfte, berichtet, daß die sowjetischen Arbeiter für ihren Einsatz beim Pipeline-Bau zehn Prozent mehr Lohn erhielten als sonst üblich. Besonders erfolgreich Arbeitern stünden sogar Autos oder Appartements in Aussicht.

Die WELT (wups 593-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Nach der Entscheidung wachsen FDP-Sorgen

Liberalen in Berlin drängen auf Weizsäcker-Nachfolger

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Die FDP-Spitzen in Bonn und Berlin sorgen sich nach der Entscheidung Richard von Weizsäckers in die Villa Hammerschmidt einzuziehen, um die Zukunft des CDU/FDP-Bündnisses über den nächsten Wahlgang hinaus. Hans-Dietrich Genscher führte Weizsäcker noch Anfang November in einem längeren Gespräch die denkbaren Folgen für die FDP-Wahlchancen in Berlin vor Augen, wenn er als liberale Leitfigur ausfalle. Unterdessen drängt die Berliner FDP-Spitze um Walter Rasch auf eine möglichst unverzügliche Wahl von Eberhard Diepgen zum Weizsäcker-Nachfolger. Weizsäcker hingegen weigert sich, kurzfristig seine Zelte abzubauen, weil er darin eine Desavouierung der Bundesversammlung sieht, die er nicht vor vollendete Tatsachen stellen will.

Die Bedenken der Berliner FDP haben mehrere Quellen:

● Alle aktuellen Umfragen über die Wahlergebnisse in Berlin signalisieren, daß sich die FDP weiterhin unter der Fünf-Prozent-Marke befindet - wenigstens mit positiver Tendenz.

● Das für die Wahlen am 21. April 1985 ideale Wahlkampfmotto „Liberaler unterstützt Richard von Weizsäcker“ kann nicht durch einen bloßen Namenswechsel zu Diepgen überzeugend ersetzt werden.

● Der Versuch, auf kommunalpolitischen Feldern gegen die CDU - ihr fehlen zwei Sitze an der absoluten Mehrheit - Front zu machen, könnte bei den Berlinern als Profiteure, Quangel und Rechthaberei ausgelegt werden und die FDP-Wahlchancen eher vermindern.

● Die Liberalen suchen nach ihrem Eintritt in den Senat noch immer nach einer „Marktlücke“, die mindestens 65 000 Wählerstimmen garantiert. So viel sind notwendig, um die fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Jegliches „alternative“ Terrain ist besetzt. Gegenüber dem linksliberalen „Reform“-Flügel in der Berliner CDU befindet sich die Berliner FDP jetzt eher im rechten Spektrum.

Als zusätzliches Handicap für die neu formierte, aber an der Basis noch zu passive Berliner FDP erweist sich der Mangel, einen Spitzenkandidaten präsentieren zu können: Landeschef Walter Rasch und der Vorreiter der CDU/FDP-Koalition, Umweltschutz-

senator Horst Vetter, verstehen sich mit Justizsenator Hermann Oxfort als ein Trio von Spitzenkandidaten. „Wenn wir das anders handhaben und Oxfort allein zum Spitzenkandidaten ausrufen, zerreißt das die Partei von neuem“, sind sich führende FDP-Politiker sicher. Den Berlinern fehlt damit jedoch eine wichtige Identifikations-Möglichkeit.

In der Frage des Weizsäcker-Nachfolgers hielt sich die FDP in den letzten Tagen taktisch bedeckt, nachdem zunächst unüberhörbar verlautete, die Liberalen würden Hanna Renate Laurien wegen ihrer „konservativen Grundeinstellung“ nicht mittragen. Dasselbe Motiv verhinderte, daß Bürgermeister Heinrich Lummer - dem von Rang und Ansehen eigentlich der Primus-Posten im Senat hätte zufallen müssen - jemals ins Kandidatengespräch geriet. Der FDP gilt er als Inbegriff der „alten“ CDU mit ihrem rechten Law-and-Order-Kern. Von Lummer wiederum ist bekannt, daß er intern weder für Diepgen, mit dem ihn herzliche Abneigung verbindet, noch für Frau Laurien votierte.

Innerhalb der Union stützt sich Diepgen auf die sogenannte „Beton“-Fraktion - eine den SPD-„Kanalar“-früheren Zuschnitt vergleichbare Gruppe, der Weizsäcker im Prinzip zu liberal regierte. Innerhalb der Fraktion muß Diepgen jedoch darauf bedacht sein, sich nicht mit den 18 bis 22 „Reformern“ anzulegen, die unter den CDU-Abgeordneten beispielsweise jede härtere Haltung in der Hausbesetzer-Frage verhindern. Sie wollen wie die FDP die Weizsäcker-Politik mit Diepgen fortsetzen, aber keineswegs ändern. Die Erfahrung spricht dafür, daß nach Weizsäckers Weggang - etwa um Ostern 1984 - die bislang durch den Regierenden Bürgermeister verdeckten Personalquerelen und Flügel-Streitigkeiten in der Union an die Oberfläche drängen. Innerhalb der Jungen Union gewinnen die strikt Konservativen jüngst die Oberhand.

Die SPD-Opposition mit Harry Ristock an der Spitze hofft, die Entlassung in Berlin auszunutzen zu können. Umfragen räumen der SPD jetzt um 40 Prozent Wählerstimmen ein, der CDU 45 bis 48. Nur eine starke FDP kann nach den Wahlen im April 1985 verhindern, daß das CDU/FDP-Bündnis ein Intermezzo bleibt.

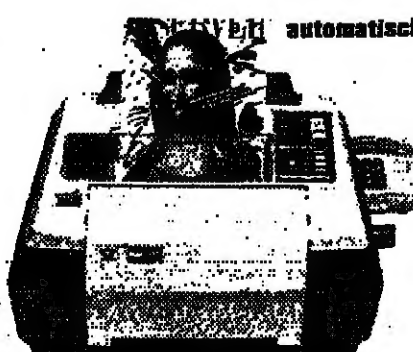
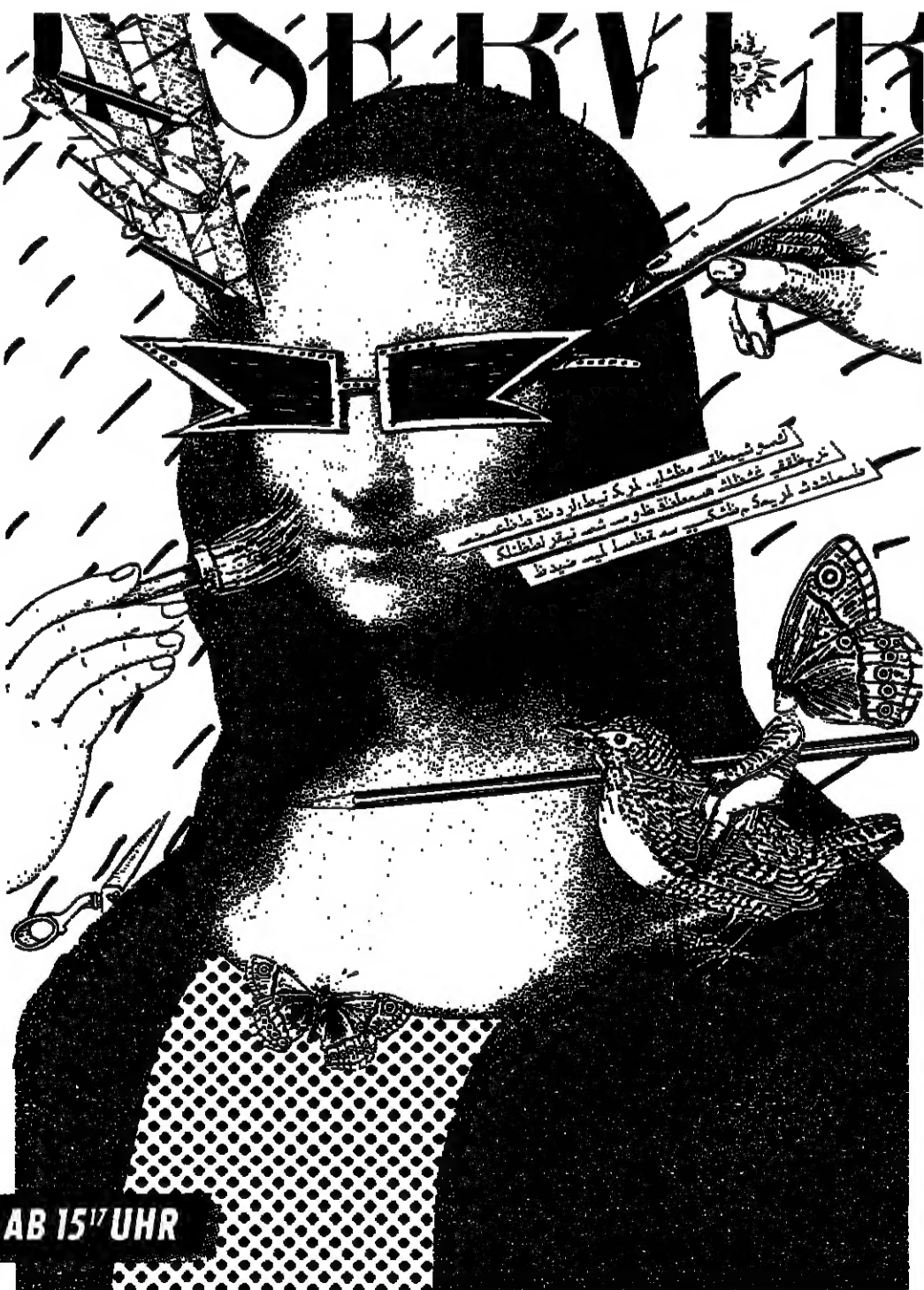
Geistliche in Polen stützen weiterhin die „Solidarität“

AFP. Warschau
Polnische Geistliche halten, trotz der Drohungen, vor Gericht zitiert zu werden, an der Unterstützung der Opposition gegen die Militärregierung fest. Die jüngste Sonntagspredigt des als besonders „Solidarität“-freundlich bekannten Warschauer Priesters Jerzy Popieluszko wurde zu einer leidenschaftlichen Unterstützung der vom Regime zu Gefängnis verurteilten Polen. Vor mehreren tausend Gläubigen, die sich in und vor seiner Stanislaus-Kirche im Regen drängten, ergriff der Pfarrer Partei für die verbotene Gewerkschaft und das „Komitee für soziale Selbstverteidigung“ (KOR). Bevor sie auseinanderzogen, sangen die Zuhörer patriotische Lieder.

Popieluszko ist einer der 69 Priester, gegen die das Regime eine Untersuchung wegen „Mißbrauchs der Religionsfreiheit“ zum Schaden der Volksrepublik „eingeleitet“ hat und denen Haftstrafen zwischen einem Jahr und zehn Jahren drohen. Mieczyslaw Nowak aus der Warschauer Arbeiterstadt Ursus machte seinen Sonntagspredigt ebenfalls zu einer Kundgebung „für das Vaterland“. Dort griff - im Gegensatz zu dem Geschehen an der Stanislaus-Kirche - die Miltz ein, als eine Gruppe von Gläubigen sich nach dem Gottesdienst vor den Kircheneingängen versammelte. Spottlieder auf das Regime sang und eine Bänderrolle mit der Aufschrift aufhängte: „Wir verteidigen unsere Priester.“ Die Demonstranten folgten jedoch der Aufforderung der Miltz und gingen ohne Zwischenfälle auseinander.

Pfarrer Popieluszko sagte: „Daß keiner behauptet, „Solidarität“ sei gescheitert, denn die Gewerkschaft geht auf ihren Sieg zu. Sie geht langsam, gewiß, aber sie verwurzelt sich Tag für Tag mehr in der Nation, denn der August 1980 hat den Weg für neue Generationen vorgezeichnet, für alle die, welche in Liebe, Mut und Brüderlichkeit leben.“ Die Regierung sollte endlich begreifen, daß das Leben des Menschen und die Existenz der Nation wie der Erdboden sind; wer da Lüge hineinsetzt, erntet Unkraut, aber wer Wahrheit, Liebe und Achtung des Menschen sät, kann auf eine gute Ernte hoffen.“

Seite 2: Sorgen der Hausfrauen



Da lacht die Lisa. Nur 3 Minuten - ohne Visa. Per Telefon und Fernkopierer - der Telefaxdienst macht's möglich. Ob Sie Zeichnungen oder andere Vorlagen (Originale bis zum Format A4) auf die Reise schicken - sie sind schwarz auf weiß... minutenschnell beim Empfänger. Und das soweit das Telefon reicht. Denn die Fernkopierer werden einfach zusätzlich zum Telefon an das Telefonnetz angeschlossen. Alle Fernkopierer im Telefaxdienst arbeiten reibungslos zusammen. Fernkopierer können Sie direkt von der Post mieten oder privat beschaffen. Die Geräte der Gruppe 2 übermitteln in 3 Minuten, wie z.B. der automatische Fernkopierer der Post, AF 21 - der setzt Sie auch



dann noch ins Bild, wenn Ihr Büro bereits geschlossen ist. In Automatikstellung ist jederzeit empfangsbereit. Und er kann selbstständig nacheinander bis zu 30 verschiedene Vorlagen versenden, wenn Sie einen Partner angewählt haben. Nur etwa eine Minute dauert die Übertragung mit der schnelleren Fernkopierer der Gruppe 3. Und was auch die Wiedergabequalität ist, beweist der obige Vergleich von Original und Kopie. Das ist der Telefaxdienst der Post können Sie Fernkopierer auch an Partner übermitteln, die noch keinen Telefaxanschluß haben. Lassen Sie sich ausführlich und unverbindlich bei Ihrem Fernmeldeamt beraten! Partner für Telekommunikation. **DPPost**

Biedenkopf bringt das Plebiszit ins Gespräch

Annäherung an die Forderung der „Friedensbewegung“?

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Schon bevor Kurt Biedenkopf neuer Aufsatz über die Atomstrategie der NATO erschienen ist, hat er in der Führung der CDU heftige Reaktionen ausgelöst. Der führende Unionspolitiker setzt in dem heute der Öffentlichkeit präsentierten Buch mit dem Titel „Die Atomstrategie“ seine Argumentation darüber fort, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung seiner Ansicht nach auf längere Zeit die Zustimmung der Bevölkerung kaum mehr haben werde. Schon im Herbst 1981 hatte Biedenkopf die Meinung vertreten, die „Grenzsituation“, die entsteht, zu dem die Menschheit sich dadurch den Frieden erhalte, daß sie mit der Anwendung von Atomwaffen drohe und so ihre Existenz aufs Spiel setze, sei auf Dauer „nicht konsensfähig“.

Dem Vernehmen nach vertreten mit Biedenkopf auch andere prominente CDU-Politiker diese These, andere wiederum sollen auf heftigste Empörung sein. Angeblich hat man an der Spitze der Partei vorläufig bestimmt, den Streit mit Biedenkopf nicht öffentlich auszutragen, so daß die in Bonn stattfindende Präsentation des Buches aus dem Bernhard und Graefe Verlag vorläufig ohne sachkundige Erweiterung bleiben dürfte. Während Bundesverteidigungsminister Wörner in diesem Buch daran festhält, „daß die NATO zur Durchführung ihrer Strategie in absehbarer Zeit auf Nuklearwaffen nicht verzichten“ könne, meint sein Parteifreund Biedenkopf, die nukleare Abschreckung solle den Frieden in Europa „vorübergehend“ sichern, bis eine Alternative gefunden sei, „die Sicherheit vor allem politisch und nicht in erster Linie militärisch gewährleistet“.

Bevor Biedenkopf zu dieser Schlussfolgerung vorgedrungen ist, fragt er danach, nach welchen Kriterien heute der Konsens in Fragen der Friedenssicherung zustandekommen soll. Anders als Alois Mertes (CDU), der die Ansicht vertritt, entscheidend für die Tragfähigkeit einer strategischen Konzeption sei die parlamentarische Mehrheit, verweist Biedenkopf auf die Notwendigkeit, auch die „plebiszitäre Zustimmung“ in dieser Frage von „entscheidender Bedeutung“ mit ins Kalkül zu nehmen.

Der CDU-Politiker führt als ein „klassisches Beispiel für das auch in der Demokratie mögliche Auseinanderfallen von Parlaments- und Wählermeinung“ die Entscheidung über die Todesstrafe an. „Parlamente haben sich immer wieder – wie jüngst in England – gegen die Todesstrafe aus-

gesprochen, obwohl die Abgeordneten wußten, daß die Mehrheit der Bevölkerung anders dachte. Hier hat die repräsentative Mitbestimmung der Bevölkerung durch Abgeordnete ihrer Wahl ihren Sinn: Die Entscheidung nach Einsicht und soweit als möglich frei von Emotionen zu treffen – und nach reiflicher Debatte.“

Biedenkopf jedoch meint, daß es für die Abweichung parlamentarischer Mehrheiten von der Ansicht der Mehrheit der Wähler Grenzen gebe. „Sie sind dann erreicht, wenn es sich um Gegenstände handelt, die nicht nur die Gefühle, sondern die Existenz aller Menschen betreffen.“ Darin trifft er sich mit dem Vertreter der „Friedensbewegung“ Jo Leinen, der vor wenigen Tagen auf einer Pressekonferenz auf eine Frage der WELT sagte, bei Fragen, die das Leben betreffen, müsse bei der Entscheidungsfindung vom Prinzip der repräsentativen Demokratie abgesehen werden zugunsten einer Volksbefragung.

Biedenkopf zieht zum Beweis seiner Ansicht die Sozialpolitik heran, bei der Parlamente und Parteien sich die Meinung der Wähler sehr intensiv anschauen. Was die Basis zur sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit sage und denke, stehe bei den Parteien hoch im Kurs. Daraus schließt er, wenn es um die soziale und wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerung gehe, „stört uns die starke Rückkopplung parlamentarischer Willensbildung zur Meinung der Wähler nicht“. Und er führt fort: „Wir sehen in ihr keine Gefahr für die repräsentative Demokratie. Der Grund dafür ist einfach: Wir kennen es nicht anders.“ Übertragen auf die öffentliche sicherheitspolitische Debatte meint er, auch bei ihr kennen wir es nicht anders, daß sie bislang nur unter Experten sachkundig geführt wurde.

Er plädiert dafür, die Unterscheidung auch in dieser Debatte zwischen parlamentarischer und Wählermeinung als überholt zu betrachten: „Der Wähler verlangt, an der politischen und militärischen Gestaltung seiner äußeren Sicherheit genauso beteiligt zu werden, wie an der politischen Gestaltung seiner sozialen Sicherheit.“ Ohne den Willen der Bevölkerung zur Verteidigung seien Waffen und Rüstungsanstrengungen sinnlos. Der Wille der Bevölkerung, ihre Freiheit und demokratische Lebensordnung geistig und politisch zu behaupten, sei deshalb „für sich genommen ein wesentlicher Bestandteil der Abschreckung“.

Seite 2: Grenzsituationen

Der Haushalt '84 wird für die SPD in Hamburg zur Nagelprobe

Klausurtagung brachte neue Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken

UWE BAHNSEN, Hamburg
Noch nicht einmal ein Jahr nach der letzten Bürgerschaftswahl, bei der die Sozialdemokraten in Hamburg die absolute Mehrheit zurückgekehrt, ist die traditionelle Regierungspartei der Hansestadt schon wieder heillos zerstritten, nachdem in der vergangenen Woche die SPD-Bürgerschaftsfraktion über einen Antrag der GAL, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, nicht mehr einheitlich abgestimmt hatte (WELT vom 25. 11.). Am vergangenen Wochenende in einer Klausur in Timmendorfer Strand, die der Vorbereitung auf die Haushaltsberatung 1984 dienen sollte, kam es erneut zu massiven Auseinandersetzungen zwischen dem Mitte-Rechts-Lager der Hamburger SPD und dem linken Flügel.

Dabei trat klar zutage, wie eng der politische Manövrierraum für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geworden ist. In dem ersten Jahr nach seinem Amtsantritt hatte er nach dem Rücktritt seines Vorgängers Hans-Ulrich Klose die Partei noch zwingen können, sich über die Sachprobleme statt über persönliche Streitigkeiten auseinanderzusetzen. In der Timmendorfer Haushaltsklausur aber war er weder dazu, noch zur Vermittlung zwischen den sich

scharf gegenüberstehenden Parteienflügeln in der Lage.

In der Sache ging es in Timmendorf um unabwiesbare Sparbeschlüsse, mit denen aus dem 13,6 Milliarden-Etatentwurf des Senats für 1984 rund 250 Millionen Mark herausgestrichen werden sollten. Eine siebenköpfige Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Fraktionschefs Henning Voscherau, deren Mitglieder sämtlich dem Mitte-Rechts-Lager angehören, hatte dafür ein sehr sorgfältig erarbeitetes 47-Seiten-Papier vorgelegt. Es behandelte neben dem unabwiesbaren Sparvolumen auch den vom Senat geplanten Übergang vom Brutto- zum Nettoprinzip bei der Kreditfinanzierung. Die Linken unter der Führung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bodo Schumann hatten dazu ein Gegenkonzept vorgelegt.

Nach quälenden Debatten, in denen persönliche Gegensätze mit Schärfe ausgetragen wurden, verabschiedeten beide Seiten gemeinsam Streichungen von weniger als der Hälfte der erforderlichen Summe: Nur knapp 120 Millionen Mark konnten abgehakt werden.

Die Auseinandersetzungen entzündeten sich vor allem an den Streichungen im Personalkostenvolumen.

Die nach übereinstimmender Auffassung der Haushaltsexperten von SPD und CDU unumgänglich sind. Die Linken um Schumann verhinderten Beschlüsse zu diesem Thema auf der Fraktionsklausur mit der massiv ausgesprochenen Drohung, sie würden dem gesamten Etatentwurf des Senats bei den Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft Mitte Dezember pauschal die Zustimmung verweigern, wenn dazu in Timmendorf abgestimmt würde. Ob eine Einigung darüber bei Fraktionssitzungen am 5. und 12. Dezember noch gelingt, ist bislang völlig offen.

Auch die Umstellung der Kreditfinanzierung, nach der künftig alte mit neuen Krediten getilgt werden sollen, wird noch zu weiteren scharfen Auseinandersetzungen führen: Nach Auffassung der führenden Juristen in der SPD-Fraktion bedarf diese Umstellung einer Verfassungsänderung, die nur mit der CDU möglich ist. Empört kreideten die Linken dem Mitte-Rechts-Lager in Timmendorf an, man habe die oppositionelle CDU in dieser Lage „eingeladen, ihren Preis zu nennen“. Das bedeute „inhaltlich den Weg in die große Koalition“ zu gehen, und sei „für Sozialdemokraten unerträglich“. Die Partei steht vor einer neuen Zerreißprobe.

Goppel: Für Sacharow einsetzen

Der verbannte sowjetische Wissenschaftler befindet sich immer noch in Lebensgefahr

PETER SCHMALZ, München
„Hier können wir nur mit dem Druck der öffentlichen Meinung etwas erreichen.“ Mit diesen Worten begründete Bayerns Alt-Ministerpräsident Hans-Ulrich Klose die Partei nach seiner Teilnahme an der internationalen Solidaritätsaktion „Rettet Sacharow“, die mit Mahnwachen, Unterschriftensammlungen und Massenappellen an die Krennführer die Ausreise des kranken Nobelpreisträgers und Bürgerrechtlers Andrej Sacharow erreichen will. Zu den jeweils sechstägigen Aktionen in Bonn, Berlin, München, Frankfurt und Hamburg haben die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ und die Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ aufgerufen.

Die Informationen, die von dem nach Gorki verbannten Wissenschaftler in den Westen gelangen, deuten auf eine ernste Gefahr für das Leben Sacharows hin. Nach drei Herzinfarkten wird ihm eine Behandlung in der

Klinik der Akademie der Wissenschaften in Moskau verweigert. Erst vor wenigen Monaten lebte Elena Sacharow-Bonner, die Frau des Bürgerrechtlers, um Hilfe: „Als Sacharow einen Herzinfarkt im Krankenhaus hatte, warf man ihn buchstäblich über Nacht hinaus. Man hoffte, er würde einsam sterben... Wenn der Westen es vorzieht zu schweigen, dann ist das Ende nahe.“

Alfons Goppel will Sacharows bedrohliche Situation im Europaparlament zur Sprache bringen und rechnen mit einer breiten Zustimmung. „Bis auf wenige Ausnahmen können wir im europäischen Parlament mit einer durchgehenden Solidarität rechnen“, sagte der CSU-Europasabgeordnete gestern.

Sollte Sacharow, der bis 1968 an der kerntechnischen Rüstung der UdSSR als geachteter Physiker mitarbeitete, sein Land verlassen dürfen, könnte er am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München

arbeiten. Institutsdirektor Professor Hans-Peter Dürr hat eine entsprechende Einladung bereits bei seinem letzten wissenschaftlichen Moskauer Besuch schriftlich an Sacharow übermitteln lassen, wie er gestern in München vor der Presse erklärte. Dürr würde eine Mitarbeit Sacharows als eine wertvolle Bereicherung der Institutsarbeit begrüßen: „Seit 1969 arbeitet er über Fragen der Elementarteilchen, der Gravitation und Kosmologie. Seine Forschungsarbeiten haben unmittelbare Berührungspunkte mit wissenschaftlichen Arbeiten an unserem Institut.“

Darüber hinaus schätzt Professor Dürr den großen sowjetischen Kollegen wegen dessen hoher moralischer Prinzipien, er sei deshalb für ihn immer Vorbild gewesen: „Er hat sein politisches Engagement nicht im Widerspruch zu seiner Stellung als Physiker, sondern im Gegenteil als einen wesentlichen Teil seiner Verantwortung als Wissenschaftler gesehen.“

Mündet Zeitungsstreit in einen Generalstreik?

Verhärtung bei der britischen Druckergewerkschaft

FRITZ WIRTH, London

Die Streiklage in Fleet Street ist am Montag noch verworren geworden. Es sind bereits nach zwei Streiktage, in denen die Tages- und Sonntagszeitungen in Fleet Street einen Auflagenverlust von 32 Millionen Exemplaren erlitten, deutliche Risse in der Front der Verleger entstanden.

Diese Uneinigkeit führte dazu, daß am Montagmorgen fünf Zeitungen – der „Daily Telegraph“, die „Mail“, die „Financial Times“, der „Guardian“ und der „Morning Star“ nach zweitägiger Stillelegung wieder erschienen, während sechs andere Zeitungen, unter ihnen die „Times“, der „Daily Express“ und die „Sun“ ihre nun arbeitswilligen Setzer und Drucker der Gewerkschaft „National Graphical Association“ (NGA) wieder nach Hause schickten.

Sie verlangten von den Gewerkschaftlern eine Garantie für künftiges Wohlverhalten, wie es am Samstag noch von allen Zeitungsverlegern einstimmig beschlossen worden war. Am Sonntagmittag setzten sich jedoch fünf Zeitungsverlage offenbar aus Furcht vor zu hohen Auflagen- und Anzeigenverlusten über diesen Beschluß hinweg, und nahmen die Arbeit auch ohne diese Gewerkschaftszusicherung wieder auf. Einigkeit herrscht bei allen Zeitungsverlegern jedoch nach wie vor darüber, die Gewerkschaft NGA für den Auflagenverlust von 32 Millionen Exemplaren am letzten Samstag und Sonntag regreßpflichtig zu machen.

Trotz dieser Uneinigkeit unter den Verlegern ist die Krise bei den Gewerkschaften noch wesentlich intensiver und bedrohlicher. Sie stehen vor dem Problem, ob sie diesen Arbeitskampf in eine direkte Konfrontation gegen die Regierung Thatcher ausweiten sollen oder ob sie den „Appasement-Kurs“ beibehalten sollen, der auf dem letzten Gewerkschaftskongreß beschlossen worden war.

Zerstritten über den Kurs
Die Entscheidung zur Konfrontation würde bedeuten, daß Großbritannien in den nächsten Wochen von einem Streikchaos heimgesucht würde, das möglicherweise sogar in einen Generalstreik münden könnte. Die britische Gewerkschaftsführung ist zur Stunde noch über den weiteren Kurs in diesem Konflikt tief zerstritten.

Der Chef der größten britischen Gewerkschaft, Moss Evans, befürwortet die Eskalation zur direkten Konfrontation mit der Regierung. Er ist der Meinung, daß dieser Druckstreik zum Testfall für die neuen Ge-

werkschaftsreformgesetze der Regierung Thatcher gemacht werden soll.

Diese Reformgesetze verbieten die Belagerung von bestreikten Betrieben durch Gewerkschaftler, die direkt nichts mit dem Streik zu tun haben. Eine derartige Belagerung eines kleinen Druckbetriebes in Nordengland war der Anlaß zum gegenwärtigen Arbeitskampf, der am Wochenende auf Fleet Street übergriff, obwohl diese Zeitungen nichts mit dem ursprünglichen Arbeitskampf zu tun haben.

NGA verweigert Zahlung

Die Druckergewerkschaft NGA hat sich bisher geweigert, die Geldstrafe von insgesamt 600 000 Mark, die ihr wegen der illegalen Belagerung des Druckbetriebes in Nordengland von einem Hochgericht auferlegt wurde, zu zahlen. Ein Teil ihres Gesamtvermögens ist daraufhin durch richterliche Anordnung beschlagnahmt worden. Evans und die „Falken“ in der britischen Gewerkschaftsbewegung haben die Drucker aufgefordert, den Kampf bis zum bitteren Ende fortzusetzen und die neuen Gewerkschaftsgesetze zu ignorieren. Andere Gewerkschaftsführer wie die der Metallarbeiter und der Stahlkocher empfehlen einen vorsichtigeren Kurs. Ihr Standpunkt: Diese Gesetze sind zwar schlecht, doch das gibt uns nicht das Recht, uns außerhalb der Gesetze zu stellen.

Diese Meinungsverschiedenheiten haben sich bis ins Lager der Labour Party fortgesetzt. Während der Parteipräsident Eric Heffer, Tony Benn und der sonst eher gemäßigte ehemalige Innenminister Mervyn Rees, für einen direkten und offenen Kampf gegen die Gewerkschaftsgesetze plädierten, empfahl der stellvertretende Parteichef Roy Hattersley einen vorsichtigeren Kurs.

Das Dilemma der Gewerkschaften ist durch die Tatsache entstanden, daß sie im Jahre 1982 auf einem Sonderkongreß absolute Opposition und gegenseitige Hilfe beim Kampf gegen die neuen Gewerkschaftsgesetze beschlossen hatten, daß sie aber nach der schweren Wahlniederlage Labours vom 9. Juni, die den Tories zugleich ein Mandat für die Gewerkschaftsreform gegeben hatte, eine „Appasement-Politik“ mit der Regierung Thatcher und eine neue Ära des Dialogs für richtiger hielten. Dieser neue „sanfte Kurs“ ist durch den Druckstreik plötzlich in Frage gestellt. Die Entscheidung darüber, welchen Weg die Gewerkschaften einschlagen wollen, wird innerhalb der nächsten 48 Stunden fallen.

MAZDA 626

ZUM VERGLEICH:

Komplett-Komfort und Fahrsicherheit

Mit diesem Anspruch fordert Mazda den Vergleich mit den Spitzenzeugnissen des internationalen Automobilbaus seiner Klasse heraus.

Ein Mittelklasse-Auto – was ist das eigentlich? Ist das ein Auto für Leute, die sich in Bescheidenheit üben, was Komfort und Leistung angeht, die mit Mittelmäßigkeit zufrieden sind, solange nur der Anschaffungswert in vernünftigen Grenzen bleibt? Nein! Wie sehr sich dieser Maßstab ändern kann, zeigt der neue Mazda 626.

Keilförmige, flache Silhouette, kräftiges, strömungsgünstiges Heck mit großem Kofferraum.

Sitzposition, Bedienungs- und Kontroll-elemente – durchdacht, funktionell, wie alles im Cockpit, was dem Komfort dient. Ein Clou: Elektrische Fensterheber vorn und hinten. Ohne Aufpreis! Das ist keine Mittelklasse mehr.

Ein leises Triebwerk, auch in den oberen Drehzahlbereichen. Das Economometer mahnt zur Sparsamkeit, wenn man mit dem Gaspedal zu großzügig umgeht.

Man spürt sofort das optimale Zusammenspiel von Frontantrieb und aufwendiger Einzelradaufhängung an allen vier Rädern. Fahrsicherheitsbeitrag der Konstrukteure, besonders für schwierige Fahrbahnen, bei Nässe und Glätte im Winter. Aber auch auf trockener Fahrbahn zeigt sich die Stärke des Frontantriebs. Die Vorderräder ziehen den Wagen wie auf Schienen durch die Kurve. Das kann nicht jeder Frontantrieb so wie dieser. Der fünfte Gang vermindert die Drehzahl benzinsparend um gut 15%. Aber: Es bleiben die nötigen Kraftreserven am Gasfuß.

Alles, was dieser neue Mazda 626 zu bieten hat, ist ein wenig besser, großzügiger als eigentlich nötig – einschließlich der Zentralverriegelung, mit der man nach der ersten Fahrt

nicht nur das Auto abschließt, sondern auch ein Fahrerlebnis, das man ansonsten meist teuer bezahlen muß. HÜ.

Preis: DM 17.500,-, Aufpreis für Metallic-Farben: DM 250,-. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager, zuzüglich Überführungskosten.

Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

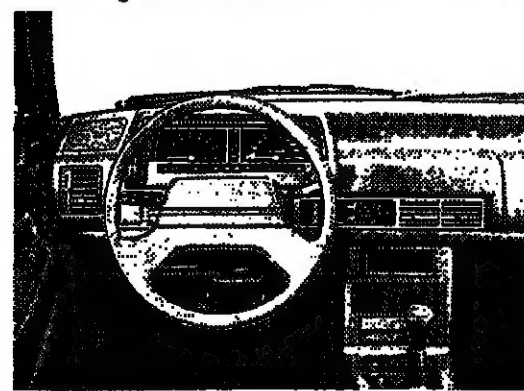
Mazda 626 Stufenheck GLX Details: 2,0 l, 74 kW 101 PS, 5-Gang-Getriebe, Höchstgeschwindigkeit 180 km/h, Verbrauch nach DIN 70030-1 bei 90 km/h 6,3 l, bei 120 km/h 8,2 l, Stadt 9,8 l, Normalbenzin.

Serienmäßig: Wärmedämmende Colorverglasung, Drehzahlmesser, einzeln umklappbare Rücksitzlehnen (60:40), Economometer, 10-fach verstellbarer Fahrersitz, elektrische Fensterheber vorn und hinten, zentrale Türverriegelung, Lenkradhöhenverstellung, Fernentriegelung von Heck- und Tankklappe.

Weitere Informationen über die Mazda 626-Modelle und Prospekt-Material erhalten Sie von einem der über 900 Mazda-Partner in Deutschland oder direkt von MAZDA MOTORS (DEUTSCHLAND) GMBH, Weidenstr. 2, 5090 Leverkusen 1.



Mazda 626 Stufenheck GLX



Innen: Sitzkomfort, wie man ihn nur bei komfortablen Reiselmöbelen erwartet. Eine neue, äußerst bequeme Sportsitz-Konstruktion mit körpersitzenden Polsterflächen. Der ganze Sitz ist 10-fach verstellbar. Zusammen mit dem höhenverstellbaren Lenkrad findet sich für jede Körpergröße schnell die ideale

mazda
Komplett-Komfort und Fahrsicherheit

SIEMENS

DER ERSTE
COMPUTER,
DER AUCH DIESE
HANDSCHRIFT*
LESEN KANN**

* genauso wie die aller 50 Millionen Bürger in Deutschland, die Block-Handschrift in Großbuchstaben schreiben können.

✱✱✱ außerdem ca. 90% aller üblichen Schreibmaschinen-, EDV-Druckerschriften und Sonderzeichen.

Jetzt führt Siemens ein Schriftenlese-System für die automatische Belegdatenerfassung im Zahlungsverkehr der Banken ein, das z. B. auf Überweisungsaufträgen auch sehr unterschiedliche Schriften erkennen kann: etwa 90% aller Schreibmaschinen-Schriften, außerdem EDV-Druck-Schriften und Handschriften in Großbuchstaben (Blockschrift), kann das neue SLS 9691 lesen.

**Ein Datenerfassungsplatz,
wie es ihn noch nie gab.**

Das neue Schriftenlese-System SLS erlaubt die Erfassung der Belegdaten automatisch oder manuell. Dazu Korrektur, Abstimmung, Kontrolle und Übergabe der Daten in Datensätzen für den automatischen Datenaustausch (DTA).

**8,4 Millionen
Überweisungen täglich.**

Wie groß dieser Fortschritt in der Automatisierung des Zahlungsverkehrs ist, wird an einer Zahl deutlich: im deutschen Kreditgewerbe werden arbeits-täglich rd. 8,4 Millionen individuelle Überweisungsaufträge bearbeitet. Auf das SLS 9691 von Siemens kommt also einiges zu (das schneller, einfacher und kostengünstiger erledigt werden kann als bisher).

Siemens Computer

Mit dem
Schriftenlese-System
für den
Zahlungsverkehr.

[illegible]

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bock zum Gärtner gemacht

Berliner SPD-Fraktion spricht sich für ein gemeinsames Programm beider deutscher Staaten zur Friedenssicherung aus. WELT vom 18. November

Diese Meldung in der WELT war so klein, daß viele sie gedankenlos überlassen.

Wer allerdings die Friedenssicherung im anderen Deutschland kennt, muß bei dieser ungeheuerlichen Forderung stutzen.

Die SPD leugnet nicht nur die militärische Bedrohung durch den Ostblock, sie will auch durch ihre Erziehungspolitik die „Friedensliebe der DDR“ an unseren Schulen verbreiten.

Die SPD fordert allen Ernstes ein Programm zur Friedenssicherung mit einer Diktatur, welche als ein Ziel der Erziehung und Bildung „den unversöhnlichen Haß gegen die Feinde des Volkes“ betrachtet – nachzulesen im „DDR“-Schulbuch Staatsbürgerkunde für die 8. Klasse auf S. 108.

Man kann wohl sicher sein, daß nicht ein einziger dieser SPD-Abgeordneten auf einen Blick in irgendein „DDR“-Lehrbuch geworfen hat. Denn dort würden die sozialdemokratischen Friedenssträumer auch auf so unliebsame Sätze wie den folgenden auf S. 168 des Buches „Fragen und Antworten zum SED-Programm“ stoßen: „Unser Haß gegen das menschenfeindliche System des Imperialismus der BRD schließt unseren Haß auf die Bundeswehr ein!“

Mit einem solchen – mit Haß- und Hetzparolen erziehenden – Regime will die SPD unsere Jugend zum Frieden erziehen!

Man muß sich fragen, was SPD-Mitglieder bei einer solchen Forderung – wenn überhaupt – gedacht haben. Wurde der Wunsch nach Gemeinsamkeiten unbewußt und ohne große Überlegung erhoben, was einer Partei eigentlich so nicht passieren dürfte, so zeigt sich, daß die SPD in ihrer Orientierungslosigkeit des Neutralismus und im Nebel von Sicherheitspartnerschaftssträumen den Blick für die Realität, nämlich die gerade in der „DDR“ allgegenwärtige Haßerziehung und Kriegselite, verloren hat.

Wurde die Forderung von der SPD jedoch bewußt erhoben, entspricht sie der Vorstellung, daß der Sozialismus unaufhörlich wächst und sein Sieg in der ganzen Welt unaufhaltsam ist! Zu finden im Lehrbuch Staatsbürgerkunde für die 7. Klasse, S. 5.

In diesem Falle entspricht das SPD-Verhalten genau der „DDR“-Ideologie.

Auf jeden Fall macht die SPD mit dieser Forderung die „DDR“ als Bock zum Gärtner der Friedenssicherung!

M. Pfeifer,
Hamburg 70

Teurer Steuer-Wanderweg

Änderung des Steuerrechts im Augenblick zu teuer? WELT vom 11. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Söhler zitiert in ihrem Beitrag den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hilfer, der u. a. anlässlich einer Mitgliederversammlung der Versicherungsbranche ausführte, daß angesichts der abenteuerlichen Staatsverschuldung ein langer Marsch durch die verschuldeten Bundesländer notwendig sei.

Dem ist nichts entgegenzusetzen, denn wir Arbeitnehmer und Steuerzahler befinden uns ja bereits seit Jahren auf diesem teuren Wanderweg. Widersprechen muß ich dem lapidaren Satz „auf ein Jahr käme es schließlich nicht an“.

Wir, d. h. die Jahrgänge der mittleren Jahre, die maßgeblich am Aufbau dieses Landes beteiligt waren, wurden von einer bruttolohnbezogenen Rente auf die Netto-Rente gesetzt, so daß die Rückkehr zu einer gerechteren Steuerprogression nicht früh genug einsetzen kann. Diese Steuerprogression schluckt nicht nur einen Teil des erarbeiteten Rentenanspruches, das monatliche Nettoeinkommen seit Jahren nicht gestiegen ist, sondern zusätzlich wurde es durch unpopuläre Maßnahmen des Bundesfinanzministeriums insbesondere der Arbeitnehmer ab 50 Jahren besonders stark geschmälert:

- Fortfall (bei alleinerziehenden Eltern) des Haushaltsfreibetrages in Höhe von DM 4000, wenn schließlich das letzte Kind auf eigenen Füßen steht – hat dieser Steuerzahler kein Recht mehr auf einen Haushalt?
- Fortnahme der Steuerklasse II für alle Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr und schließlich
- die „Gleichmachung“ aller Berufstätigen ohne Berücksichtigung von

20/25 Jahren Kindererziehung, Schule, Berufsausbildung zu „Jedigen“ und „verheirateten“ Steuerzahlern.

Diese gravierenden Benachteiligungen der Älteren, die Abwertung der Lebensarbeitszeit, die Abwertung unserer gezahlten Rentenbeiträge verzögert und macht betroffen und unsicher, zumal wir den langen Marsch durch die Bürokratie nicht abwarten können, da wir nicht mehr so viel Zeit haben.

Mit freundlichen Grüßen
I. Zech,
Berlin 38

Japaner schneller

Forstfachverständige sind sich einig, daß durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Schwefel aus den Abgasen der Kraftwerke zu entfernen. Wenn die Abgase durch mit Kalkmilch gefüllte Behälter geleitet werden, was die Japaner schon vor acht Jahren mit Erfolg begonnen haben, wird der Schwefel rasch entfernt und in Gips verwandelt; daraus lassen sich Leichtbauplatten herstellen. Sechs dieser Kraftwerke sind in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb.

Etwas Durchgreifendes gegen diese Gefahr würde erst geschehen, wenn möglichst bald, nach dem Vorbild der Japaner, mit der restlosen Entschwefelung der Kraftwerke begonnen würde, ohne erst auf eine Einigung mit dem Ausland zu warten, aus dem noch die zweite Hälfte des sauren Regens unser Land erreicht.

Durchgreifende Maßnahmen können erst getroffen werden, wenn die hauptverantwortlichen Politiker, der Bundesinnenminister oder, wenn dieser weiter versagt, der Bundeskanzler, die erforderlichen Gesetze verkünden. Nach dem voraussehbaren Zusammenbruch dürfte diese Politiker nicht mit einer Wiederwahl rechnen.

M. L. Meyer,
Großhansdorf

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Ottile Stelke, Seniorchefin des ältesten deutschen Familienunternehmens, der Firma Gebrüder Bellmer, das sich in der fünften Generation in Familienbesitz befindet, feierte am 27. November ihren 100. Geburtstag. 70 Jahre alt wurde am gleichen Tag der Publizist Pater Oskar Simmel SJ, Er war Chefredakteur der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit“, Leiter der deutschen Abteilung von Radio Vatikan und Ressortleiter für den katholischen Redaktionsrat der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“. Peter Oskar Simmel ist heute theologischer Berater in der Pressestelle des Erzbischoflichen Ordinariates in München.

Professor Dr. Heinrich Dikler, Nestor der deutschen Psychologen, der am 24. November 85 Jahre alt wurde, ist jetzt von der Universität Marburg mit einem Festkolloquium geehrt worden. Professor Dikler hat die Psychologie in den Jahren nach dem Krieg entscheidend mitgestaltet. Arbeitswissenschaftler, Lern- und Gedächtnispsychologie und Experimente über das, unterschwellig Wollen. Der Wissenschaftler wurde außerdem ein Pionier auf dem Gebiet der experimentellen Psychopsychologie. 70 Jahre wird heute Otto Röders, Präsident der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg. Der Gesellschafter der Firma Carl Bredel und Sohn wirkte von 1980 bis 1981 im Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn mit. Röders ist außerdem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bettfedernindustrie und Vorsitzender des Internationalen Federbüros.

EHRUNG

Professor Dr.-Ing. Karl Bammert wurde in Boston, USA, Ehrenmitglied der „American Society of Mechanical Engineers“, ASME. Der heute 74-jährige Schwabe, der Naturwissenschaften und Maschinenbau studierte und der während der Kriegsjahre in der Luftfahrtforschung in Braunschweig arbeitete, wurde 1955 auf den Lehrstuhl und in das Institut für Strömungsmechanik der Technischen Hochschule Hannover berufen. Von 1964 bis 1967 war Professor Bammert Dekan der Fakultät für Maschinenwesen. Er ist Miterausgeber von drei international bekannten Zeitschriften, der „Atomkernenergie/Kernenergie“ beim Thieme Verlag in München, bei „Turbo & Jet Engines“ beim Freund Publishing House Verlag in Tel Aviv und bei „Forschung im Ingenieurwesen“, VDI Verlag, Düsseldorf.

VERANSTALTUNG
Die isländische Präsidentin Vigdis Finnbogadóttir stattete Berlin einen Besuch ab, um dort die Kulturwoche unter dem Motto „Kunst aus Island“ zu eröffnen. Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker empfing die Präsidentin, die früher einmal jahrelang das Theater der isländischen Hauptstadt Reykjavik geleitet hat. In Berlin traf sie jetzt auch mit dem Generalintendanten der Staatsoper, mit Boy Gobert, zusammen.

GESTORBEN

Dr. Maria Alberta Lückner, seit 1970 Vizepräsidentin der „Weltkonferenz der Religionen“, starb im Alter von 76 Jahren in Bonn. Frau Lückner war Mitglied der internationalen katholischen Frauenbewegung „Der Gral“ und im Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi. Zehn Jahre lang leitete sie das Außenamt im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Im Auftrag des Zentralkomitees hatte sie beratend am Zweiten Vatikanischen Konzil teilgenommen. Auf sie geht die Gründung des „Katholischen Akademischen Ausländerdienstes“ und der „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ zurück. Im Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln war Frau Lückner bis zu ihrem Tod als Vorsitzende des Sachausschusses „Mission, Entwicklung und Frieden“ tätig.

„Die demokratische Öffnung ist erfolgreich. Der Dialog mit der Opposition geht weiter“

WELT-Gespräch mit dem chilenischen Staatschef Augusto Pinochet / „Die Wirtschaft ist unser größtes Problem“

Von WERNER THOMAS

Der General gibt sich gelassen. „Die Mehrheit des Volkes steht hinter mir“, sagt er, „von 51 Prozent an aufwärts. Die Aktivitäten der Opposition in den letzten Monaten haben diese Regierung nicht erschüttern können.“ Deshalb wird er weiterhin seinen „verfassungsmäßigen Auftrag“ erfüllen. Der endet 1989.

Augusto Pinochet, der in diesem Jahr mit der schwersten Krise seiner bisherigen Amtszeit konfrontiert war, läßt sich im Präsidentenpalast La Moneda interviewen. Es ist kurz nach 8 Uhr morgens. Er berichtet stolz: „Ich sitze schon seit sieben am Schreibtisch. Ich muß viele Akten aufarbeiten.“ Am Abend zuvor war von einer viertägigen Tour in den Norden des Landes zurückgekehrt.

Pinochet wirkt gut gelaunt. Die Reise hat ihn aufgebaut. Während die Opposition ihre vermutlich letzte Protestaktion in diesem Jahr veranstaltete, eine friedlich verlaufene Kundgebung in Santiago O'Higgins-Park, besuchte der General die Wüstentäler Atica und Iquique. Von 100 000 Menschen sei er dort begrüßt worden, erzählt er zufrieden. Er schließt sich den konservativen Schätzungen des Gouverneurs für den Regierungsbezirk Santiago an, wonach weniger als 100 000 Leute in den O'Higgins-Park gekommen sind. „Nicht gerade eindrucksvoll.“ Er hat die Luftaufnahme von dem Versammlungsgelände studiert. Die Organisatoren schätzten dagegen eine Million.

Der Moneda-Palast im Zentrum der Hauptstadt war beim Putsch der Streitkräfte am 11. September 1973, der Pinochet an die Macht brachte, durch Bombenangriffe schwer beschädigt worden. Volksturm-Präsident Salvador Allende starb hier an jenem Tag. Seine Anhänger beschuldigten die Militärs, Allende hingerichtet zu haben. Die Militärs sprachen von einem Selbstmord. Das Gebäude wurde renoviert, teilweise neu mobilisiert und am 11. März 1981 wiedereröffnet. Pinochet arbeitet im zweiten Stock. Die Fenster öffnen sich zum Innenhof. Er hat nicht Al-

lendes früheres Amtszimmer übernommen.

An den Wänden hängen Porträts des Freiheitskämpfers Bernardo O'Higgins und des konservativen Politikers Diego Portales, der im letzten Jahrhundert Regierungsmittglied war, zwei Vorbilder Pinochets. Dazu drei Gemälde des in England geborenen Künstlers Thomas James Somerscales, Schiffsmotive, und ein riesiger Wandteppich mit dem chilenischen Wappen. Auf einer Kommode ruht das O'Higgins-Schwert. Auf dem Schreibtisch ein Foto von Ehefrau



Pinochet (67): „Meine Mission ist nicht beendet.“ FOTO: DW

Lucia. Auf einem Tisch nebenan liegen die Familienbibel und ein Buch über das Leben des gegenwärtigen Papstes, das eine Widmung enthält. Die turbulenten Ereignisse dieses Jahres ziehen sich wie ein roter Faden durch das Gespräch. Pinochet unterstellt den „Herren Politikern“ (señores políticos) lediglich Machtambitionen, keine selbstlosen Ziele. „Die wollen alle nur Präsident werden.“ Er rechnet mit einer neuen Welle der Protestaktionen im nächsten Jahr.

Im Ausland sei ein „verzerrtes Bild“ über die Situation in Santiago entstanden, meint er. „Die Oppositionsgruppen, besonders die Kom-

munistische Partei, die ein treuer Diener Moskaus ist, steuert eine Desinformationskampagne. Sie haben sogar den bevorstehenden Sturz der Regierung angekündigt.“

Die Demonstrationen, die bisher mehr als 60 Todesopfer forderten, führten immerhin zu einer Kursänderung: Im August begann die Politik der demokratischen Öffnung, apertura genannt.

Der General ist damit „voll einverstanden“. Pinochet: „Die apertura war bisher ein Erfolg. Wir werden weitermachen.“ Der Dialog mit der Opposition soll fortgesetzt werden. Jedoch: „Beide Seiten müssen etwas geben. Wir können nicht dulden, daß die andere Seite nur Forderungen stellt.“ Innenminister Sergio Onofre Jarpa wird sich auch in Zukunft mit den Politikern zusammensetzen. Der Präsident dagegen möchte sich heraushalten. Pinochet lächelt verschmitzt: „Ich stehe darüber.“

Die Regierung arbeitet an einem Parteiengesetz. Pinochet stellt sich in Zukunft „etwa vier Parteien“ vor: „eine rechts, eine links, eine in der Mitte und eine, die hin- und herpendelt.“ Der General wünscht sich „Verhältnisse wie in Brasilien“, wo sechs Parteien existieren. Jede neue Partei müsse 450 000 Unterschriften präsentieren. Eine marxistische Gruppierung soll nicht erlaubt sein: „Wir werden diesen Leuten keinen Gefallen tun.“

Pinochet denkt in langen Zeiträumen. „Ich kann mir Parlamentswahlen vor dem Ende meiner Präsidentschaftsperiode vorstellen“, sagt er. Etwa ein Jahr zuvor, 1988, wäre seiner Meinung nach ein Plebiszit über eine Verfassungsänderung möglich. „Das Volk soll dann entscheiden, ob es sofort einen Kongreß haben möchte oder nicht.“

Kann er so lange durchhalten? Der General glaubt nicht nur, daß die meisten Chilenen noch an seiner Seite stehen, er betont auch: „Es gibt keine Spannungen innerhalb der Streitkräfte. Wir sind uns einig über den weiteren Weg.“ Pinochet (67) kommandiert immer noch das Heer. Er sagt: „Ich bin zuerst ein Militär.“

Gesundheitlich fühlt er sich in guter Verfassung. Er raucht nicht und trinkt kaum Alkohol. Sein Tag beginnt mit Frühsport. Er geht aufrecht, braucht keine Brille, seine Hände wirken ruhig und seine Augenlider vibrieren kaum. Auf Fragen antwortet er rasch, er redet manchmal so schnell, daß sich die erstaunlich hohe Stimme überschlägt. „Ich kann noch hart arbeiten“, sagt er. In der Tat arbeitet er zwischen zwölf und 14 Stunden am Tag.

Beschuldigungen, er habe sich persönlich bereichert, treffen ihn. „Ich lebe noch so bescheiden wie als junger Leutnant.“ Er zupft an seinem Anzug. „Der ist viele Jahre alt.“ Er zeigt seinen Ring an der linken Hand: „Der stammt aus dem Jahr 1956.“ Er deutet auf seine silberne Krawatten-Nadel: „Die gehörte meinem Vater.“

Die viel kritisierte Villa an einem Andenhang im Stadtteil Lo Curro sei nicht für ihn selbst gebaut worden. „Das ist die Residenz für die chilenischen Präsidenten, die bisher keine Residenz hatten.“ Der General wohnt nach wie vor in dem Haus des Armee-Kommandeurs an der Straße Presidente Errazuriz im Bezirk Las Condes.

Die Politik bereitet dem Präsidenten weniger Kummer als die Wirtschaft. „Die Wirtschaft ist unser größtes Problem“, Pinochet nennt die „besorgniserregende Arbeitslosigkeit“, 18 Prozent nach offiziellen Angaben, inoffiziellen Schätzungen zufolge weit mehr. Er führt die Krise auf die weltweite Rezession zurück. „Auch Sie in Deutschland haben Schwierigkeiten.“ Der Tiefpunkt sei jedoch Mitte des Jahres erreicht worden. „Jetzt geht es langsam aufwärts, sehr langsam.“ Mit der Aufwärtsentwicklung erwartet Pinochet einen Rückgang der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten.

Der General hat das Krisenjahr 1983 noch gut überstanden. Augusto Pinochet jedenfalls glaubt, daß auch die weiteren Versuche, ihn zu einem vorzeitigen Rücktritt zu zwingen, scheitern werden. Er sagt: „Meine Mission ist nicht beendet.“ (SAD)

Im Maghreb verschieben sich die Fronten

Algier gibt die Hoffnung auf einen Sahara-Staat nicht auf / König Hassans Zweckbündnis mit Khadhafi in Tschad

Von ROLF GÖRTZ

Waren die Marokkaner einem arabischen Sprichwort nach ein „Verräter und einseitiger Gönner“ Khadhafi, Stolz hatten Khadhafi Libyen, die Polarisierung gewissermaßen aus der Taufe gehoben haben – zusammen mit Algerien. So wuchs das Kind der sozialistischen Staaten Nordafrikas mit sowjetischer Vaterschaft zu einem wichtigen Störfaktor im west-östlichen Gleichgewicht im Maghreb heran. Die Polisario-Front kämpft mit sowjetischen Waffen für einen eigenen Sahara-Staat, die „demokratisch-arabische Republik Sahara“. Lediglich die Entscheidung Marokkos, den marokkanischen besetzten Norden der vor 10 Jahren von Spanien aufgegebenen West-Sahara nicht aufzugeben, verhinderte einen neuen Staatensturz der Sowjetunion – gelegen an einer für den Westen strategisch sehr empfindlichen Zone, nämlich im Norden Westafrikas, nur 100 Kilometer vom Kanarischen Insel-Archipel entfernt, auf dem die Sowjets einen militärisch bedeutenden Fischereistützpunkt unterhalten.

König Hassan fand die Unterstützung seiner Freunde, des amerikanischen Präsidenten Reagan und des Königs von Saudi-Arabien, der im Bedarfsfall auf amerikanische Hilfe angewiesen sein kann. Eine militärische Hilfeleistung aber hängt von ge-

nügend Zwischenlandepunkten für den Nachschub in eben dieser Zone ab, auch für einen eventuellen Konflikt mit Syrien. Um über genügend Ausweichmöglichkeiten zu verfügen, müssen die Algerier auf möglichst viele Fisten zwischen Marokko, den portugiesischen Atlantikinseln und der Iberischen Halbinsel zurückgreifen können.

Die marokkanische Regierung verpflichtete sich der UNO und der Organisation der afrikanischen Staaten gegenüber, die Bevölkerung der besetzten Sahara über ihren weiteren Verbleib bei Marokko in einem Referendum zu befragen. Seit der dichter besiedelte „nützliche“ Teil der Wüste mit dem großen Phosphatvorkommen Bu Craa und dem Hafen El Aïun militärisch abgesichert werden kann und seit die marokkanische Armee kürzlich auch außerhalb ihres Limes der Polisario-Front in einer Schlacht in der Wüste erfolgreich entgegentrat, kann Rabat damit rechnen, daß diese Volksbefragung auch positiv für Marokko ausfallen wird.

Dennoch sieht man in der marokkanischen Hauptstadt mit einigem Unbehagen die Verbesserung der Beziehungen des algerischen Präsidenten Chadli Benjedid mit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand. Schon vor dem jüngsten Treffen beider Staatschefs in Paris stand nämlich

fest, daß die Annäherung zwischen Frankreich und Algerien auf Kosten Marokkos, und zwar in der Sahara-Frage, gehen könnte. Interviews des algerischen Präsidenten in der französischen und arabischen Presse bestätigten dies. Algerien verlangt – das geht aus diesen Interviews hervor – direkte Verhandlungen zwischen der Polisario-Front und der marokkanischen Regierung. Das aber käme einer Anerkennung der Polisario-Front von Seiten Marokkos gleich, weshalb König Hassan bisher jedes Gespräch mit den Rebellenführern ablehnte. Er konnte auch dem Rat der afrikanischen Staaten nachweisen, daß die Polisario-Chefs selbst gar nicht in der Sahara geboren seien, also gar nicht für die Sahara-Bevölkerung sprechen könnten.

So haben sich also die Fronten im Maghreb wieder einmal verschoben. Das im Februar dieses Jahres vielbesetzte Treffen von Präsident Chadli Benjedid und König Hassan von Marokko brachte nicht die erwartete Einigung des Maghreb bis hin zu Libyen. Marokkos König merkte schon bald, daß die Algerier ihre Hoffnung auf einen selbstständigen Sahara-Staat – der ihnen einen Zugang zum Atlantik verschaffen sollte – keineswegs aufgegeben haben. So lag denn die taktische Verbindung zwischen Marokko und Libyen nahe.

Wort des Tages

„Es gibt wenig aufrichtige Freunde – die Nachfrage ist auch gering.“

Maria von Ebner-Eschenbach, Öster. Autorin (1850-1916)

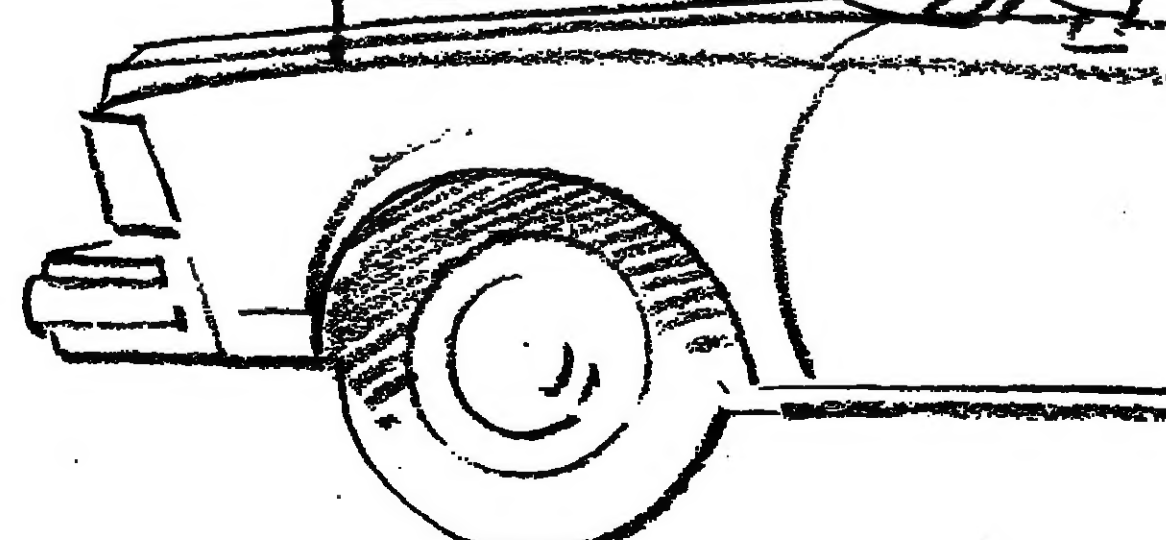
Wir fahren jetzt unter neuer Flagge!

Als wir 1968 angingen, Autos im Leasing anzubieten, verfügten wir über 22 Fahrzeuge.

Heute sind wir mit 29.000 Autos Deutschlands größte, marken-unabhängige Autoleasing-Gruppe. Grund genug, uns auch endlich so zu nennen. Darum heißen wir ab 1. Januar 1984 nicht mehr Interleasing D, sondern **AutoLeasing D.**

- Über 15 Jahre Erfolg und Erfahrung im AutoLeasing.
- Ein dichtes Niederlassungs- und Service-Netz mit geschulten Spezialisten überall in Deutschland.
- Markenunabhängig, unbürokratisch und entscheidungsfreudig.
- Vom Zweitwagen über Firmenwagen bis zur LKW-Flotte. Vom Privat-Leasing bis zum Full-Service.

Deutschlands große AutoLeasing-Gruppe



- AutoLeasing D GmbH**
- Hamburg
Telefon 040/466 41
 - Berlin
Telefon 030/792 2099
 - Bremen
* Telefon 040/466 41
 - Hannover
* Telefon 040/466 41
 - Düsseldorf
Telefon 0211/733 1172
 - Frankfurt
Telefon 0611/79 21-1
 - Saarbrücken
* Telefon 0631/79 21-1
 - Stuttgart
* Telefon 0611/79 21-1
 - Augsburg
Telefon 0821/79 10 11
 - München
* Telefon 0821/79 10 11

* Bis zur Eröffnung am 2. Januar 1984.

Wir schicken Ihnen gern ausführliche Informationen zu Leistung und Service-Umfang. Einfach Coupon auf Ihren Briefbogen kleben und an AutoLeasing D, Informations-Zentrale, Niederfeld 91, 2000 Hamburg 54, senden.

Anmerkungen zur Ruhrgebiets-Serie „Rote Erde“

Ein wüstes Disneyland

Vielleicht hängt es mit den Zeichenschließungen zusammen und mit der Tatsache, daß Kohle und Stahl ihren beherrschenden Rang im Ruhrgebiet zusehends einbüßen und allgemein der Eindruck sich verfestigt, hier gehe nun eine Epoche zu Ende und man müsse ihren Mythos retten, so wie einst Hollywood auf seine Weise den Mythos des Wilden Westens zu retten versuchte – vielleicht hängt es damit zusammen, daß Film und Fernsehen plötzlich zwischen Ruhr und Emscher ihren Wilden Westen entdecken, den es natürlich so nicht gibt und nie gegeben hat. Von den „Pawlaks“ bis zur „Knapp-Familie“, von „Abfahrer“ bis „Jede Menge Kohle“ gab und gibt es jede Menge Filme serienweise, die sich nach Belieben aus dem sagenhaften Kohlenpott bedienen.

Die letzte Serie, „Rote Erde“, ist jetzt nach neun Folgen (und zehn Stunden Sendezeit) zu Ende gegangen. Es war ein ehrgeiziges und ungewöhnliches Unterfangen. Der WDR leistete sich einen immensen Aufwand an Menschen und Material, an Zeit, Geld und Propaganda.

Dazu gehört auch die Ausstellung „Rote Erde – Bergarbeiterleben 1870–1920“ im Essener Ruhrland-Museum, die gleichzeitig mit dem Neubau des Folkwang-Museums eröffnet wurde, dort nur Verwirrung stiftete und Befremden auslöste. Mit dieser deplazierten Ausstellung haben die Verantwortlichen sich und dem Museum einen Bärendienst erwiesen; denn was hier gezeigt wird, sind keine originalen Zeugnisse aus jenem „Bergarbeiterleben“, sondern nachgefertigte Filmrequisiten aus „Rote Erde“. Die Essener nennen die Veranstaltung schlicht „Disneyland“.

Es ist allerdings ein ziemlich wüstes Disneyland, und ältere Revierbewohner zeigen sich empört über die Vorstellungen, welche die Fernsehleute offenbar vom Leben ihrer Eltern und Großeltern haben und anschaulich verbreiten. Es handelt sich, wie in der Filmserie, in der Tat mehr um Vorstellungen als um historische

und soziale Wirklichkeit; das geben Autor (Peter Stripp), Regisseur (Klaus Emmerich), Szenen- und Kostümbildner (H. Cassner und S. de Stoutz) offen zu. Es war ihnen ausdrücklich nicht darum zu tun, „historische Realität zu konstatieren“.

Darum haben sie in München nach ihren „poetischen Vorstellungen“ ein Stück Ruhrgebiet wie ein Stück Exotik im eigenen Land aufgebaut und darin eine Geschichte angesiedelt, die sich genauso auch anderswo hätte abspielen können; auch daraus machte man kein Hehl. Nur eben verhalf ihr die sensationelle Szenerie unter und über Tage, der harte Existenzkampf der schwarzgeschnittenen Bergleute, das ungewöhnliche Mischgemisch, der scharf akzentuierte Klassenunterschied und nicht zuletzt ein Schuß Mythos und Romantik zu einem besonderen Reiz.

Zugleich bot sich die Gelegenheit zu einer „Sozialgeschichte der Ruhr“ und einer „Reviergeschichte von unten“, die man beim WDR erklärmaßen als „das Gegenstück von Dallas“ betrachtet wissen will. Das mag sogar hingehen. Dies alles ist gewiß so legitim wie „Dallas“ und die amerikanischen Western-Filme, ungeachtet einer deutlichen Voreingenommenheit und Einseitigkeit der Geschichtsbetrachtung, wenn es als Unterhaltung spannend und gut gemacht ist; und das war hier durchweg der Fall. Die Serie war durchgehend gut besetzt und eindrucksvoll fotografiert (Josef Vilsmeyer). Viele unbekannte Gesichter haben sich eingeprägt; die Kamera erforschte sie wie Landschaften.

Ärgerlich und störend wirkte der hektische Filmschnitt. Die breit und verzweigt angelegte Story kam oft nur schwer von der Stelle (fünf Folgen hätten für den Stoff genügt); allzu häufige und abrupte Schnitte sollten wohl für Tempo sorgen oder es vortäuschen, aber sie zerhackten die Fabel, machten sie unübersichtlich, zerstörten die Konzentration und auf die Dauer auch das Interesse.

BO PLUNIER

KRITIK

Herzzerreißender Zirkus

Da haben sie Bob Rooyens hervorgeholt, den Wunderknaben, der in den sechziger Jahren auf der elektronischen Trickkiste spielte wie einst Paganini auf der Teufelsgeige, haben ihm ein Bataillon Unterhalter beigelegt, von Pumuckl bis Winnetou, von Katja Ebstein bis zur halbrecherischen Beatrice Richter; das alles haben sie mit geschickten Texten des André Heller garniert und gebündelt. Als es losging, wußte man, jetzt gibt es ein Wunderland (ARD).

Da brach die Phantasie auf zu einem verwirrenden Marsch durch die Farben und Elektronen, durch die Märchen und Gesänge des Tele-Zeitalters, da ging es drunter und drüber, ein herzzerreißender Zirkus tat sich da zusammen, und – man staune – vom allerbesten Handwerk, das ja auch auf dem Bildschirm einen goldenen Boden hat. Es wurde getanzt und gealbert, es wurde gezaubert, daß sich die elektronischen Regenbögen bogen, kurz: Der solcherart aktivierte Bob Rooyens tat was er konnte, er setzte mit Routine und Einbildungskraft seine Visionen in Kraft und damit auf den Weg in unsere Guten Stuben, auf daß sich dort der Einheitschlaß der Television beschämt entferne.

Was ich noch sagen wollte: Was sollte da der liebe Gustl Bayrammer als Cicerone? Er wirkte doch eher als – frei nach Brecht – Verleumdungseffekt.

VALENTIN POLCUCH

Keineswegs vergessen

Das Gesetz einer permanenten inneren Dialektik waltete in dem 45-Minuten-Film „Verloren oder vergessen“ von Heribert Schwan. Da diente der Titel – ohne Fragezeichen – als Rechtfertigung für Konzeption und Produktion, als eine von Anfang bis zum Ende beherrschende These, die allerdings immer wieder von dokumentierten Fakten widerlegt wurde.

Da weiht Klaus von Dohnanyi eine Ossietzky-Bibliothek ein, da trägt eine Berliner Schule seinen Namen, ist sein Leben Gegenstand wissenschaftlicher Forschung: Es kann doch nicht geleugnet werden, daß die Nachwelt ihm Kränze flicht. Und

dies zu Recht – mag er auch, was der Film verschweigt, 1932 eine Präsidentschaft von Ernst Thälmann befürwortet und mitunter über demokratische Institutionen nicht nur kritisch, sondern auch hämisch geurteilt haben. Trotz seiner falschen Grundthese und seiner glorifizierenden Einseitigkeit war Schwans Film keineswegs überflüssig. Doch bleibt die Frage: Wann kümmert sich der WDR um die wirklich oder fast Vergessenen: Ludwig Quidde etwa, auch ein Friedensnobelpreisträger, Friedrich Stampfer, Friedrich Muckermann, Theodor Wolff – antinazistische Publizisten, die heute kaum noch jemand kennt.

GISELHER SCHMIDT

Magnet für die Massen

Was die Franzosen gerne von sich selber glauben und alle Welt von den Italienern sagt – das trifft in Wahrheit auf die Griechen zu: daß sie in öffentlichen Angelegenheiten eine Leidenschaftlichkeit entfalten, die ihre Regierbarkeit suchte; ja, daß sie am Ende sogar dazu neigen, den Grad der emotionalen Aufwallung für den Beweis der Richtigkeit und Tragfähigkeit einer Politik zu halten. Nirgendwo in Europa, das hat Karl Heinz Schwab trefflich ins Bild gesetzt („Der unberechenbare Europäer“, ZDF), gibt es temperamentvollere Massenkundgebungen.

Aber nirgendwo auch gibt es zur Zeit einen Mann, der die Massen ähnlich magnetisch anzieht wie der griechen-Premier Andreas Papandreu – ein herrischer Typ, ein raffinierter Volkstribun, ein blitzgescheiter Wirtschaftswissenschaftler von internationalem Rang und – westlichen Medien wenigstens – lange schon ein unsicherer Kantonist. Wird er sein Land aus der Westbindung lösen, also NATO und EG verlassen? Schwab fand eigentlich nur Gesprächspartner, die diese Frage verneinten, die Verlegerin Vlachou etwa oder den ehemaligen (konservativen) Außenminister Mitsotakis. Nach ihrer Meinung macht Papandreu hinter dem Vorhang einer linken Rhetorik pragmatische Politik.

Bleibt eine Feststellung, die auch für Bonn gelten könnte: Die große Wende (Papandreu-Slogan) wird noch immer gepöbelt.

HORST STEIN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sonntag
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Blau ist der Himmel

14.10 Tagesschau
14.15 Heinrich Heine berichtet
Wiedersehen mit Tibet

17.00 Tankstelle!
17.50 Tagesschau
dazu Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 New York, New York
Sendung von Werner Boecker

Als sie vor mehr als 20 Jahren mit der christlichen Seefahrt zu tun hatten, hießen sie Siegfried Fischbacher und Uwe Hom. Heute, in Las Vegas, nennen sie sich Siegfried und Roy, und sie wurden, ohne jede Überreibung, die erfolgreichsten Show-Stars, die man zur Zeit im Spielereparadies am Rande der Wüste bewundern kann. Sie haben alles erreicht, wovon zwei ehemalige Stewards auf der „Bremer“ geträumt haben könnten: Beifall, Ruhm und sehr viel Geld. Zweimal erhielten sie den für Las Vegas begehrtesten Titel „Entertainer des Jahres“. Daß man in Deutschland über die märchenhafte Karriere von Siegfried und Roy relativ wenig weiß, liegt v.a. an ihren exklusiven Verträgen mit den Super-Magazinen Irving und Kenneth Field, die nebenbei auch für den andauernden Erfolg der „größten Show der Welt“, also für den Ringling Brothers and Barnum and Bailey Circus, zuständig sind.

21.00 Report
Themen: Gibt es zu wenig Organ-spender oder kümmern sich die Ärzte zu wenig um Spenderorgane? / Der „atomare Winter“ nach einem Nuklearkrieg – Fragen an den Meteorologen Prof. Paul Crutzen / Arbed-Saatstahl-Mitarbeiter und ihr Wirtschaftsminister
Moderator: Franz Alt

21.45 Dallas
Der Schatzzug
22.20 Tagesschau
22.30 Deutsches Pop-Nachwuchs-Festival 1989
Ausschnitte aus den Konzerten in Würzburg
01.00 Tagesschau

12.10 Kontakte
12.25 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.45 Zirkus, Zirkus
Präsentation: Freddy Quinn
15.55 Die Großen und die Kleinen
Gabriele Wohmann und die Zwillinge Della und Miriam Sepour

16.00 Kinder-Studio I
Schüler der Gesamtschule Bleidenstadt stellen sich vor

16.10 Löwezzoo
Peter kämpft mit den Holzwürmern

16.40 Kinder-Studio II
17.10 Mandara
17.35 Kinder-Studio III

18.00 heute
18.05 Ausgerechnet Gelbe
Schüler fragen Ilzhart Portman
Pianist: Bruno Canino

19.00 heute
19.30 Vorschau – Musik
Mit Witz, vorgestellt von Frank Zander

WELT Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF)
unter den Nummern 681, 682, 683

20.15 Moonchild
Chris Carlsons Weg aus der Sekte
Mit Chris Carlson, Michael Daly, Ann Daly u.a.
Der 18jährige Chris Carlson wird entführt, als er in San Francisco Blumen für ein „Jugendhilfswerk“ verkauft. Die Entführer: Seine Mutter, ihr Anwalt und Chris' Freund Mike, ein ehemaliger Angehöriger der Moon-Sekte, bringen ihn in ein abgelegenes Motel. Während sie sich um Chris bemühen und versuchen, mit ihm ein Gespräch zu führen, zeigt eine Rückblende wie Chris vor einem Jahr in San Francisco auf Annie zu einem Wochenende auf eine Farm eingeladen wurde.

21.00 heute-Journal
21.20 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
21.35 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

21.45 heute-Journal
21.50 Die große Sehnsucht
Warum Jugendliche Zukunftspläne aufgeben
22.15 Wenn du bist ja Klasse
Amerik. Spielfilm, 1977
0.40 heute

Das neue SkiMagazin ist da: viel Service und noch mehr Information – damit Ihr Ski-Winter Spitze wird.

Lesen Sie im Dezember-Heft:
57 Nowax-Ski im Langlauf-Test...
Wichtige Tipps für den Ski-Stiefel-Kauf... So sollte die erste Ski-Ausrüstung aussehen... Sieben ausgesuchte Skigebiete und ihre Spezialitäten... Acht Selten Geschenkideen für Skifahrer... Neue Stretching-Übungen gegen den Muskelkater... Alle Rodelgebiete auf einen Blick.

SKI MAGAZIN Nr. 12 Dezember 89 DM 5,-

IM TEST Die neuen Langlauf-Ski
OLYMPIA 84 Was Sarajevo seinen Gästen bietet
Wie Sie durch Stretching locker werden

PREISRÄTSEL Einer wird Schneekönig 10.000 DM zu gewinnen

Geschenke rund um den Wintersport

Holen Sie sich jetzt das neue SkiMagazin bei Ihrem Zeitschriften-Händler für DM 5,-

Ihre neue Illustrierte für Freizeit und Fernsehen: Bildwoche!

Bildwoche diese Woche:



Thekla Carola Wied,
der Star aus der Fernseh-Serie „Ich heirate eine Familie“ wurde über Nacht zur neuen „Mutter der Nation“.

Bildwoche Fotoreportage:

Prinzessin Stephanie und Paul Belmonte: Die Geschichte einer großen Liebe.



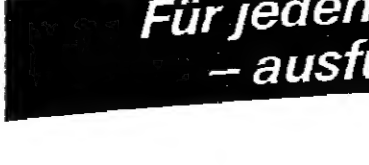
Bildwoche aktuell:

Ärger bei Dallas
Wegen einer heiklen Bettenszene will Linda Gray nicht mehr mitmachen. Und auch J.R. droht nun mit Ausstieg...



Bildwoche Schicksal:

Ein Kind lebt mit der Niere seines Vaters
Nie zuvor wurde einem einjährigen Kind die Niere eines Erwachsenen übertragen. Die Operation gelang!



Bildwoche berichtet:

Der Held und die wilden Wölfe
Heldentatzen Peter Hofmann begibt sich in Gefahr: Er stieg zu 5 Wölfen in den Käfig.



Bildwoche Nr. 48 Die für Fi

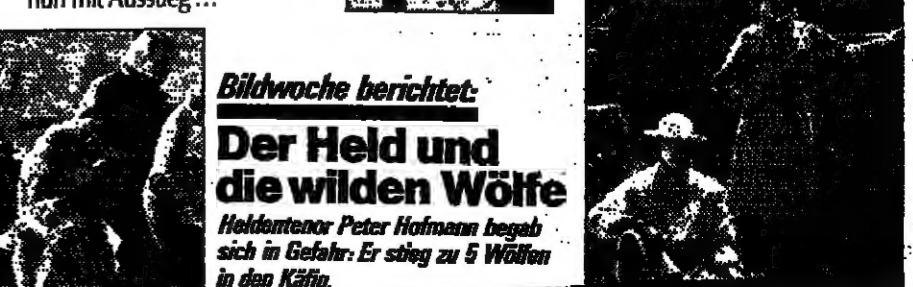
Jetzt Neu!

Nur 80 Pf. Aktuelles Fernseh-Programm 26. Nov. - 2. Dez.

Preisgeld: 10.000 Mark zu gewinnen

überall nur 80 Pf

Bildwoche Mode: Weit, mollig und sehr bequem.
Die Winter-Mäntel dieser Saison



Bildwoche berichtet:
Der Held und die wilden Wölfe
Heldentatzen Peter Hofmann begibt sich in Gefahr: Er stieg zu 5 Wölfen in den Käfig.



Bilder und Geschichten der Woche. Viele Tipps und viel Unterhaltung. Wieder 10.000 DM zu gewinnen!

Für jeden Tag drei Seiten Fernsehprogramm – ausführlich – übersichtlich – aktuell!



NACHRICHTEN

Hoffen auf Schnee

Schladming (dpa) - Die Organisatoren der ersten Abfahrt im Ski-Weltcup der Männer, die am Sonntag in Schladming stattfinden soll, hoffen auf Schnee. Heute soll die Entscheidung darüber fallen, ob ein Abfahrtslauf oder nur ein Riesenslalom ausgetragen werden kann.

Beile in guter Form

Gefle (sid) - Jochen Beile, der beste deutsche Ski-Langläufer, befindet sich bereits in guter Form. Bei einem Testrennen über 16 Kilometer in Cello (Norwegen) belegte er hinter Gunde Swann (Schweden) und Lars Erik Eriksson den dritten Platz und ließ dabei starke Läufer wie die Olympiasieger Thomas Wassberg (Schweden) und Juha Mieto (Finnland) hinter sich.

Cosmos lockt: Pelé

Rio de Janeiro (sid) - Der frühere Fußball-Weltstar Pelé soll Cosmos New York aus der Krise helfen. Der Verein möchte dem Brasilianer das Angebot, für umgerechnet 13 Millionen Mark im nächsten Jahr ein Comeback zu feiern. Der 43-Jährige Pelé hat sich bis Mitte Dezember Bedenken erbeten.

Brock Weltmeister

Bridge/Barbados (sid) - Der 21-Jährige alte Bundeswehrsoldat Ralf Brock aus Arnsberg gewann vor Barbados den Weltmeistertitel in der nicht-olympischen Windsurfer-Klasse. Brock lag nach sieben Wettfahrten in der Schwergewichts-Klasse (über 74 kg) mit 19,7 Punkten deutlich vor dem Amerikaner Nevis Sayre (27,7) und Tim Aagensen aus Dänemark (43,4).

Vertrauensfrage

Hamburg (sid) - Philipp Fürst, Cheftrainer der deutschen Kunstturner, hat die Vertrauensfrage gestellt. Ewald Friedrich, Direktor im Bundesausschuß für Leistungssport, hatte die Leistungen der Turner bei den Weltmeisterschaften in Budapest (Olympiaqualifikation mit Platz acht in der Mannschaft) in einem Zeitungsinterview als „Frechheit“ bezeichnet.

Basketball-Pokal

Hamburg (sid) - Aufsteiger Giants Osnabrück gegen Saturn Köln - das ist das Schlagerfinale des Achtelfinales im deutschen Basketball-Pokal. Die Auslosung ergab außerdem folgende Paarungen: BBC Linz - Bayern München, BG Hagen - TSV Hagen, Bamberg - USC Heidelberg, Schalke 04 - Göttingen, Gießen - Bayreuth, Wolfenbüttel - Charlottenburg, SSV Hagen - TuS Levetzhausen.

ZAHLEN

EISHOCKEY	
Bundesliga, 27. Spieltag: Schwaben - Mannheim 4:2, Iserlohn - Rieckse 2:3, Kaufbeuren - Düsseldorf 5:3, Freiburg - Köln 2:5, Rosenheim - Landshut 3:0.	
1. Landshut 29 12:3 8 132: 88 32:19	
2. Mannheim 27 12:7 127: 81 32:16	
3. Rosenheim 27 15:9 4 113: 82 32:16	
4. Köln 27 15:3 9 112: 90 33:21	
5. Freiburg 28 11:5 12 87:110 27:23	
6. Schwaben 27 11:4 13 94:83 26:28	
7. Kaufbeuren 27 9:13 102:125 25:29	
8. Iserlohn 27 9:15 92:102 21:33	
9. Düsseldorf 27 7:17 75:122 17:37	
10. Rieckse 27 5:12 80:140 11:43	

RADSPORT	
Sechstagesrennen in Gent, Endstand: 1. Filonen (Belgien) 258 Punkte, 2. Thurnau/Fritts (Deutschland) 204, zwei Runden zurück: 3. Vaarten/Costermans (Belgien) 235, 4. Frank/Turner (Dänemark/Belgien) 215, drei Runden zurück: 5. Reijnders/Wiggins (Belgien/Australien) 134, vier Runden zurück: 6. Schütz/Colijn (Deutschland/Belgien) 168.	

REITEN	
CSI in Brüssel, Weltcupspringen: 1. Pyrrath (Großbritannien), Towerlands Angleria, 0 Fehler/Punkte/30,20 Sekunden, 2. Rüping (Deutschland), Silbersee, 0/30,34, 3. Edgar, Forerwer, 4/37,13, 4. Ecorne (Belgien/Großbritannien), Last Resort, 4/37,13, 5. Frühmann (Österreich), Bandit, 4/30,09, 6. Schockemühle (Deutschland), Deister 4/31,23, alle im zweiten Stechen. - Stand nach drei Konkurrenzen der Europaliga: 1. Skeith (Großbritannien) 43 Punkte, 2. Frühmann 40, 3. Edgar 39, 4. Rüping 37.	

FECHTEN	
Erstes Fierst-Weltcup-Turnier in Wien, Vierterfinale: Scuri (Italien) - Goebe (England) 10:8, Romankow (UdSSR) - Cervi (Italien) 8:10, Behr (Deutschland) - Cipressa (Italien) 11:12, Klein (Deutschland) - Nura (Italien) 10:2. - Halbfinale: Cervi - Scuri 10:4, Klein - Cipressa 10:8. - Um Platz drei: Cipressa - Scuri 10:8. - Finale: Cervi - Klein 10:2.	

GEWINNZAHLEN	
Toto: 6 aus 45: 13, 21, 34, 38, 43, Zusatzzahl: 9. - Remiszettel, Rennen A: 5, 13, 1. - Rennen B: 28, 37, 35. (Ohne Gewähr)	

IM BLICKPUNKT / Kranker Schwimm-Weltrekordler - Eishockey-Taktiker aus der CSSR - Golf-Sieger aus Augsburg

Michael Groß: Schonung tut jetzt not

DW, Bonn
Wenn der Name Michael Groß fällt, kommt im Deutschen Schwimm-Verband (DSV) Euphorie auf. Schwimmwart Jürgen Kozel sagt: „Das ist phantastisch! Ich bin überzeugt, daß Michael für Olympia auf dem richtigen Weg ist.“

Was das phantastisch ist, scheint die Worte zu belegen: Weltmeister Groß erreichte beim Vorkampf der deutschen Mannschafts-Meisterschaft in Schwäbisch Gmünd über 200 m Schmetterling in 1:58,1 Minuten Weltbestzeit für 25-Meter-Bahnen. Und über 200 m Freistil schwamm er in 1:44,9 Minuten die zweitbeste Kurzbahn-Zeit, die jemals gestoppt wurde (schneller war nur er selbst am 27. November 1982).

Auf dem richtigen Weg? Diese Leistungen - erstaunlich genug - erreichte ein Michael Groß, dem das Wasser fast schneller aus der Nase lief als er schwimmen konnte. Der 19-Jährige Abiturient ist erkältet. Wie er einmal mußte er seinen Körper mit Antibiotika in die Lage versetzen, überhaupt noch so zu reagieren, wie er es sich im Sinne seiner Mannschaft wünscht. Doch jetzt reden seine



Michael Groß: Weltklasse trotz Erkältung. FOTO: PERENY

Freunde bereits von Raubbau an seinem Körper. Er solle sich schonen, weil olympisches Gold wichtiger sei als Siege für den BOSC Offenbach.

Wer Groß an der sportlichen Ehre packen will, braucht ihn nur darauf hinzuweisen, daß er wichtiges Mitglied eines Teams sei. Wohl deshalb redet Bundestrainer Manfred Thiesmann schon jetzt davon, daß der zweite Platz für die Mannschaft der Bundesrepublik beim Europacup in Ankara (17. und 18. Dezember) nicht zu halten sei.

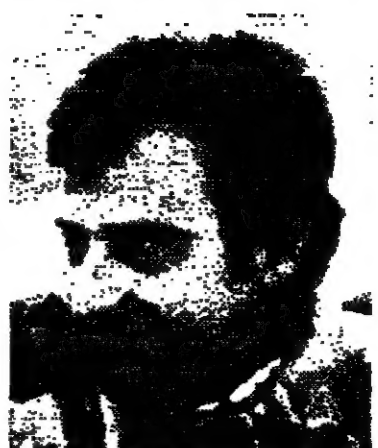
Warum sollte er auch mit Erkältung und Medikamenten im Leib? Schonung tut jetzt für einen möglichen Olympiasieger.

Pawel Wohl: Torjäger aufs Eis gelegt

dpa, Rosenheim
Wenn tschechoslowakische Trainer mit ihren Mannschaften in der Eishockey-Bundesliga aufeinander treffen, dann wird die oft rauhe und rohe Sportart zu einem Intelligenzspiel der Taktiker. Beim 3:0 des SB Rosenheim gegen den Meister Landshut, wagte Pawel Wohl gegen Jaroslav Pitner einen gewagten Schachzug, der aber spielscheidend sein sollte.

Dem Landshuter Torjäger Erich Kühnhackl stellte der Rosenheimer Trainer Wohl seinen Torjäger Erich Höfner zur Seite. So schalteten sie sich gegenseitig aus, aber Höfner hatte die besseren Mitspieler, die dann drei Treffer erzielten.

Jaroslav Pitner mußte sich geschlagen geben: „Rosenheim war kämpferisch und läuferisch besser.“ Zur Entschuldigung führte er die Verletzungen in seiner ersten Turnreihe an: „Kühnhackl hatte Rückenschmerzen, Steiger eine Fersenverletzung und Pytel war nicht im Vollbesitz seiner Kräfte.“ Den Landshutern war deutlich die Angst vor der Heimstärke des Meisters von 1982 anzumerken.



Pawel Wohl: Doktorarbeit über Eishockey-Torwarte. FOTO: RAUCHENSTEINER

In der Abwehr setzt vor allem ein Spieler die Glanzlichter: Nationaltorwart Karl Friesen. Trainer Pawel Wohl verbindet mit der Leistung seines Torwarts angenehme Erinnerungen. Schließlich war er drei Jahre lang bei Dukla Jiglav in der CSSR ausgerechnet von seinem jetzigen Landshuter Konkurrenten Jaroslav Pitner trainiert worden. Mit dieser Erfahrung hat er dem großen Talent Karl Friesen zur heutigen Spitzenklasse verhelfen können. Über Torwarte hat Pawel Wohl auch seine Doktorarbeit in der CSSR geschrieben. Das Thema: „Reaktionszeit bei Torleuten.“

Langer: Lob von Weltstar Jack Nicklaus

DW, Stuttgart
An sein erfolgreiches Jahr 1981 hat sich der Golf-Profi Bernhard Langer bislang immer orientiert - damit ist es jetzt aber vorbei. Denn in dieser Saison ist Langer viel stärker. Sein Bruder Erwin meint: „1981 ist jetzt auf jeden Fall nicht mehr sein bestes Jahr.“ Erst am Wochenende gewann Bernhard Langer ein Turnier und kassierte in Kagoshima (Japan) eine Siegpriämie von umgerechnet rund 130 000 Mark.

Die Bilanz des Jahres 1983, die Langer in Neuseeland und in seiner zweiten Heimat Florida abschließen wird, stellt in der Tat diejenige von 1981 weit in den Schatten: Mit den Offenen Meisterschaften von Italien und Glasgow, den europäischen Spielermeisterschaften, einem Einladungs-Turnier in Madrid und eben jener Sieg in Japan gegen starke Konkurrenz hat er fünf Erfolge neben einer Gewinnsumme von weit über 500 000 Mark verbucht.

Bernhard hat jetzt ein sehr großes Selbstbewußtsein erreicht. Es war selbst für mich verblüffend, wie locker und gleichzeitig stark er beim Ryder-Cup auftrat“, sagt Erwin Langer.



Bernhard Langer: Siegeskuß von der Braut Vicky. FOTO: UPI

ger über seinen prominenten Bruder Bernhard. Gerade bei diesem Vergleich zwischen Amerika und Europa spielte Langer im Oktober gekonnt wie nie zuvor. Jack Nicklaus, Team-Kapitän der USA im Ryder-Cup, stufte den blonden Deutschen unter die zehn besten Spieler der Welt ein.

Das gestiegene Selbstbewußtsein von Langer hängt sicherlich mit der auf ihn ausstrahlenden Ruhe seiner Verlobten Vicky Lopez zusammen. Die 25-Jährige Stewardess aus Florida ist fast bei allen Turnieren dabei und wird es vermutlich auch in der nächsten Saison sein - wenn sie Bernhard Langer geheiratet hat...

Die GALOPP-Kolumne der WELT

Wie Vicky Furler ihrem Vater Adolf bewies, was Damen leisten können...

Siegerin des Damenwettbewerbs zum Preis der Perlenkette auf der Neusser Galopprennbahn wurde Gudrun Heitz-Burst (24) aus Iffezheim mit 19 Punkten vor Alexa Grün Sohm-Hadik aus Frankfurt/Main mit 15 Punkten. Viktoria Furler aus Kerpfen und Heide Zahn aus Alpen am Niederrhein teilten sich den dritten Platz mit je 14 Zählern.

Gudrun Heitz-Burst ist die Tochter des Iffezheimer Rennbahnverwalters Rudolf Heitz, seit wenigen Wochen ist sie verheiratet. Vicky Furler gewann am Entscheidungstag einen Wertungslauf mit ihrer Stute Overa. Es war ausgerechnet ein Rennen über 3000 Meter, gegen das sich ihr Vater, der Fernseh-Kommentator Adolf Furler, in einer ständigen Kolumne der Toto-Lotto-Zeitung „Glück“ vehement wehrte, weil Rennen über derart lange Distanzen für die Damen viel zu anstrengend seien.

Die deutschen Vollblütnichter unternehmen nach den Niederlagen der laufenden Saison in internationalen Prüfungen erste Anstrengungen, um langfristig dem Anschluß an den internationalen Standard nicht gänzlich einzubüßen. Zwei ausländische Deckhengste stehen demnächst in deutschen Gestütern. Der zehn Jahre alte Fuchsbengst Gunner B, bislang in Lincolnshire in Nord-England stationiert, ist bereits im Union-Gestüt in Merten an der Sieg eingetroffen. Gunner B hat in seiner Rennlaufbahn 15mal gewonnen.

Das Gestüt Pfauenhof in Utzareth in der Eifel importierte den Franzosen Baly Rockette, der 1975 in Iffezheim das Oettingen-Rennen gewann. Dabei schlug er Garzer, der später Deckhengst auf dem Pfauenhof wurde, dort aber an einer rätselhaften Vergiftung einging.

Garzer war damit der vierte Deckhengst in relativ kurzer Zeit, der dort nicht überlebte. 1976 zog sich Uditore beim Deckakt zu und mußte eingeschläfert werden. Uditore's Nachfolger Benedikt verletzte sich in seiner Box so schwer, daß auch er von seinem Leiden erlöst werden mußte. Dann kam Rubens in das Eifelgestüt, erlitt eine Kolik und erkrankte in der Tierklinik in Gießen nicht mehr aus der Narkose.

Neben Baly Rockette deckt auch der Europa-Freisieger Ebano dort. Gestütsbesitzer Egon Kesslers Ehefrau Dorle war nach der unheimlichen Todesserie der vier Deckhengste derart entnervt, daß sie den katholischen Utzareth Dorfpfarrer bat, doch den Deckhengstestall einzuziegeln. Der Geistliche trat sofort in Ak-

tion, obwohl die Kesslers einer anderen Konfession angehören...

Im Landhaus Scherrer in Hamburg wurde gestern der neue Geschäftsführer des Hamburger Renn-Clubs, Jürgen von Siehart, offiziell vorgestellt. Er war zuvor in Bremen und Düsseldorf tätig. Verabschiedet wurde Heims Kättemann, der sich jetzt nur noch der Geschäftsführeraufgabe in Gelsenkirchen-Horst widmet. Direktionsumgestaltungen hat Hans-Heinrich von Loeper forderte bei dem Empfang in dem Hamburger Nobelrestaurant, daß die Geschäftsführer in Zukunft innerhalb der oftmals schwachen, ehrenamtlichen Vorstände mehr Kompetenzen zugebilligt bekommen sollen.

Die vierjährige Stute All Along, Siegerin in den drei Rennen um die „North-American-Triple“ und im Arc de Triomphe von Paris, hat dabei in nur 42 Tagen 5,5 Millionen Mark gewonnen. Pro gelaufenen Meter bedeutet das einen Gewinn von 560 Mark. - Jockey Peter Remmert (44) hat gegen seine Sperre von sechs Wochen durch den Ordnungsausschuß des Direktoriums Berufung beim Renngericht eingelegt.

Das Kölner Direktorium hat die Ermittlungen im Fall der angeblichen Pferdeverwechselung Schützzenkette/Sandina am 30. Oktober 1983 in Hannover aufgenommen. Für Schützzenkette soll angeblich die Leistungsstärke Sandina gelaufen sein. Sie wurde trotzdem nur Vierte. Für verwertbare Hinweise ist der Galoppverband inzwischen auch bereit, Belohnungen zu zahlen. Schützzenkette's Besitzertrainer, Wilfried Krawczyk aus Krefeld ist derzeit unzufindbar, ebenso die Stute Sandina.

Ein Pferderennen mit zahlreichen Stars der Vergangenheit fand vor zwei Wochen auf der Rennbahn im englischen Ascot statt. Allerdings wurde es nur von einem Computer simuliert. Alle Stärken und Schwächen der teilweise schon nicht mehr lebenden Pferde wurden in den Computer eingegeben. Veranstalter des ungewöhnlichen Wettbewerbs war die Boulevardzeitung „The Sun“, die Leser mußten den Einlauf der ersten Sechsen tippen. Es gewann der 30:10-Favorit Sea Bird mit einer halben Dähne Vorsprung vor Vaguely Noble. Dahinter kamen Troy und Ribot ins Ziel.

KLAUS GÖRTZSCHE

Kritik aus Paris: Derwalls „Kameraderie-Verein“

Warum, mag jetzt mancher denken, geht es hier schon wieder einmal um die deutsche Fußball-Nationalmannschaft. Das Thema sei doch für 1983 abgeklagt, es könne nur noch besser werden - hoffen wir darauf.

Doch was hierzulande Dauerbrenner war, wird erst jetzt einer bei unseren Nachbarn. Verblüfft reiben sich zum Beispiel die Franzosen die Augen. Mag sein, daß sie als Veranstalter der Endrunde der Europameisterschaft ein besonderes Interesse am Titelverteidiger haben. Eines ist es wohl nicht: die kollegiale Hilfe für deutsche Sportjournalisten, die so langsam in den Ruf kommen, sie seien ein Rudel zähnefletschender Hun-

de, die den Hasen Jupp jagten. (Viel leicht sollte man Fernsehübertragungen von Länderspielen verbieten, damit nicht jeder nachprüfen kann, was geschrieben steht.) Die Pariser Zeitung „Le Matin“ schrieb gestern, die deutsche Mann-

schaft sei nur noch ein Schatten ihrer selbst. Das ist auch jenseits unserer Grenzen sehr leicht an Ergebnissen abzulesen und wäre allein auch nichts Besonderes.

Interessant aber ist diese Einschätzung: Bundestrainer Jupp Derwall habe aus der Nationalmannschaft eine Art „Kameraderie-Verein“ ge-

macht, in dem Niederlagen nicht mehr als Niederlagen betrachtet würden, sondern als „momentane psychologische Probleme“. Die früher in aller Welt gelobten deutschen Eigenschaften wie Temperament, Kampfgeist, Siegeswillen und Improvisa-

tion würden unter Derwall vernachlässigt.

Das Ergebnis dieser Analyse sieht für die Zeitung so aus: „Die Deutschen denken nur noch an Gruppenpsychologie, gesundes Essen und taktische Überlegungen, vergessen aber das Wichtigste beim Fußball: Kampfgeist und Spielfreude. Man hat oft den Eindruck, daß die Deutschen

sich beim Spielen selbst betrachten. Das bremst sie und führt nur zu mäßigenden Ergebnissen.“

So sieht es eine französische Zeitung. Daß sie dabei auch feststellt, „sportmedizinische Überlegungen“ würden übertrieben, soll sie nicht gleich als Organ der Unwissenheit ausweisen - diese Überlegungen spielen nämlich viel zu selten bei Jupp Derwall eine Rolle. Das Stichwort heißt „Kameraderie-Verein“. Schön, daß das auch mal von außen beobachtet wird. Jede Kritik wird bei uns nämlich mit dem Hinweis beantwortet, viele andere Länder leckten sich die Finger nach Derwalls Mannschaft. Die Franzosen offensichtlich nicht... DW.

Die Geschenk-Idee 83

RRTest. Denn Gesundheit wünscht sich jeder.

Zu hoher Blutdruck ist wie schleichendes Gift. Lange Zeit ahnt man nichts Böses - und schlagartig wird's ernst. Sehr ernst.

Als Vorsorge hilft nur die regelmäßige Blutdruck-Kontrolle. Besser noch: Selbstkontrolle. Zuhause. Und am besten mit einem RR-Test-Gerät.

Man kann es jetzt zu Wettrennen schenken - oder sich schenken lassen. - Vielleicht etwas ungewöhnlich... aber: Kann man Wertvolleres schenken als etwas für die Gesundheit?

RR-Test ist die große, berühmte Marke für Blutdruck-Messgeräte. RR-Test-Geräte gibt es nur in der Apotheke. Denn dort werden Sie sach- und fachgerecht beraten. Fragen Sie einfach.

Da RR-Test-Geräte speziell für die Selbstkontrolle gedacht sind, ist die Handhabung denkbar einfach.

So einfach, daß jeder, der gesund leben will, im neuen Jahr gleich damit anfangen kann.

Zur Vorsorge und Überwachung.

ROLAND
ARZNEIMITTEL-HANDEL

SCHACH / Abbruch der 4. Partie mit leichten Vorteilen für Kortschnoi

„Risiko paßt noch nicht in meinen Plan“

DW, London
Die vierte Partie des Halbfinal-Kampfes im Schach-Kandidatenturnier zwischen Viktor Kortschnoi und Garri Kasparow wurde in London nach dem 41. Zug abgebrochen.

Interessant, daß der 20 Jahre alte Kasparow, der als klarer Favorit galt, erneut um ein Remis kämpfen muß. Nachdem Kasparow die erste Partie verloren hatte, besitzt der 32 Jahre ältere Kortschnoi eine psychologisch offensichtlich bessere Ausgangsposition. Das zeigt sich auch in einem

Kurzkommentar Kortschnois zum Spielverlauf der vierten Partie bis zum Abbruch. Er sagte zur WELT: „Ich hätte durch ein schärferes Spiel vielleicht einen deutlichen Vorteil erreichen können. Dies wäre jedoch mit einem erheblichen Risiko verbunden gewesen. Und das paßt zu diesem Zeitpunkt des Wettkampfes nicht in meinen Plan.“

Aus diesen selbstbewußten Worten des immer noch 2:1 führenden Kortschnoi läßt sich ableiten, daß der in der Schweiz lebende ehemalige sowjetische Großmeister sein Reper-

toire noch nicht erschöpft hat. Kortschnoi spielte mit den weißen Steinen. Zur Zeit des Abbruchs besaß er folgende Figuren: Ke3, Td4, Bauern a4, b2, c5, e4, f4, h2. Kasparows Stellung vor der Abgabe seines 41. Zuges: Ke6, Td8, Bauern a6, b4, c7, f5, g5, h5.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman kommentiert die Abbruchstellung so: „Kortschnoi steht wesentlich aktiver. Aber mit dem wahrscheinlichen Abgabezug gxf4+ nebst Abtausch auf e4 kann Kasparow offensichtlich ein Remis halten.“

Bukarest und Sofia werben um Albanien

AFP, Wien

Nach der Sowjetunion haben sich nun auch Bulgarien und Rumänien für engere Beziehungen zu Albanien ausgesprochen. In einem Kommentar zum albanischen Nationalfeiertag erinnerte das bulgarische Parteiblatt „Rabotnitschesko Delo“ an den 12. Parteitag der bulgarischen KP von 1981, auf dem das „aufrichtige Bestreben Bulgariens, engere Beziehungen zu Albanien zu knüpfen“ zum Ausdruck gekommen sei. Das Parteiorgan meinte dazu, daß dieser Annäherung „in einer Zeit, in der der Imperialismus den Frieden bedroht, eine besondere Bedeutung zukommt“.

In der rumänischen Parteizeitung „Scinteia“ war von der freundschaftlichen Einstellung des rumänischen Volkes gegenüber dem albanischen Volk die Rede. Das Blatt lobte die „revolutionären Veränderungen in allen Bereichen unter der Führung der albanischen Arbeiterpartei“.

Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hatte zuvor eine Glückwunschkarte an den albanischen Staatschef Ramiz Alia, nicht jedoch an den Parteiführer Enver Hodscha gerichtet.

Peking ließ Bürgerrechtler frei

AFP, Peking

Ren Wanding, einer der Initiatoren des „Pekinger Frühlings“ – der Ende 1978 entstandenen Dissidentenbewegung in der Volksrepublik China – ist nach vier Jahren Gefängnis im April diesen Jahres freigelassen worden. Das wurde erst gestern in Peking bekannt. Ren, der durch seine Forderung nach Respektierung der Menschenrechte in China bekannt wurde, war nie gerichtlich verurteilt worden.

Der aus einer intellektuellen-Familie stammende 39-jährige Techniker war am 4. April 1979 in Peking verhaftet worden. Der Leiter der „Allianz für die Menschenrechte“ hatte mit einer Wandzeitung Aufsehen erregt, auf der er unter anderem freie Wahlen in China, die Bekämpfung der Korruption und die Abschaffung der Geheimpolizei forderte.

Im „Pekinger Frühling“ hatten sich Hunderte von zumeist jungen Intellektuellen und Arbeitern mit Wandzeitungen an die Öffentlichkeit gewandt. 1979 wurde die Bewegung verboten, und ihre Anführer wurden verhaftet.

Lambsdorff spricht von ‚Hinrichtungsjournalismus‘

Entscheidung der Staatsanwaltschaft Bonn heute erwartet

STEFAN HEYDECK, Bonn Die Bonner Staatsanwaltschaft will heute offiziell mitteilen, ob sie gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und andere im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre Anklage erhebt. Sie will dabei ausführlich über die Ergebnisse der zweijährigen Ermittlungen unterrichten. In den vergangenen Wochen hatte sich auch die Kölner Generalstaatsanwaltschaft als vorgezogene Dienststelle mit den Untersuchungen befaßt und die Frage einer Anklageerhebung geprüft.

Lambsdorff selbst setzte sich gestern öffentlich zur Wehr. In einer Presseerklärung bezeichnete er dabei einen jüngsten Bericht im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ als „Hinrichtungsjournalismus“. Den Lesern werde „ein Gemisch aus Halbwahrheiten und Unwahrheiten angeboten“.

Zuvor hatte er im FDP-Parteipräsidium zu den jüngsten vom „Spiegel“ verbreiteten Vorwürfen der Vorteilsnahme Stellung genommen. Während der rund 30minütigen Beratung wies Lambsdorff darauf hin, daß in dem Magazin die schon des öfteren Protokollauszüge aus den Ermittlungsakten nur auszuweisen verüßlicht worden seien. Es seien nur belastende Punkte angeführt worden, man habe also einseitig infor-

miert. Denn die von ihm zu seiner Entlastung auf die Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft gemachten Aussagen, die ebenfalls in den Akten stünden, seien nicht erschienen. Dabei nahm der Minister nach Angaben von Teilnehmern zu einzelnen Fragen detaillierte Stellung.

Aufgrund seiner Erläuterungen herrschte gestern in FDP-Kreisen der Eindruck vor, daß eine Anklageerhebung wegen Vorteilsnahme noch offen sei. Die Chancen, so hieß es, stünden nicht schlecht. Auf der Sitzung wurde auf eine weitere Solidaritätsklärung für Lambsdorff verzichtet. Verwiesen wurde auf die klaren Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, der sich auf dem Karlsruher Parteitag unter starkem Beifall vor den Ministern gestellt hatte.

In seiner Presseerklärung schrieb Lambsdorff, daß der „Spiegel“ sich „vom Titelbild bis zur letzten Zeile seiner Darstellung ein Ausmaß an Vorverurteilung“ leiste, „das es selbst in dieser Sache vorher nicht gegeben hat“. Dieser „Versuch erneuter massiver Einflußnahme“ sei nach der Ankündigung der Düssel-dorfer Justizbehörden zu erwarten gewesen, daß die Generalstaatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren in sachlicher und rechtlicher Hinsicht sorgfältig prüfe.

‚Um Deutschlands Zukunft‘

New York Times' zur Raketendebatte in der Bundesrepublik

DW, New York Bei der gegenwärtigen sowjetischen Kampagne gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa geht es nach Meinung der „New York Times“ in Wirklichkeit nicht um diese Waffensysteme, sondern um die Zukunft Deutschlands. In einem Leitartikel heißt es unter anderem: „Vor sechs Jahren drängte Schmidt, damals noch Bundeskanzler, auf Installation der neuen Waffen. Jetzt enthielt er sich, am Laufe der Dinge verzweifelt, der Stimme.“ Die SPD und die Grünen hätten sogar gegen die Nachrüstung gestimmt. Aber nicht nur das, so die „New York Times“, sie gaben sich auch dem Traum hin, daß die Zukunft Deutsch-

lands, und seine Wiedervereinigung, in der Neutralität zwischen Ost und West gefunden werden könnte.

Als die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sich verschlechterten, begannen die Russen, die Haarrisse in der NATO auszunutzen. Sie erweckten bei den Westdeutschen die Vorstellung, daß sie die Wahl hätten zwischen ständiger Gefährdung innerhalb der NATO und einer sicheren Neutralität, die zu irgendeiner Art von Wiedervereinigung mit Ostdeutschland führen könnte.

Die Zeitung nennt dann die Vorstellung „absurd“, die Russen würden die „DDR“ fahren lassen, falls sich die Bundesrepublik Deutschland der Neutralität zukehrte.

USA und Israel hoffen auf Hussein

Fortsetzung von Seite 1

wollen. Das Dokument wurde kaum zwei Wochen alt, da sah sich Reagan bereits gedrängt, es auszusetzen als amerikanische Antwort auf die israelische Annexion der Golan-Höhen.

Der neue Anlauf zur Zusammenarbeit legt also beiden Partnern die Pflicht zu ernsthaftem Ausgleich ihrer oft gegensätzlichen Impulse auf. Jenseits der Libanon-Frage bleiben nämlich genügend strittige Themen zwischen Washington und Jerusalem bestehen. Seine engen Beziehungen zu den gemäßigten arabischen Staaten – Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Schleichtrümp – wird das Weiße Haus nicht gefährden wollen. Die Israelis pochen darauf, daß diese Beziehungen nicht nur auf der Schiene amerikanischer militärischer Hilfe laufen können. Vielmehr müßten die USA mehr Druck in Richtung politischer Lösungen entfalten.

Beide, Israelis und Amerikaner, hoffen auf König Hussein und seine Bereitschaft, sich dem Dialog um die Zukunft der seit 1967 besetzten arabischen Gebiete, die Zukunft der Palästinenser in diesen Gebieten, anzuschließen. Aber die Israelis erwarten eine Beteiligung des jordanischen Monarchen an den Autonomie-Gesprächen entsprechend den Vorkerungen, die das Camp-David-Abkommen dafür geschaffen hat. Die Amerikaner hingegen hängen den Friedensplan Reagans an, der von vornherein eine Assoziation des Westjordan-Ufers mit Jordanien als erwünschte Lösung ins Auge faßt, also ein Ergebnis der noch zu führenden Autonomie-Verhandlungen gleichsam präjudiziert. In Jerusalem ist dies bislang strikt abgelehnt worden; da dürften auch Shamir und Arens kaum flexiblere Partner sein.

Auch die Erwartung Washingtons, daß Israel seine Besiedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten aussetzen sollte, und sei es nur als Anreiz für Hussein, sich den Gesprächen anzuschließen, weist die israelische Regierung weit von sich. Wie Premierminister Shamir vor seiner Abreise andeutete, hat die Frage der Teilnahme Husseins – oder seine bisherige Weigerung zur Teilnahme – nur etwas mit dem Status der PLO als Sprecherin der palästinensischen Interessen zu tun. Diese Frage aber habe sich jetzt womöglich erledigt, wo die PLO als konkrete Organisation dabei sei, sich selbst zu vernichten.

Verteidigungs-Konzepte im Streit der Meinungen

Anhörung im Bundestag zur Strategie der NATO

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu unterschiedlichen Ansichten über die Richtigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Erwidmung schließlich der für sie verfügbaren Mittel sind die Experten bei einer Anhörung vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages gelangt. Peter Strammann von der Ebenhausen-Stiftung „Wissenschaft und Politik“ und der General a. D. Franz-Joseph Schulze hielten grundlegende Änderungen für nicht erforderlich. Der Philosoph und Physiker Professor Carl Friedrich von Weizsäcker widersprach: Die konventionelle Verteidigung Mitteleuropas müsse auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Weizsäcker plädierte dabei für das von seinem Mitarbeiter Horst Alheidt entwickelte Konzept der „Raumverteidigung“.

Weizsäcker sagte, er glaube, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges heute größer denn je sei. Sie rühre vor allem von der auf beiden Seiten zu beobachtenden Entwicklung von Atomwaffen her, die zum militärischen Einsatz für das Gefechtsfeld bestimmt seien. Ihre Verwendung sei allerdings weniger in Europa zu befürchten, als vielmehr in Regionen der Dritten Welt in Asien, wo mit ihnen ein Krieg binnen 24 Stunden entschieden werden könnte.

Weizsäcker plädierte dafür, die bis-

her gültige „Vorneverteidigung“ der Allianz in Mitteleuropa durch eine rein defensive Konzeption abzulösen. Dies sei die Absicht des Konzeptes einer „Raumverteidigung“. Sie öffne das Land für den Angreifer, um ihn im Hinterland abzunutzen. Dabei stütze sie sich ausschließlich auf defensiv einsetzbare konventionelle Präzisionswaffen und schaffe damit keine höhere Kriegsgefahr, weil sie keinen Anlaß zu einem Rüstungswettlauf gebe.

Gegenteilige Ansichten vertraten Schulze und Strammann. Beide wiesen darauf hin, daß die NATO-Strategie auf Kriegsverhinderung angelegt sei; vornehmlich also auf die Abschreckung eines potentiellen Angreifers. Die „Raumverteidigung“ erlaube dem Angreifer eine für ihn relativ risikolose Kriegsführung.

Nachdrücklich plädierten beide Experten für die Beibehaltung der nuklearen Abschreckungskomponente. Der Verzicht auf den Einsatz würde, so Schulze, den konventionellen Krieg wieder wahrscheinlicher machen. Und mit der Gefahr eines konventionellen Konflikts wüchse zugleich auch die eines Atomkrieges, weil zwischen Atom-mächten ein kriegerische Auseinandersetzung trotz aller gegenteiliger Absichtserklärungen „doch zum Nuklearkrieg“ ausarten könnte.

Südkorea dankt Bonn für Unterstützung

dpa, Seoul

Der südkoreanische Präsident Tschun Doo Hwan hat anlässlich des 100. Jahrestages deutsch-koreanischer Beziehungen verteilte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern angeregt. Bei einem Gespräch mit dem Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Wödele, in Seoul dankte Tschun gestern der Bundesregierung für die politische Unterstützung Südkoreas nach dem Flugzeugabschuß vom 1. September über dem Nordpazifik sowie nach dem vermutlich von Nordkoreanern inszenierten Bombenattentat von Rangun.

Die Bundesregierung hatte den Terroranschlag nicht nur verurteilt, sondern soll sich auch bei der binnischen Regierung für eine rasche und gründliche Untersuchung des Zwischenfalls eingesetzt haben. Wie Wödele nach dem Gespräch sagte, könnten die Probleme der geteilten Halbinsel von keiner der beiden Seiten „durch bloßen Aktionismus“ gelöst werden.

Arbeitslosenzahl „saisonal“ gestiegen

AP, Nürnberg

Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im November nur noch aus saisonalen Gründen erhöht. Dies verkündete gestern aus Nürnberg die Arbeitsverwaltung in Nürnberg. In den vergangenen Jahren hatte die Zahl der Arbeitslosen im November jeweils einen großen Sprung nach oben gemacht. 1982 stieg sie um 118 000 auf 2 038 000 und im Jahre 1981 um 124 000 auf 1 438 000. In Nürnberg rechnet man damit, daß die Zunahme in diesem Jahr unter der Grenze von 100 000 bleibt. Im Oktober dieses Jahres war die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 13 600 auf 2 147 800 gestiegen.

Trotz des erwarteten verringerten Anstiegs wird die neue Arbeitslosenzahl für November voraussichtlich die höchste sein, die seit Beginn der regelmäßigen Zählung der Arbeitslosen im Jahre 1950 registriert wurde. Offiziell wird Josef Stügel, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die neue Statistik am 2. Dezember bekannt geben.

Initiative Mitterrands?

Bahr: Erste Phase der westlichen Nachrüstung abwarten

dpa, Bonn

Eine Initiative des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, die beiden Supermächte wieder zu Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu bringen, ist nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr im nächsten Frühjahr möglich. Bahr wies gestern vor Journalisten in Bonn darauf hin, daß Mitterrand selbst sich für eine Hilfestellung bereit erklärt habe, wenn er diese für nützlich halte.

Der SPD-Politiker meinte, dies zeige auch, daß die Initiative von Bonn nach Paris übergegangen sei. Früher habe es Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zustande gebracht, die Sowjetunion und die USA zu Verhandlungen zu bewegen. Heute

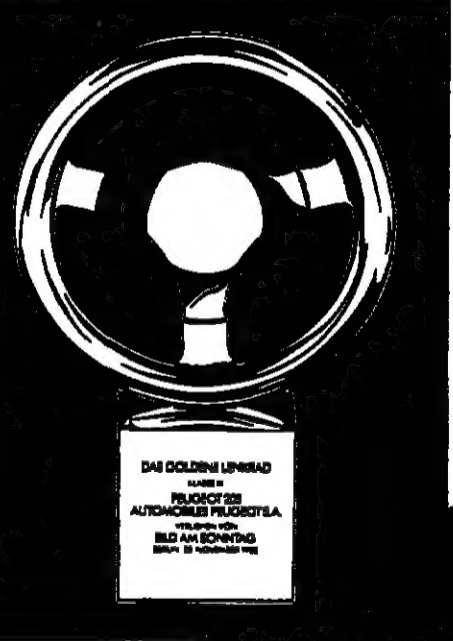
spricht in dieser Beziehung von Bonn

niemand mehr“, sagte Bahr.

Zunächst muß nach Bahrs Ansicht die erste Phase der westlichen Nachrüstung und der sowjetischen „Nachrüstung“ abgewartet werden. Eine Möglichkeit wäre es dann, die Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) mit denen über strategische Waffen (START) zusammenzulegen. Diesem Vorschlag hätten auch die französischen Sozialisten auf der jüngsten Sitzung der Sozialistischen Internationale (SI) in Brüssel zugestimmt, was bemerkenswert sei.

Eine Konferenz der fünf Atom-mächte USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China hält Bahr für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre für unwahrscheinlich.

Auf Initiative der größten Sonntagszeitung Deutschlands haben 24 international renommierte Auto-Experten, Motorjournalisten und Rennfahrer das „Goldene Lenkrad“ verliehen ...



AUSGEZEICHNET: DER NEUE PEUGEOT 205. FRANKREICH'S AUTO-AVANTGARDE.

Das „Goldene Lenkrad“ zählt zu den begehrtesten Auszeichnungen, die ein neues Automodell erhalten kann. Obwohl die Anzahl der Konkurrenten in diesem Jahr groß wie selten war, hat der neue PEUGEOT 205 in seiner Klasse die meisten Punkte für Sicherheit, Leistung, Wirtschaftlichkeit und Komfort auf sich vereint.

Die Peugeot 205-Modell-Palette:
GL – 954 cm³, 33 kW (45 PS) bzw. 1124 cm³, 37 kW (50 PS);
GR – 1124 cm³, 37 kW (50 PS) bzw. 1360 cm³, 44 kW (60 PS);
GT – 1360 cm³, 59 kW (80 PS);
GL Diesel/GR Diesel – 1769 cm³, 44 kW (60 PS)



PEUGEOT 205



PEUGEOT TALBOT
DEUTSCHLAND GMBH

Dienstag, 29. November 1983
Nr. 278

Kampf der Giganten

In London – Die Aktionäre der bedeutenden britischen Versicherungsgesellschaft Eagle Star reiben sich die Hände: Der Kampf der Giganten um die Kontrolle über den britischen Versicherungsmarkt treibt die Erwartungen und den Kurs der Eagle-Star-Aktien in ungeahnte Höhen. Nachdem die größte deutsche Versicherungsgruppe, die Allianz, am gestrigen Vormittag ihr Angebot zur Übernahme von Eagle Star von 500 auf 650 Pence je Aktie in bar erhöht, ließ der Rival, die britische Tabak- und Mischkonzern BAT, nur wenige Minuten auf sich warten und erhöhte sein Angebot von 575 auf 680 Pence.

Wie das Rennen ausgeht, steht im Moment völlig offen. Sowohl die Regierung in London als auch die britischen Kartellbehörden haben gegen eine Übernahme so wohl durch das deutsche als auch durch das britische Unternehmen ausdrücklich nichts einzuwenden. Wer jetzt zählt, sind einzig die Aktionäre. Und für die wiederum zählt nur das liebe Geld. Wobei ihnen der deutsche Versicherungskonzern ein wenig mehr zu bieten hat als der britische. Denn seit der Allianz im Juni 1981 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zunächst 14,9 Prozent des Aktienkapitals von Eagle Star aufgekauft und kurz darauf weitere 13,1 Prozent übernommen hat, dürfte der glückliche Aktionär verfolgen, wie

seine Aktie von damals 290 auf heute knapp 660 Pence geklettert ist. Das Spielchen kann weitergehen. Denn ob die Allianz-Offerte tatsächlich die letzte war, wie das Unternehmen erklärte, bleibt angesichts des geringen Abstands zum BAT-Angebot abzuwarten. Doch wie dem auch sei: Verlieren kann die Allianz nichts. Denn der Wert ihrer ursprünglichen Investition in Eagle Star von rund 110 Millionen Pfund hat sich bis heute auf etwa 250 Millionen Pfund mehr als verdoppelt.

Schützenhilfe

J. Sch. (Paris) – Im Grunde leistet die französische Regierung mit ihrer verschärften Preisreglementierung dem Patronat bei den neuen Tarifverhandlungen Schützenhilfe. Da hiernach die Unternehmen ihre Preise 1984 um nicht mehr als vier bis 4,5 Prozent erhöhen dürfen, können sie sich für außerstande erklären, den Arbeitnehmer mehr zuzugestehen. Aber werden die Gewerkschaften daran glauben, daß die Inflationsrate auf diese Weise um die Hälfte reduziert wird? In diesem Jahr wird sie mit über neun Prozent um gut einen Punkt über den vereinbarten Lohnerhöhungen liegen. Die entscheidende Frage ist also, ob die Franzosen im Interesse der wirtschaftlichen Sanierung bereit sind, gewisse Kaufkraftprotekte zu bringen. Für 1983 jedenfalls fordern die Gewerkschaften nachträglich vollen Inflationsausgleich und für das nächste Jahr wollen sie von vornherein darauf bestehen. Die Regierung dagegen lehnt eine derartige Lohn-Preis-Indexierung ab.

Folgeschwere Experimente

Von ROLF GÖRTZ, Lissabon

Die zehn Millionen Portugiesen müssen den Mißbrauch ihrer 1974 erlangten Freiheit durch utopische Militärsocialisten und ihre von Moskau gesteuerte KP teuer bezahlen. Wenn die anderen Nationen Europas alle Anstrengungen treffen können, um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf ihre Volkswirtschaft zu mindern, dann hat Portugal zusätzliche Lasten zu tragen: Die Verstaatlichung der Industrie mit allen Kosten einer schnell ins Kraut geschossenen Bürokratie und eine politisch gesteuerte Agrarreform, die in wenigen Jahren Portugals Autarkie in der Lebensmittelversorgung in eine Importabhängigkeit verkehrt. Die Hälfte der Lebensmittel, die früher auf dem eigenen Acker produziert wurden, muß heute eingeführt werden. Die ungesunde Staatsverschuldung nahm auf den „Kolchose“ im Gebiet der Landreform ihren Anfang. Dies hatte Ministerpräsident Mario Soares (Socialist) als erster klar dargestellt und angesprochen.

Die Gründe für die bestehende Misere sind inzwischen auch dem einfachen Mann bewußt geworden: Verstaatlichungspolitik, Agrarreform und die Aufnahme von 700 000 Flüchtlingen aus den freiwillig aufgegebenen Kolonien führten zu einer Verschuldung Portugals, die bis 1979 auf 7,3 Milliarden Dollar anstieg und die im April dieses Jahres 14,2 Milliarden Dollar erreichte. Allein die Zinsen, die für die Auslandsschulden zu zahlen sind, betragen zur Zeit 1,3 Milliarden Dollar. Sie werden im nächsten Jahr umschmeißlich auf 1,5 Milliarden Dollar klettern. Das Staatsdefizit betrug 1982 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Man hofft, es in diesem Jahr auf acht Prozent zu senken. Der Druck der Verschuldung und das allgemeine Bewußtsein, „daß wir Portugiesen mehr ausgeben als wir produzieren“ (Mario Soares), bewog die Regierung zu einer Revisionspolitik, wie sie nach dem Kriege in keinem anderen Land Europas praktiziert wurde.

Den Teufelskreis, in dem sich diese Politik bewegen muß, steckte die Zeitschrift „Tempo“ nach einem Interview mit Finanzminister Ernani Lopes kürzlich ab. Danach gilt es zunächst, das hoffnungslos defizitäre Export-Import-Verhältnis entschei-

dend zu verändern. Um mehr zu exportieren, braucht Portugal jedoch die verstärkte Einfuhr von Grundstoffen; und um weniger zu importieren, muß der Konsum eingeschränkt werden. Die Drohung der Einfuhr von Grundstoffen und Kapitalgütern aber würde die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Um den Konsum einzuschränken, mußte das Wachstum reduziert werden. Das geschah über eine Verteuerung der Kredite. Die Zinsen stiegen in den letzten drei Jahren von 19 Prozent auf 37 Prozent. Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme blieben die unausweichliche Folge.

Die Restriktionspolitik führte dazu, daß allein in der ersten Hälfte dieses Jahres 12 000 Unternehmen in Konkurs gingen und anderthalb Millionen Schecke ohne Deckung blieben. Die schonungslose Offenheit bei der Darlegung dieses Elends und die Entschlossenheit der Regierung, die Misere mit rigorosen Maßnahmen zu bekämpfen, überzeugte indes, daß Portugal mit einem bitter notwendigen Kredit, um den schon sichtbaren Staatsbankrott abzuwenden. Statt der erbetenen 300 Millionen Dollar stellt der IWF nunmehr 350 Millionen Dollar zur Verfügung.

Ernani Lopes konnte in den 14 Monaten, die er das Finanzministerium leitete, erste Erfolgsschritte aufweisen: Die Neuverschuldung sank aufgrund rigoroser Restriktionsmaßnahmen in den Monaten Juli/August/September von 496 Millionen Dollar im Jahre 1982 auf 100 Millionen Dollar im dritten Viertel dieses Jahres. Die strikte Kreditpolitik sorgte auch für eine Eindämmung der Inflation, die das Vertrauen der internationalen Banken zum Teil wiederherstellte.

Portugals Koalitionsregierung der (sozialdemokratischen) Sozialisten und (bürgerlich-liberalen) Sozialdemokraten sieht sich mit wachsendem Unmut der Bevölkerung konfrontiert. Allein die historische Lebensfähigkeit der Portugiesen, vor allem aber ihre Einsicht in die Unausweichlichkeit einschneidender Maßnahmen führte schon jetzt dazu, daß die kommunistische Gewerkschaftsführung selbst im Lissabener Industriegebiet so ohne weiteres keine politischen Streiks mehr durchsetzen kann. Wenigstens zur Zeit nicht.

GROSS- UND AUSSENHANDEL / „Schrittweise aus der Talsohle herausgetastet“

Für 1984 weitere Fortschritte in der konjunkturellen Erholung erhofft

HANNA GIESKES, Bonn
Wir rechnen bis zum Jahresende nicht mit einer neuerlichen Verlangsamung der Konjunkturfahrt. Hans Hartwig, Präsident im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, erwartet für seinen Wirtschaftsbereich in diesem Jahr ein bescheidenes Wachstum um ein bis 1,5 Prozent. „Wir haben uns schrittweise aus der Talsohle herausgetastet“, sagte Hartwig bei der Vorlage des BGA-Jahresberichts gestern in Bonn, „und für 1984 hoffen wir auf weitere Fortschritte in der konjunkturellen Erholung.“

Der Groß- und Außenhandel konnte sich nach einem überraschend starken rezessiven Einbruch im vergangenen Jahr in den ersten neun Monaten 1983 nur sehr mühsam aus der Stagnation lösen. Mit einem Umsatz von 551 Milliarden Mark schaffte er ein mageres nominales Plus von 0,6 Prozent, das real allerdings einem Zuwachs von 1,2 Prozent entspricht, denn in den ersten sieben Monaten 1983 lagen die Großhandelspreise konstant unter dem Preisniveau von 1982. Hartwig schätzt den Gesamtumsatz des Groß- und Außenhandels in diesem Jahr auf 750 Milliarden Mark, was im Vergleich zum Vorjahr einem realen und nominalen Wachstum von einem bis 1,5 Prozent entspricht.

Getragen wurde der bescheidene Aufschwung vorwiegend vom Großhandel mit Fertigwaren. Der Außenhandel sei im bisherigen Jahresverlauf als Rückhalt und Motor der Binnenkonjunktur praktisch ausgefallen, sagte Hartwig weiter. Zwar sei die Einfuhr im ersten Dreivierteljahr nominal um 1,3 und real um 3,5 Prozent gestiegen, aber der Export sei im gleichen Zeitraum zurückgegangen. Erst ab August habe er

zu befreien, die sie tragen, ohne selbst Subventionen zu erhalten.“

Vorrangig sei eine Konsolidierung der Staatsfinanzen als „Bedingung für eine notwendige Steuerentlastungspolitik“, die bei der Lohn- und Einkommensteuer anzusetzen habe. Es sei marktwirtschaftlich nicht vertretbar, „wenn der Staat etwa bei der Lohnrunde 1983 von dem Gesamt-Mehrverdienst der Arbeitnehmer von rund 12 Milliarden Mark fast 10 Milliarden an Steuern und Abgaben kassiert.“

Eine Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden hält der Verband für nicht sinnvoll, „denn sie überfordert die Unternehmen und gefährdet die Beschäftigungschancen“. Die Initiative des Bundesarbeitsministers über eine Vorrückstellungsregelung wertet der BGA als „Anregung an die Tarifpartner, sie auf Praktikabilität, Preis und Nutzen für die Beschäftigten abzuköpfen“. In jedem Fall müsse das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleiben.

„Große Sorgen“ macht sich Hartwig über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Eine Konsolidierung des Haushalts sei dringend geboten, „und dazu gehört zentral die Neuorientierung der unbezahlbaren gewordenen EG-Agrarpolitik“, forderte der Präsident im Hinblick auf den Athener Gipfel. Die Gemeinschaft könne es sich nicht länger leisten, Überschussproduktionen unbegrenzt zu finanzieren, um dann für die Vernichtung dieser Überschüsse immer mehr Geld einzusetzen.

WIRTSCHAFTSLAGE

RWL: Aufschwung läßt noch Dynamik vermissen

dpa/VWD, Essen
Die Konjunkturerholung in der Bundesrepublik hat nach Einschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, bislang noch keinen eigenständigen Schwung entfalten können. Wie das Institut in einer Analyse der Konjunkturerholung bis Jahresmitte schreibt, haben die Maßnahmen zur Stärkung von Investitionen und Nachfrage noch keinen selbst tragenden Aufschwung ausgelöst. Seit Jahresmitte werde die wirtschaftliche Belebung zwar auch von Bestellungen aus dem Ausland gestützt, doch seien diese weniger auf die Erholung im Ausland, als vielmehr auf den starken Kursverlust der D-Mark zurückzuführen, der deutsche Güter im Ausland verbilligte.

Ein mögliches Nachlassen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den kommenden Monaten begründet das

RWL mit einem fehlenden Auftragsnachschub nach Abtragung des durch die Investitionszulage entstandenen Auftragspolsters.

Die Erholung der Unternehmenserträge in den ersten Monaten 1983 werde kaum zu verstärkten Investitionen ermuntern, zumal die Gewerkschaften zur Durchsetzung einer kürzeren Wochenarbeitszeit Streiks angekündigt hätten und die Regierung die angekündigte Wende in der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik nicht zureichend genug vollziehe.

Im zweiten Halbjahr 1983 dürfte, so das RWI, das Brutto-Inlandsprodukt um gut ein Prozent höher liegen, vor allem, weil im Vorjahreszeitraum die gesamtwirtschaftliche Produktion gesunken war. Für das Gesamtjahr 1983 insgesamt errechnete sich somit eine Wachstumsrate von 0,5 bis ein Prozent.

METRO-KAUFHOF

Kammergericht verhandelt über Beteiligungserwerb

PETER WEERTZ, Berlin
Wie umstritten die Folgen des Zusammenschlusses von Metro/Kaufhof sind, geht aus den Bescheidungsverhandlungen vor dem Kammergericht des Berliner Kammergerichts hervor. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung an der Kaufhof AG, Köln, auf ein Viertel durch die Holding Metro Vermögensverwaltungs KG, Düsseldorf, schon unter das Fusionsverbot fällt. Im Juni dieses Jahres hatte das Bundeskartellamt diese Frage bejaht und die Erhöhung der Beteiligung auf 25 Prozent untersagt. Gegen diesen Bescheid war jedoch von der Metro Beschwerde beim Kammergericht eingelegt worden.

Vor dem Kammergericht bestritt jedoch Rechtsanwalt Quack, daß der Erwerb von einem Viertel des Aktienkapitals überhaupt schon negative Folgen für den Wettbewerb haben könne. Auch die leitende Richterin des Kammergerichts, Frau Rosemarie Werner, hat Zweifel, ob die vorgelegten Beweise ausreichen werden und Nachteile im Wettbewerb durch den Erwerb tatsächlich zu registrieren sind.

Die marktbeherrschende Stellung der Metro wird jedoch nach Ansicht des Vizepräsidenten des Kartellamtes, Niederleithinger, durch die Erhöhung der Beteiligung verstärkt, vor allem als Anbieter auf dem Cash & Carry-Großhandelsmarkt. Die Metro gehört in der Bundesrepublik nach Angaben des Amtes zu den sechs führenden Handelsunternehmen. Außerdem ist die Kaufhof AG der zweitgrößte deutsche Warenhauskonzern.

Mit einem Jahresumsatz von rund 6 Milliarden Mark sowie 40 Cash & Carry-Großmärkten und 22 Verbrauchermärkten ist die Metro in der Bundesrepublik vertreten.

OST-WEST-HANDEL

Vereinte Nationen erwarten steigenden Warenaustausch

GISELA REINERS, Bonn
Eine Anzahl von Indikatoren läßt darauf schließen, daß sich der Ost-West-Handel auch künftig ausdehnen wird. Dennoch, so heißt es in einem Bericht der Vereinten Nationen über die europäische Wirtschaft, gebe es gewisse Unsicherheiten. Der Bericht teilt den Osten auf in den Handel mit der Sowjetunion, für den einige Besonderheiten gelten, und den Handel mit den osteuropäischen Ländern, das es beträchtliche Unterschiede in den Handelsstrukturen und gewisse Einschränkungen gebe. Da der Austausch von Waren zwischen dem Osten und den westlichen europäischen Industrieländern die größte Rolle spielt, konzentriert sich der Bericht darauf.

Die Vereinten Nationen erwarten eine begrenzte Ausweitung der westlichen Importnachfrage nach Gütern aus Osteuropa. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigwaren werde sich in dem Ausmaß entwickeln, wie der Aufschwung im Westen sich fortsetze und möglicherweise verstärke. Dabei wird ein Wachstum von 1,5 Prozent in Westeuropa angenommen. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß seit Mitte der siebziger Jahre der Import von Fertigwaren aus dem Osten zurückgegangen ist, weil unter anderem neue Anbieter aus Osteuropa und einigen Entwicklungsländern aufgetreten sind.

Die schwache West-Nachfrage und die hohe Arbeitslosigkeit förderten die Exportangebote nach Osten. In diese Anpassungsperiode trafen auch

die Anstrengungen Osteuropas, seine Ausfuhr zu erhöhen. Wegen des hohen Ostanteils am Außenhandel (etwa 20 Prozent) wirkten sich sinkende Preise auf die Staatseinkünfte aus. Das zeigte sich vor allem in der ersten Hälfte 1983, als die Ausfuhrzunahme nach Westen vorwiegend auf Energieeinfuhren basierten. Ob sich dieses Wachstum in dem Umfang fortsetzen wird, ist nach Ansicht der UN sehr unsicher. Polen könnte vielleicht mehr Kohle ausführen, doch die Preise seien niedrig und die Nachfrage schwach.

Die Importnachfrage Osteuropas hängt zu weiten Teilen von den verfügbaren Devisenreserven ab. Die Finanzlage hat sich laut UN verbessert. Es sei jedoch die Frage, ob sie dazu verwendet werde, die Einfuhren zu erhöhen oder die Staatsschulden abzubauen. Die Kreditmöglichkeiten werden für den Außenhandel von Bedeutung sein.

Ähnlich sei es bei der Sowjetunion. Nur ein Teil der westlichen Importnachfrage ist konjunkturabhängig. Doch ungefähr 30 Prozent des Stroms von Fertigwaren und Rohstoffen werde beruht von den steigenden Erzeugermengen im Westen. Das gleiche gelte für Erdgas. Entwicklungen auf dem Energiesektor können die Ausfuhr der UdSSR stark beeinflussen. Nach einem Anstieg der Exporte von Öl und Ölprodukten in der Vergangenheit, zeige sich nach einer kurzen Stabilitätsperiode, daß die Preise unter Druck geraten sind.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Drei Milliarden Mark Leistungsbilanzüberschuß

Frankfurt (adn) – Bei einem Ausfuhrüberschuß von 4,2 Milliarden Mark schloß die deutsche Leistungsbilanz im Oktober mit einem Überschuß von 2,9 Milliarden Mark, teilt das Statistische Bundesamt mit. Ende September hatte die Leistungsbilanz bei 3,6 Milliarden Mark Ausfuhrüberschuß noch einen Passivsaldo von 0,8 Milliarden Mark ausgewiesen. Für die ersten zehn Monate dieses Jahres zusammengekommen ergibt sich somit ein Aktivsaldo von 2,1 Milliarden Mark in der Leistungsbilanz, wobei sich der Überschuß im Außenhandel auf 34,6 Milliarden Mark addiert. In der gleichen Vorjahreszeit hatte in der Leistungsbilanz ein Minus von 2,4 Milliarden Mark gestanden, das sich aus höheren Passivsaldo bei Dienstleistungen und Übertragungen trotz eines Ausfuhrüberschusses von 40 Milliarden Mark ergeben hatte.

Neues Angebot an Eagle Star

London (VWD) – Im Übernahmekampf um die Eagle Star Holdings PLC hat B.A.T. Industries PLC jetzt ihr Angebot für das britische Versicherungsunternehmen von 575 auf 680 Pence je Aktie oder insgesamt 913 (796) Millionen Pfund erhöht und damit die neue Offerte von Allianz – 650 Millionen Pfund gegenüber – überboten. Alle anderen Konditionen der Offerte bleiben unverändert.

Sonderzoll aufgehoben

Johannesburg (VWD) – Der südafrikanische Sonderzoll für Importe von fünf Prozent wird mit Wirkung vom 28. November aufgehoben, teilte Finanzminister Owen Horwood mit. Der Minister begründete den Schritt mit der Verbesserung der Leistungsbilanz und dem Aufwärtsdruck auf die Importpreise durch den Kursrückgang des Rand.

Kernenergieverbranch

Frankfurt (VWD) – In der Europäischen Gemeinschaft sind im ersten Halbjahr 1983 mit 126 Milliarden Kilowattstunden erneut rund zehn Prozent mehr Strom aus Kernenergie erzeugt worden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach ersten Erhebungen der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) hat

sich damit der Kernenergie-Anteil an der gesamten Netto-Stromerzeugung in neun EG-Ländern, ohne Griechenland, nochmals auf 21 von 19 Prozent erhöht. Den höchsten Kernenergie-Anteil wies wiederum Frankreich aus mit 43 (Vorjahr 40) Prozent vor Belgien mit 41 (24), Großbritannien mit 17 (13) und der Bundesrepublik mit 16 (17) Prozent.

Zusammenarbeit mit Indien

New-Delhi (dpa/VWD) – Die indische und die deutsche Bergbaubranche wollen künftig enger bei der Entwicklung des indischen Kohlebergbaus zusammenarbeiten. Wie erst jetzt zu erfahren war, ist ein entsprechendes Protokoll Ende letzter Woche in der Bergbaustadt Ranchi im Bundesstaat Bihar unterzeichnet worden. Dabei soll unter anderem eine indische Kohlegrube mit einem Kostenaufwand von 125 Millionen Mark mit deutscher Verfahrenstechnik ausgestattet werden.

Kürzungspläne abgelehnt

Bonn (Rei.) – Der Haushaltsausschuß der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat mit Mehrheit Kürzungspläne von Arbeits- und Finanzministerium abgelehnt. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollte Arbeitsminister Blum (CDU) 200 Millionen Mark beim Baransatz gestrichen sehen mit der Begründung, da sei „Luft drin“. Die Zahl der Teilnehmer an den Maßnahmen werde sich nicht verringern. Finanzminister Stoltenberg wollte darüber hinaus noch einmal 200 Millionen Mark bei den Verpflichtungsmöglichkeiten kürzen, stieß jedoch ebenfalls bei den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Widerstand. Von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen im nächsten Jahr 70 000 Menschen profitieren.

Wochenansweis

	23.11.15.11.23.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,5 68,1 71,5
Kredite an Banken 72,1 72,6 87,1	
Wertpapiere	7,7 7,7 7,7
Bargeldumlauf	99,9 100,5 98,8
Einkl. v. Banken	39,6 49,3 41,6
Einkl. v. öffentl. Haushalten	10,5 3,6 10,2

Anzeige

LEASING

Das laufende Jahr gilt als Phase der Konsolidierung

INGE ADHAM, Frankfurt
Als Phase der „Konsolidierung auf hohem Niveau“ sehen die im Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften zusammengeschlossenen 50 Leasing-Unternehmen das laufende Jahr. Erstmals seit Bestehen werden die Finanzierungs-Leasing-Gesellschaften bei ihren Neuinvestitionen den Vorjahreswert unterschreiten; um knapp vier Prozent, schätzt das Münchner Ifo-Institut, insgesamt werden die über Leasing finanzierten neuen Anlagen laut Ifo in diesem Jahr 17,6 Milliarden Mark ausmachen, das sind 4,6 Prozent mehr als 1982.

Für dieses Wachstum sorgen allein die Herstellervermieter, die ihre Investitionsvolumen um ein Viertel ausweiten können. Ursache ist die rasante Entwicklung beim Auto-Leasing, das in diesem Jahr von den Autoproduzenten massiv zur Absatzförde-

lung eingesetzt wurde. Das beschränkte den Auto-Leasing-Unternehmen in diesem Jahr einen Neuzugang von rund 200 000 Fahrzeugen, in zunehmendem Maße auch im Privatgeschäft.

Angesichts der Risiken bei der Verwertung der Gebrauchtwagen nach Ende der durchschnittlich 33monatigen Vertragsdauer, wird dies in der Branche nicht mit Freude gesehen. Denn Erfahrungen mit Verwertungsschwierigkeiten konnten die Unternehmen in diesem Jahr ausreichend sammeln: Der Markt für gebrauchte Maschinen klemmt ebenso wie die Vermarktung gebrauchter Immobilien, die jetzt die Bilanzen der betroffenen Unternehmen belasten. Das Risikobewußtsein in der Branche ist gestiegen, heißt es dazu im BdL, den das Thema „Risikoprüfung“ nicht erst seit den spektakulären Problemen der DAI beschäftigt.

PRIME RATE / Anwalt führt Musterprozeß gegen US-Geldinstitut

Leitzins oder Pappkamerad für Dumme?

H.A. SIEBERT, Washington

Was ist die Prime Rate der Geschäftsbanken, der eigentliche amerikanische Leitzins, überhaupt, nach wem? Mit dieser Frage wird sich im Februar das zuständige US-Bundesdistriktsgericht beschäftigen, dem die Klage eines Washingtoner Anwalts vorliegt. Er verlangt eine rechtsverbindliche Definition und hat seine erste Schlacht vor einer Berufungsinstanz schon gewonnen. Der Ausgang ist auch für Ausländer interessant, da der Zinssatz für kurzfristige Kredite an erstklassige Kunden gemeinhin als das wichtigste Markierungszeichen für das US-Zinsniveau angesehen wird.

Grund für die Klage ist dieser Vorgang: 1980 pumpte sich Jackie Klein, damals Rechtsprofessor an dem Georgia Institute of Technology, von der First National Bank in Atlanta 415 000 Dollar für ein Immobilienge-

schäft. Er unterzeichnete einen Dar-

lehensvertrag mit dem Passus, daß die Zinsen nach der Formel „Prime Rate plus ein Prozent“ berechnet würden. Wenig später erfuhr Klein von einem Kredit, den die Bank der Coca-Cola Co. eingeräumt hatte: Der Zins lag um einige Prozent unter der für ihn gültigen offiziellen Prime Rate. Die First Atlanta weigerte sich, den Geldpreis herabzusetzen; Klein ging vor Gericht.

Anders als in Deutschland, wo der Diskontsatz der Bundesbank den Leitzins darstellt, setzen in den USA die Marktführer unter den mehr als 14 000 Privatbanken die Prime Rate fest, die mit gelegentlichen geringen Abweichungen für die gesamten Vereinigten Staaten gilt. Seit vielen Monaten beträgt sie elf Prozent, und früher verfuhr man nach der Regel, daß die bevorzugten Adressen den veröffentlichten Satz, die mittleren und kleinen Kreditnehmer aber ein bis drei Prozent mehr bezahlen. Heute gewähren praktisch alle ameri-

kanischen Banken, die unter einem starken Wettbewerbsdruck stehen, ihren besseren Kunden Rabatte. Die Prime Rate ist also kein Leuchtturm in der Zinssandlandschaft mehr, sondern eher ein Pappkamerad für Dumme.

„Harveys Bristol Cream. Glanzvoller Auftakt der Weihnachtszeit.“

BY APPOINTMENT TO HER MAJESTY THE QUEEN
SINCE 1820

OECD

Wirksamere Entwicklungshilfe

J. SCH. Paris
Für mehr Effizienz in der Entwicklungshilfe hat sich Staatssekretär Köhler (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zur Eröffnung der Jahrestagung des OECD-Entwicklungshilfesausschusses (DAC) in Paris ausgesprochen. Es müssten vor allem solche Vorhaben gefördert werden, die schnell einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung leisten können. Dabei sollten die Entwicklungsländer begünstigt werden, die sich auf ein vernünftiges Strukturprogramm festgelegt haben.

Auf der Tagung bestand Übereinstimmung darüber, daß der schwierigen Verschuldungsfrage vieler Entwicklungsländer und ihren Zahlungsschwierigkeiten ebenso Rechnung zu tragen sei wie dem Bedarf nach struktureller Anpassung ihrer Volkswirtschaften. Wichtig ist die weitere Ermäßigung des internationalen Zinsniveaus. Die Aussichten dafür sind aber bis Ende 1984 nicht sehr groß, sagte Köhler vor der deutschen Presse.

Auch dürften sich die Entwicklungsländer noch nicht allzuviel von dem Wiederaufschwung der westlichen Industriestaaten versprechen. Von einem dauerhaften, stetigen Wirtschaftswachstum sei man noch weit entfernt, meinte der deutsche Staatssekretär. Die strukturelle Anpassung habe gerade erst begonnen. Gleichwohl hat sich die Bundesregierung dem DAC gegenüber bereit erklärt, den Anteil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe bis 1985 auf 0,47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu halten. Dies entspricht dem Anteil von 1982, während dieser im DAC-Durchschnitt nur 0,37 Prozent erreicht hatte. Für 1983 erwartet Köhler für die Bundesrepublik 0,48 Prozent.

Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklungsländer in den nächsten Jahren große Anpassungen an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse durchführen müssen, plädierte Köhler für einen selektiven Nord-Süd-Dialog. Vor allem sollte er mit den Entwicklungsländern geführt werden, die am Bande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehen.

Die deutsche Delegation unterstützte die Forderung des OECD-Sekretariats nach einer indirekten Entwicklungshilfe durch zusätzliche Einfuhr liberalisierungen.

FRANKREICH / Arbeitgeber protestieren gegen verschärfte Preisreglementierungen / Preisstopp?

Die Einkommenspolitik bleibt weiter umstritten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit dem Ziel, die Inflationsrate zu halbieren, hat die französische Regierung das System der behördlichen Preisreglementierung in verschärfter Form verlängert. Die Unternehmerverbände wurden aufgefordert, mit dem Wirtschaftsministerium auf der Basis durchschnittlicher Preiserhöhungen von vier bis 4,5 Prozent neue Stabilisierungsverträge für 1984 abzuschließen. Dies hat das Patronat als „Diktat“ kategorisch abgelehnt.

Die Unternehmer riskieren damit den absoluten Preisstopp. Denn ausdrücklich erklärte der Leiter der französischen Preisbehörde, Claude Jouvion, daß die Branchenverbände und Unternehmen, die Verhandlungen ablehnen beziehungsweise Stabilisierungsverträge nicht unterzeichnen, ihre Verkaufspreise blockiert bekommen. Dies ist in Frankreich aufgrund einer noch aus der vorsozialistischen Zeit stammenden gesetzlichen Generalratspflicht jederzeit möglich.

Unter dieser Drohung waren vor

einem Jahr nach einem viermonatigen generellen Preis- und Lohnstopp für 1983 Stabilisierungsverträge mit einem durchschnittlichen Preiserhöhungslimit von acht Prozent unterzeichnet worden. Die „Diskussionsbasis“ betrug damals sieben bis 7,5 Prozent. Von diesem Reglement ausgenommen wurden im Laufe des Jahres die einem besonders starken internationalen Wettbewerb ausgesetzten Industrieunternehmen. Etwa ein Drittel aller Industriegüterpreise wurden so freigegeben.

Noch Anfang 1983 hatte die Regierung der gesamten Industrie die Preisliberalisierung bis zum Jahresende in Aussicht gestellt. Das Patronat fordert jetzt die Einlösung dieser Zusage, obwohl sich von ihr Wirtschaftsminister Delors im März bei der Verkündung seines bis Ende 1984 konzipierten Austeritätsplans distanziert hat.

Die Verschärfung der Preisreglementierung besteht nicht nur in der Herabsetzung der Preiserhöhungslimits. Darüber hinaus sollen die Unternehmen, die den Satz, um den sie ihre

diesjährigen Limits überschritten haben, auf das nächste Jahr angerechnet bekommen.

Für den Dienstleistungssektor gilt grundsätzlich das gleiche Limit wie für die Industrie. Jedoch darf hier die Preiserhöhungsmarge nur in bestimmten Etappen ausgenutzt werden, um den Lebenshaltungskostenindex zu schonen. Bei einem Teil des Dienstleistungssektors erfolgt die Preisfestsetzung weiterhin behördlich.

Im Bericht des Groß- und Einzelhandels dagegen wird die Preisreglementierung etwas gelockert. Die Blockierung der Handelsspannen erfolgt nicht mehr nach Artikelgruppen, sondern nach dem Jahresumsatz des Unternehmens. Die für 1983 vergrößerte Spannenreduzierung um zwei Prozent für Großhandelsgeschäfte wird auf ein Prozent ermäßigt. Für den übrigen Einzelhandel bleibt es bei minus ein Prozent.

Durch diese Maßnahmen, die im Einzelfall gelockert, aber auch verschärft werden können, will die französische Regierung die Inflationsrate

im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzen. Ihr diesjähriges Preiserhöhungslimit von acht Prozent war schon in den ersten zehn Monaten der Lohnerhöhungen für das Gesamtjahr 1983 auf acht Prozent begrenzt worden.

Deshalb fordern die Gewerkschaften schon jetzt einen vollen Inflationsausgleich durch nachträgliche Lohnerhöhungen. Dies lehnt aber der Patronatsverband CNPF kategorisch ab. Er beruft sich darauf, daß eine Indexierung der Löhne mit den Preisen in Frankreich gesetzlich verboten ist. Eine Ausnahme besteht nur für den gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC). Dieser dürfte von der Regierung künftig aber nicht mehr real aufgewertet werden, erklärte CNPF-Vize von Chotard.

Darauf haben alle Gewerkschaften höchst allergisch reagiert. Die volle Kaufkraftvermehrung für alle Arbeiter und weitere Kaufkraftverbesserungen für die Mindestlöhner sind Forderungen, für die sie gegebenenfalls zum Streik aufrufen wollen.

SCHWEDEN / Bundesrepublik wichtigster Partner

Keine Handelsprobleme

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Unsere Handelsbeziehungen sind traditionell gut und frei von tiefergehenden Problemen zwischen beiden Ländern.“ Im Vergleich zu den getriebenen Wirtschaftsbeziehungen unter manchen EG-Partnerländern ist die positive Wertung durch den Präsidenten der Schwedischen Handelskammer in der Bundesrepublik Deutschland, John A. Some, gegenüber einem „blockfremden Partner“ sicher ungewöhnlich.

Nach dem Auslaufen der Zölle auf Papier und Papierhalbstoffe Ende dieses Jahres wird zwischen der Bundesrepublik und Schweden völliger Freihandel bestehen – freilich mit Ausnahme des Agrarbereichs (20 Prozent Außenzoll).

Geringe Mißstimmungen auf dem Stahlsektor sind demgegenüber kaum der Erwähnung wert, meint Some in einem Pressegespräch aus Anlaß des 25. Gründungsjubiläums der Kammer im nächsten Jahr. Die relativ junge Gründung führt der schwedische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, der Düsseldorfer Kunsthändler Hans-Georg Paffrath, auf den relativ späten Einstieg Schwedens ins Industriezeitalter und die durch den Zweiten Weltkrieg verzögerten Aktivitäten auf dem deutschen Markt zurück.

Im letzten Jahr betrug die schwedische Einfuhr deutscher Waren 30 Milliarden Skr., die deutsche Einfuhr schwedischer Erzeugnisse 17,6 Milliarden Skr. Die Bundesrepublik ist Schwedens wichtigster Handelspartner mit einem Anteil von 17,3 Prozent aller Lieferländer, bei den schwedischen Ausfuhren rangiert sie mit 10,6 Prozent an zweiter Stelle aller Export-

länder, knapp hinter Norwegen. Im deutschen Außenhandel steht Schweden seit Jahren etwa an 12. Stelle.

Das Außenhandelsdefizit mit der Bundesrepublik ist, so Handelskammer-Geschäftsführer Fred von Tobiesen, zwar „ein traditionelles Sorgenkind Schwedens“, aber auch die führe nicht zu ernsthaften politischen Beeinträchtigungen des Handels. Das Ungleichgewicht wurde in Schweden mit globalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bekämpft, so mit den Abwertungen der Schwedekrone 1981 und 1982 auch gegenüber der D-Mark.

Bis September dieses Jahres hat sich eine deutliche Verbesserung der schwedischen Handelsbilanz erkennen lassen. Die Steigerung der schwedischen Gesamtexporte um 27 Prozent hat einen Handelsbilanzüberschuss von 9,1 Milliarden Skr. gegenüber einem Defizit von 340 Millionen Skr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres gebracht. Die schwedischen Ausfuhren wuchsen um 33, die Importe nur um 14 Prozent, was immer noch ein – wenn auch abgemäßigtes – Handelsbilanzdefizit von fünf (12,5) Milliarden Skr. bedeutet. Für diese Verbesserung haben neben dem Abwertungseffekt die erheblich gestiegenen Stahl- und Papierbezugswerte Zelluloseexporte gesorgt.

In der Schwedischen Handelskammer waren 1982 gut 570 deutsche Tochtergesellschaften, schwedischer Unternehmen mit 50 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 13,7 (13,1) Milliarden Mark tätig. Die schwedischen Direktinvestitionen betrugen 800 (500) Millionen Skr.

Commerzbank: Gut fundierte Dividende

Wb. Frankfurt

Als „gut fundiert“ bezeichnet der Vorstand der Commerzbank AG, Frankfurt, im jüngsten Zwischenbericht die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen, die schon vor etwa einem Monat mit 8 DM je Aktie ausbezahlt worden war. Bis Ende Oktober hat sich das Teilbetriebsergebnis der Bank (ohne Eigenhandelsgewinne, Pensionsaufwendungen und Anlage-Abschreibungen) um gut 59 Prozent auf 799 (463) Mill. DM verbessert. Dazu haben vor allem der um 28 Prozent auf 1,48 (1,15) Mrd. DM gestiegene Zinsüberschuss und der um knapp 18 Prozent auf 496 (421) Mill. DM gewachsene Provisionsüberschuss im Zusammenspiel mit dem nur um 6 Prozent auf 888 (820) Mill. DM ausgeweiteten Personalaufwand beigetragen.

Daß das gesamte Betriebsergebnis (unbesenzt) sich noch etwas kräftiger verbessert hat, läßt den Schluß zu, daß die Entwicklung der Gewinne aus dem Eigenhandel noch etwas günstiger verlaufen ist. Alle Zuwächse wurden bei einem mit 67,9 (Anfang 1983: 68,9) relativ konstanten Geschäftsvolumen erreicht.

NIGERIA / Ehrgeiziges Projekt

Export von Flüssiggas

WILHELM FURLER, London

Nigeria, das immer noch in Verhandlungen um die Refinanzierung ausstehender Außenhandelschulden in Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar steht, versucht alles, seine Außenhandelsbilanz zu verbessern. Dazu gehört auch ein ehrgeiziges Programm, die reichen Erdgas-Vorkommen zu entwickeln und Flüssiggas zu exportieren. Aus verschiedenen Gründen – Entdeckung und Produktion von Nordseegas, ein stagnierender Gasmarkt sowie der enorme Kapitalbedarf zur Entwicklung der Gasfelder und zur Errichtung der Verflüssigungs- und Verschiffungsanlagen – ist dieses Projekt seit den sechziger Jahren immer wieder zurückgestellt worden.

Doch inzwischen hat die Regierung unter Präsident Shehu Shagari die führenden internationalen Ölkonzerne Shell, Agip und Elf-Aquitaine zu Gesprächen eingeladen, wie das Flüssiggas-Projekt endlich verwirklicht werden könnte. Allerdings besteht bei allen Beteiligten kein Zweifel, daß es frühestens Anfang der

neunziger Jahre zu einer Aufnahme der Flüssiggas-Exporte kommen könnte.

Das nigerianische Projekt, das nach Angaben der Londoner Financial Times eine Größenordnung von 6,8 Milliarden Dollar haben dürfte, hängt in erster Linie von der Genauigkeit der Prognosen über den Flüssiggas-Bedarf nach 1990, über den dann zu erwartenden Marktpreis sowie über die Finanzierung dieses Mammut-Projektes ab. Im Gespräch ist Informationen aus Lagos zufolge vor allem eine Kombination aus Konsortial-Eurokrediten von etwas mehr als einer Milliarde Dollar, Lieferanten-Kredit von rund vier Milliarden Dollar sowie Eigenkapital der beteiligten Produktionspartner in Höhe von bis zu 1,75 Milliarden Dollar.

Die Gasreserven Nigerias werden auf das Äquivalent von 15 Milliarden Barrel Rohöl (ein Barrel = 159 Liter) geschätzt. Den Vorstellungen der Regierung in Lagos zufolge sollte die zu verfügbare Gasmenge 300 Millionen Kubikmeter pro Tag erreichen.

Zanders-Aktien an die Börse

J. G. Düsseldorf

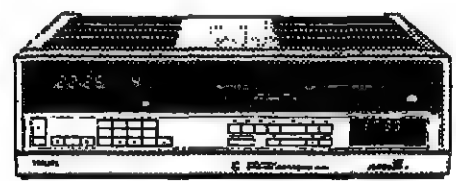
Die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, macht die seit einiger Zeit geäußerte Absicht wahr auch Publikumsaktionäre an diesem 154 Jahre alten Familienunternehmen zu beteiligen. Zu diesem Zweck wurde jetzt eine Kapitalerhöhung auf 60 (40) Mill. DM von der Deutschen Bank AG und dem Bankhaus Sal. Oppenheim mit der Verpflichtung übernommen, die jungen, ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigten Aktien Mitte Januar dem Publikum zum Kauf anzubieten. Bezugskurs und -frist sollen in der ersten Januar-Hälfte mitgeteilt werden.

Zanders begründet den Schritt an die Börse mit dem Streben, das weitere Wachstum des Unternehmens auch mit entsprechendem Eigenkapital abzusichern. Vorrangig dürfte die Kapitalerhöhung dazu dienen, die hauptsächlich von der Deutschen Bank geleistete teure „Einlage stiller Gesellschafter“ (40 Mill. DM mit 14 Prozent „Gewinnanteil“) abzulösen. Für 1983 hat Zanders bereits im Sommer eine etwa 10prozentige Umsatzerhöhung auf reichlich 750 Mill. DM und ein „sehr gutes“ Ergebnis angekündigt.

Anzeige

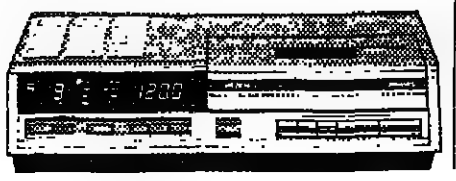
VR 2350 Stereo – perfekter Frontlader

Anspruchsvolle Leitlinien des modernen Wohnens standen Pate bei der Design-Entwicklung des Stereo-Video-Recorders VR 2350: Philips präsentiert den in Technik und Formgebung perfekten Frontlader mit konsequenter Frontanordnung aller Funktionstasten und Anzeigen. Dank DTF (= Dynamic Track Following) bietet der neue Recorder der Luxusklasse nicht nur störungsfreie Bildwiedergabe in allen Lauffunktionen, sondern auch einen völlig störungsfreien Übergang von einer Wiedergabefunktion zur anderen.



VR 2414 – ein Standard-Modell mit Komfort-Funktionen

Eine Preisklasse, die gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Marktentwicklung hochinteressant ist und ein Gebrauchsnutzen, der sich nur mit den fortgeschrittenen Technologien des Video-2000-Systems realisieren läßt – das sind die beiden wichtigsten Merkmale des jüngsten Mitglieds der Video-2000-Familie, des Modells VR 2414, dessen Auslieferung an den deutschen Fachhandel exakt in dieser Woche begonnen hat. Der Marktpreis wird sich – so die Vorstellungen von Philips – unter der 1800-DM-Linie einpendeln. Der Gebrauchsnutzen besteht aus einem ganzen Paket von Leistungsmerkmalen – angefangen bei der 2x4 Stunden-Wendecassette mit sparsamer Bandverwendung über die dynamische Spurnachführung der Video-Köpfe bis hin zur störungsfreien Wiedergabe so wichtiger Sonderfunktionen wie Bildsuchlauf vorwärts und rückwärts oder Standbild.



Zuwachs für das System Video 2000

Neues Modell VR 2414 unter 1800 DM – Anfang Dezember auf dem Markt

Philips baut das erfolgreiche europäische Video-System „2000“ – gekennzeichnet durch störungsfreie Bildwiedergabe auch bei den Sonderfunktionen und Wendecassette – erneut weiter aus. Nach neuen Luxusmodellen, die zur internationalen Funkschau in Berlin 1983 eingeführt wurden, läuft jetzt das brandneue Modell VR 2414 in der besonders interessanten Preisklasse unter 1800 DM von den Montagebändern der deutschen Philips-Fabriken und rundet die Produktpalette nach unten ab, ohne daß die Entwickler auf einen der überzeugenden System-Vorteile von Video 2000 verzichten hätten.

Mit anderen Worten: Auch beim neuen Modell VR 2414 findet die bandsparende Wendecassette mit einer maximalen Spieldauer von 2x4 Stunden Verwendung. Auch dieses preiswerte Gerät arbeitet mit dynamischer Spurnachführung, mit dem DTF-System (= Dynamic Track Following), das die absolut störungsfreie Wiedergabe bei allen Sonderfunktionen, nämlich beim Bildsuchlauf vorwärts und rückwärts sowie bei Standbild gewährleistet.

Mit everyday-Schaltung

Mit Hilfe einer Schaltuhr mit sehr gut lesbarer Ziffernanzeige kann man das automatische Aufzeichnen von zwei Programmen innerhalb von 30 Tagen vorgeben, eine everyday-Schaltung erlaubt die täglich wiederkehrende Auf-

nahme eines bestimmten Programms, z. B. der 20-Uhr-Nachrichtensendung der ARD. Zum lückenlosen Aneinanderfügen einzelner Aufnahmenzenen verfügt der Video-Recorder über die Möglichkeit des elektronischen Schnitts. Im Zubehör-Programm gibt es eine Infrarot-Fernbedienung, mit der das Gerät nachgerüstet werden kann.

Zusatzfunktionen gefragt

Die Ausstattung eines Video-Recorders mit einer Anzahl interessanter Zusatzfunktionen hat kaufentscheidende Bedeutung. Das haben die Marktforscher bei Konsumentenbefragungen herausgefunden. So achtet der Käufer nach den Ergebnissen der Studie darauf, ob das Gerät einen sichtbaren Bildsuchlauf ermöglicht, also das schnelle

„Durchblättern“ durch ein Programm. Und erlegt Wert auf ein gutes Standbild sowie auf eine Mindestzahl von Schaltuhr-Programmier-Möglichkeiten.

Gerade in diesen Punkten werden alle Philips Video-Recorder hervorragend bewertet. Dieses positive Urteil basiert zu einem guten Teil auf der störungsfreien Wiedergabe von Bildsuchlauf, Standbild sowie Zeitlupe und Zeitraffer. In all diesen Kategorien kritischer Bewertung rangieren sie mit Abstand vor Geräten anderer, nichteuropäischer Video-Systeme.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Erkenntnisse aus der Marktforschung lag es für Philips nahe, auch das neue, preisgünstige Modell VR 2414 mit den Sonderfunktionen Bildsuchlauf und Standbild auszustatten. Das Unternehmen rechnet dank der Positionierung in einem nur schwach besetzten Preissegment mit einem deutlichen Marktanteil-Zuwachs, so daß der bisherige Marktanteil des Systems Video 2000 in der Größenordnung von 25 bis 26 Prozent gehalten bzw. gesteigert werden kann.

Aus europäischer Produktion für überseeische Märkte

Seit zwei Monaten beschäftigt das Thema die internationale Presse: Philips hat Überlegungen angestellt, zusätzlich zum eigenen europäischen Video-Recorder-System Video 2000 auch Geräte nach VHS-Standard selbst zu produzieren. Inzwischen ist die Phase der Überlegungen abgeschlossen, die Entscheidung ist gefallen: Ab Mitte 1984 wird es für so bedeutende Märkte wie USA, Australien und Neuseeland Philips Recorder im VHS-Format aus eigener Entwicklung und Fertigung in den europäischen Video-Werken des Unternehmens geben. Und es ist aus heutiger Sicht durchaus denkbar, daß diese Geräte auch auf europäischen Märkten vertrieben werden, auf denen Video 2000 nicht vertreten ist.

Aus eigenen Werken – das heißt auch: mit eigenen Mitarbeitern in Europa. Und unter Verwendung eigener elektronischer Bauelemente, die ebenfalls von europäischen Philips-Fabriken gefertigt werden. Mehr Produkte aus europäischen Werken – das bedeutet nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Kostensenkung dank großer Stückzahl-

len. Auf die Preisentwicklung kann das nur positive Auswirkungen haben.

In den USA, in Australien und Neuseeland haben die nationalen Philips Organisationen VHS-Recorder in wachsenden Stückzahlen mit einem Jahresvolumen von mehreren 100 000 Geräten erfolgreich abgesetzt. Angesichts der erreichten Mengen konnte es nur eine Frage der Zeit sein, den Einkauf in Fernost durch die eigene Fertigung zu ersetzen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Zugleich bleiben die Kräfte des Unternehmens auf die Fortentwicklung des technologisch anspruchsvollen Systems Video 2000 gerichtet, denn es bietet dem Benutzer Gebrauchsvorteile, die durch keine andere Videomaschine so elegant und überzeugend realisiert werden. In diesen Tagen kündigt Philips mit dem Modell VR 2414 ein Gerät in der Preisklasse unter 1800 DM an, das deutlicher als große Worte signalisiert: Video 2000 bleibt die überzeugende europäische Antwort auf die Frage nach dem Video-System der Anspruchsvollen.

Zauberformel mit Zukunft: DTF

Mit der Vorstellung der ersten Video-Recorder des europäischen Systems Video 2000 lösteten die Konstrukteure ein sorgsam gehütetes Geheimnis: Für das System der Spurnachführung auf dem schmalen Magnetband nutzten sie ein Verfahren, das bis dahin nur bei sehr teuren Studio-Bildbandmaschinen in den Fernsehstudios gebräuchlich war: DTF – Dynamic Track Following. Zu gut deutsch: dynamische Spurnachführung.

Nur diese Technik ermöglicht die Wiedergabe völlig störungsfreier Bildfolgen in allen nur denkbaren Betriebsarten eines Video-Recorders, also auch beim Bildsuchlauf, beim Standbild oder beim Rückwärtsbetrieb. Diesen eindeutigen Gebrauchsvorteil für den Benutzer, der Bilder und nicht Streifenmotive sehen will, bietet Philips konsequent in allen Video-2000-Geräten – vom Spitzenmodell bis herab zum preisgünstigen VR 2414 unter 1800 DM –, der gerade seinen Marktstart erlebt.

unverbindliche Preisempfehlung: 1798 DM

Journalisten fragen – Philips antwortet

Wirtschaftsredakteure der deutschen Tagespresse und Fachjournalisten haben ihre Chronistenpflicht ernst genommen. Seit Philips über die ersten Überlegungen berichtete, zusätzlich zum eigenen System Video 2000 auch Video-Recorder im VHS-Format zu produzieren, haben sie eine Fülle kritischer Fragen gestellt. Der Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik der Philips GmbH und der Zentralbereich Information sind keine Antwort schuldig geblieben. Dafür ein paar Beispiele:

Frage: Kapitult Philips vor den Japanern?

Antwort: Nein, ganz sicher nicht. Wenn es in der westlichen Welt ein Unternehmen gibt, das den japanern im Bereich der Unterhaltungselektronik Paroli bieten kann, so ist das Philips. Wenn Philips sich jetzt entschlossen hat, für bestimmte Märkte der Welt, auf denen Video 2000 nicht eingeführt ist, Geräte im VHS-Format selbst zu bauen, so nach der Maxime handelnd, daß für

ein großes Industrieunternehmen auf die Dauer immer nur die eigene Produktion infrage kommt. Sonst wird man zum Großhändler. Philips ist weder Großhändler noch Schraubenzieher-Monteur.

Frage: Einer Ihrer Konkurrenten hat in einem Zeitungsartikel behauptet, Philips gebe die Produktion von Video 2000 auf. Was ist daran richtig?

Antwort: Richtig ist nur, daß Philips zusätzlich die Fertigung von Video-Recordern des VHS-Formats in seinen europäischen Werken für den Export nach USA, Australien und Neuseeland aufnimmt. Gleichzeitig wird Video 2000 mit aller Kraft weiterentwickelt und auf dem Markt vorangetrieben. Gerade in diesen Tagen führen wir auf dem deutschen Markt das neue Modell VR 2414 ein.

Frage: Und warum haben Sie diesen Mitbewerber nicht in aller Deutlichkeit korrigiert?

Antwort: Ach, wissen Sie, es ist doch

viel eindrucksvoller, wenn er durch Realitäten als durch Worte korrigiert wird.

Frage: Findet das von vielen vorausgesagte Sterben von Video 2000 also nicht statt?

Antwort: Warum soll ausgerechnet das technisch fortschrittlichste System sterben? Video 2000 stirbt nicht in Europa und nicht, soweit sich die Entwicklung für die Zukunft überhaupt abschätzen läßt.

Frage: Warum haben Sie denn bisher in den USA Geräte im VHS-Format verkauft, die Philips nicht selbst hergestellt hat?

Antwort: Zu Beginn der Entwicklung von Video 2000 hat sich Philips auf die anspruchsvolle PAL-Version für die wichtigsten europäischen Märkte konzentriert. So stand nicht gleichzeitig eine NTSC-Version für den US-Markt zur Verfügung. Andererseits ging es zu jenem Zeitpunkt noch um Stückzahlen, deren Eigenfertigung sich nicht gelehrt hätte. Jetzt aber sind diese Stück-

zahlen erreicht und überschritten.

Frage: Warum hält Philips an Video 2000 fest?

Antwort: Weil wir ein technisch hochwertiges Produkt anbieten, das in bedeutenden europäischen Märkten gute Aufnahme und zufriedene Käufer findet. Unser Marktanteil und der unserer Systempartner hat sich auch in diesem Jahr wieder positiv entwickelt. Wir haben allen Grund, dem anspruchsvollen europäischen Käufer Geräte aus europäischer Produktion anzubieten, die er schätzt und die er kauft.

Frage: Wo sehen Sie besondere Chancen für Video 2000?

Antwort: Überall dort, wo eine besondere Qualität verlangt wird, wo intelligente Benutzer alle Möglichkeiten der zeitversetzten Aufnahme und Wiedergabe des künftig wachsenden Programmangebots nutzen wollen, wo Käufer mit hohen Anforderungen nach dem besten System greifen, das ihnen nach dem heutigen Stand der Technik zur Verfügung steht.

VERLAGSGRUPPE BERTELSMANN / Das Buch bleibt eine echte Alternative zu den neuen Medien

„Kassandrarupe sind absolut überflüssig“

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl das Angebot der elektronischen Medien heute bereits so groß ist, daß von einem Informationsüberangebot gesprochen werden kann, und dieses durch Satelliten und Kabelfernsehen in den nächsten Jahren noch weiter eskalieren wird, gibt es nach Meinung von Ulrich Wechsler, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG in Gütersloh und Chef der Buchverlage, keine Anzeichen dafür, daß das Buch den elektronischen Medien zum Opfer fallen wird. Vielmehr werde das Buch auch in Zukunft eine echte und aktive Alternative zu den „Neuen Medien“ darstellen und sich als unersetzbar erweisen. „Kassandrarupe“, so Wechsler, „sind absolut überflüssig.“

Schon heute zeige sich, daß die Handhabung der verschiedenen Medien sich einstelle und im Umgang mit ihnen bewußt selektiert werde. Ein möglicher Einstieg des Hauses Bertelsmann ins private Fernsehen in kleinen Schritten werde daher, auf keinen Fall eine Abkehr von den klassischen Medien“ bedeuten, vielmehr Wechsler, die Printmedien bildeten nach wie vor die Eckpfeiler des Konzerns. So entfielen von den über 6 Mrd. DM Gesamtumsatz von Ber-

telmann mehr als 90 Prozent auf Bücher, Zeitschriften und Schallplatten, aber nur 10 Prozent auf neue Medien.

Daß das Buch innerhalb der Medienkonkurrenz seinen Platz behaupten wird und sogar eine positive Zukunft hat, wird nach Wechsler an der Entwicklung des Jahres 1983 deutlich. Trotz allgemein noch schwacher Konjunktur habe der Buchhandel bisher an seine Privatkundschaft nominal 8 Prozent mehr Bücher verkauft als im Vorjahr. Der Verkauf an Bibliotheken, Behörden und Unternehmen sei hingegen im Zuge von Einsparungsmaßnahmen um etwa 10 Prozent zurückgegangen. Insgesamt werde aber der Umsatzzuwachs der Sortimentsbuchhandlung, der in der Rangliste der Einzelhandelsbranchen hinter Lebensmittel an zweiter Stelle steht, 1983 ein Umsatzplus von 4 bis 5 Prozent auf über 5,3 (5,13) Mrd. DM erzielen können, nachdem die Zuwachsrate 1982 mit 2 (5 nach 8) Prozent am geringsten war. Nach wie vor intakt sei auch mit 4000 Buchhandlungen das „Netz geistiger Tankstellen“, die das Angebot von 2000 Buchverlagen in der Bundesrepublik verteilten.

Für die Verlagsgruppe Bertelsmann mit ihren rund 30 Verlagen

verließ das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 8.) nach den Worten von Wechsler „außerordentlich zufriedenstellend“.

Trotz schwieriger Marktsituation konnte der Umsatz um rund 23 (13,4) Prozent auf 794 Mrd. DM gesteigert werden. Allerdings ist darin zum ersten Mal der spanische Verlag Plaza y Janés mit einbezogen. Im Laufe des Jahres 1982 war die bisherige Beteiligung von 40 Prozent auf 100 Prozent aufgestockt worden. Ohne Plaza wäre der Umsatz um „gut 10 Prozent“ gewachsen. Noch keinen Einfluß auf dieses Ergebnis hatte der im März 1983 zu 75 Prozent übernommene Siedler Verlag, Berlin. Wolf Jobst Siedler, der diesen Verlag mit politischen, kultur- und geistesgeschichtlichen Sachbüchern profilierte und weiterhin mit 25 Prozent beteiligt ist, hatte sich aus Altersgründen zu diesem Schritt entschlossen.

Zufrieden zeigte sich Wechsler auch mit dem Ertrag der Verlagsgruppe Bertelsmann. Man habe die Umsatzrendite von 3 Prozent zwar gehalten, doch hätten es auch 4 Prozent sein können, wenn man nicht 3 bis 4 Mrd. DM zur Bildung von Reserven verwendet hätte.

Zum Umsatzwachstum trugen den Angaben zufolge das Inland mit einem Plus von 44 Prozent auf 346 Mrd.

DM und das Ausland mit plus 56 Prozent auf 448 Mrd. DM fast zu gleichen Teilen bei. Aufgegliedert nach Verlagsbereichen entfielen auf allgemeine Literatur 472 Mrd. DM (plus 9,8 Prozent), 155 Mrd. DM (plus 2 Prozent) auf Fachzeitschriften und -bücher sowie 167 Mrd. DM auf Nachschlagewerke, wo sich durch die Übernahme von Plaza ein Plus von 100 Prozent ergab.

In der Bundesrepublik liegt das Titelangebot von Bertelsmann bei 5845 (5145) Büchern, davon 700 (567) Neuerscheinungen. Im Ausland wurden 1982/83 insgesamt 3200 Titel angeboten, wovon 2250 auf die amerikanische Bantam, den größten Taschenbuchverlag der Welt, 2200 auf Plaza und 950 auf die britische Transworld entfielen.

Für das Geschäftsjahr 1983/84, das bisher „sehr gut“ gelaufen ist, erwartet Wechsler ein Umsatzplus von 6 bis 10 Prozent, was „sehr zurückhaltend“ sei. Insgesamt könne die Branche auch von einem guten Weihnachtsgeschäft ausgehen, da sich das Buch als Geschenk einer immer größeren Liebhabertruppe erfreue. Weitere Übernahmen für sein Haus schloß Wechsler aus, wenn „uns nicht etwas ganz besonderes über den Weg läuft“.

MANNESMANN / Tiefe Einbrüche in Umsatz und Ertrag, vor allem beim Röhrenbereich

Anpassungskurs für schwache Märkte

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um etwa 10 Prozent wird der Weltumsatz der Mannesmann AG, Düsseldorf, im „schwierigen Jahr“ 1983 hinter seinem vorjährigen Gipfel von 16,5 Mrd. DM zurückbleiben. Noch stärker ist der Einbruch beim Jahresüberschuß (280 Mrd. DM) zu vermuten, der im Vorjahr nur zu 54 Prozent für die Dividende von 6 DM benötigt wurde. Konsequenzen für die diesjährige Dividende der 185 000 Aktionäre kündigt Vorstandsvorsitzender Franz Josef Weisweiler vorerst vage mit dem Hinweis an, daß Mannesmann sich hier stets um „möglichst weitgehende Konstanz“ bemühe.

Der Ertragsrückgang kam vor allem aus dem Röhrenbereich, der 1983 bei voraussichtlich 9 Prozent Versandminus und 26 Prozent Umsatzminus in den Betriebsverlust rutschte. Zumal hier und im Demag-Bereich will der Konzern auch 1984 seinen Anpassungskurs mit Kapazitäts- und Personalreduzierung fortsetzen. Denn die flauere Investitionsgüterkonjunktur lasse bisher auch für 1984 keine wesentliche Besserung erwarten. Aufträge zu nicht kostendeckenden Preisen (nur um der Beschäftigung willen) aber wolle man sich künftig nicht mehr wie 1983 leisten. Auf Sparflamme hat der Konzern auch seine für 1984 nur noch mit 408 (1982

nach 707) Mrd. DM geplanten Sachinvestitionen gesetzt.

In den ersten drei Quartalen von 1983 fiel der Außenumsatz bei „deutlichem“ Ertragsrückgang um 20 Prozent auf 9,55 Mrd. DM mit nur noch 60 (67) Prozent Auslandsanteil zurück. Mit Ausnahme der Unternehmensgruppen Hartmann & Braun und Kienzle, die auch Ertragsbesserungen erzielten (Kienzle seit einigen Monaten erstmals mit positiven Ergebnissen), sanken die Umsätze aller Gruppen. Besonders stark fiel das Umsatzminus in den Gruppen Röhrenwerke, Brasilien und Handel aus. Der Export der Inlandsunternehmen schrumpfte um 29 Prozent auf 1,07 Mrd. DM oder nur noch 32 (59) Prozent ihres Außenumsatzes. Alle Maschinen- und Anlagenbaugruppen des Konzerns zusammen kamen immerhin noch auf 5,29 Mrd. DM Produktionsleistung (minus 1 Prozent).

Die Stahlrohrproduktion des Gesamtkonzerns sank um 13 Prozent auf 2,17 Mrd. t, wobei nur die Großrohrzeugung noch leicht um 1 Prozent auf 796 000 t zunahm, nahtlose Röhren aber drastisch um 25 Prozent auf 1,02 Mrd. t abfielen. Insbesondere mit dem Preisverfall auf dem Stahlrohrmarkt und der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs im An-

lagengeschäft erklärt der Vorstand den Ertragsrückgang. Außerdem seien Belastungen aus „Maßnahmen zur Strukturverbesserung“ eingetreten.

Besagte „Maßnahmen“ spiegeln sich auch in dem relativ starken Rückgang der Gesamtbelegschaft während dieser drei Quartale um 7 Prozent auf 107 200 Mitarbeiter, darunter im Ausland (vor allem durch Brasilien) sogar um 10 Prozent auf 27 000 Leute. Personalabbau, geringere Überstundenzahl und vermehrte Kurzarbeit minderten den Personalaufwand um 5 Prozent auf 4,03 Mrd. DM; je Inlandsbeschäftigten stieg er noch um 1,3 Prozent.

Die Sachinvestitionen wurden mit 436 Mrd. DM auf Vorjahresniveau fortgesetzt. Erholungstendenzen aus der allgemeinen Konjunkturbesserung spürte Mannesmann im Auftragssektor bis Ende September nur vereinzelt. So buchte die Gruppe Anlagenbau mit 1,7 Mrd. DM „deutlich“ mehr Aufträge als vor Jahresfrist, davon vier Fünftel im Bereich Rohrleitungsbau, der seine Marktposition in der Kraftwerksausrüstung „festigte“. In der Rexroth-Gruppe haben die Hydraulik-Aufträge inzwischen wieder zu dem guten Buchungsniveau des Vorjahres aufgeschlossen.

STREPP / Druck der Überkapazitäten auf den Hygienepapiermarkt Westeuropas hat nachgelassen

Die Großinvestition wurde glatt verdaut

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In der Branche krankt zwar noch mancher an den Wunden, die seit Frühjahr 1982 der Druck der westeuropäischen Überkapazitäten mit Preisrückschlägen bis zu 30 Prozent bei einigen Produkten schlug. Aber der mittelständische Hygienepapierproduzent Strepp GmbH & Co. KG, Kreuzau/Düren, kündigt auch für 1983 wieder ein „voll zufriedenstellendes“ Jahresergebnis an. Optimistisch ist Karl-Theo Strepp als Geschäftsführer dieses steinernen Familienunternehmens – die Papiermachertadition der Strepps reicht bis anno 1717 zurück – auch im Ausblick auf 1984.

Der Druck der Überkapazitäten auf den Hygienepapiermarkt Westeuropas habe seit Mitte 1983 nach. Dank

Nachfragebelebung herrsche nun praktisch überall Vollbeschäftigung. Die eigene Firma habe in diesem Herbst mit 2 bis 5 Prozent eine erste Produktionspreiserhöhung realisiert. Der werde ab Anfang 1984 die nächste Erhöhungsstufe um 3 bis 8 Prozent folgen, womit man die bisherigen Kostensteigerungen wieder kompensiere. Das allgemeine Konjunkturklima lasse für 1984 zumindest kein schlechteres Geschäft als derzeit erwarten.

Mit einer vor zwei Jahren auf 300 (260) Leute aufgestockten und seitdem konstanten Belegschaftszahl erwartet Strepp für 1983 eine Umsatzsteigerung um 8 (29) Prozent auf 104 Mrd. DM bei einer Absatzsteigerung um 21 (39) Prozent auf 41 000 t.

Diese Großinvestition von 25 Mrd.

DM aus den Jahren 1981/82 wurde nicht nur in schneller Markteinschleusung glatt verdaut. Ein Problem, das manchem mittelständischen Investor in der Papierindustrie in neuerer Zeit schon das Genick gebrochen hat. Mit einer Eigenkapitalquote von gut 40 Prozent des Bilanzvolumens sei man 1983 zudem wieder auf gutem Rückweg zu den vor der Großinvestition gewohnten reichlich 50 Prozent und zu mehr als voller Deckung des Anlagevermögens aus Eigenmitteln. Dazu trägt nun eine „Konsolidierungsphase“ bei, in der die Investitionen von 1983 bis 1985 mit je etwa 2 Mrd. DM sehr niedrig bleiben und schätzungsweise nur ein Sechstel vom Cash-flow beanspruchen.

Der Strepp-Umsatz von 1983, auch

wegen der Standortnähe des frachtkostenempfindlichen Produkts zum Benelux-Raum mit branchentypisch hohem Exportanteil von 15 Prozent, stammt nun nur noch zu 44 (50) Prozent aus eigener Fertigung, die überwiegend mit Handels- oder „weißen“ Marken zum Konsumenten kommt. Bewußt als Element des Konjunkturausgleichs pflegt Strepp das Löss-Halbfabrikate-Geschäft für Fremdverarbeiter mit nun 13 (35) Prozent Umsatzanteil. Den Rest des Umsatzes bringt das seit Jahren stagnierende Geschäft mit Zellstoffwolle.

Bei allem Erfolg quält die jetzt mit 9 (8) Prozent an der Deutschen Hygienepapierproduktion beteiligte Firma ein Ärgernis: Die Auslandskonkurrenz drücke in die Bundesrepublik auch mit Produktangeboten, die nach „Mogelpackung“ riechen.

Patrizier: Nur noch ein Großaktionär

DANKWARD SEITZ, München

Einziger Großaktionär bei der Patrizier-Bräu AG, Nürnberg, ist jetzt die Gustav und Grete Schickedanz Holding KG, Fürth. Nach eigenen Angaben hat das Fürther Unternehmen, das bisher schon wesentlich an der Brauerei beteiligt war, die über 25prozentige Beteiligung der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, an Patrizier erworben. Über die Höhe des Kaufpreises wurde nichts mitgeteilt.

Patrizier erzielte 1981/82 (30. 9.) einen AG-Umsatz von 141,6 (136,0) Mrd. DM bei einem Getränkeausstoß von 1,25 Mrd. hl, davon 1,07 Mrd. hl Bier. Im Konzern waren es 175,8 (163,2) Mrd. DM und 1,54 Mrd. hl. Damit war es gelungen, den negativen Trend der vergangenen Jahre zu stoppen. Allerdings mußten die Aktionäre zum fünften Mal hintereinander auf eine Ausschüttung verzichten.

IBM / 20 Milliarden Mark Schadenersatz verlangt

Konkurrenten spionierten

H.A. SIEBERT, Washington

Eine der größten Schadenersatzklagen in der US-Geschichte hat die International Business Machines Corp. (IBM) gegen die National Semiconductor Corp. in Santa Clara, Kalifornien, und die japanische Hitachi Ltd. wegen „gemeinsamer Industriespionage in den vergangenen dreieinhalb Jahren, gewissenloser Geschäftsmacherei und unfairen Wettbewerbs“ angestrengt. Als Wiedergutmachung sollen die beiden Unternehmen im Rahmen des strafrechtlichen Prozesses 7,5 Milliarden Dollar (mehr als 20 Milliarden Mark) zahlen. Das ist das Dreifache des entstandenen Schadens.

Anhängig ist die Klage beim US-Districtgericht in San Francisco, wo FBI-Beamte 1983 in einer „Sting“-Aktion einen Schmuggler für neue IBM-Technologien aufbrachen.

Um die Geräte und Blaupausen aus dem Land zu schleusen, wendete Hitachi 648 000 Dollar auf. Empfänger waren jedoch die FBI-Agenten. Nach Angaben des Konzerns hatten die gestohlenen Computer-Informationen einen Wert von 0,8 bis 2,5 Milliarden Dollar.

IBM wirft der National Semiconductor und Hitachi die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens vor, das den Auftrag hatte, Betriebsgeheimnisse des größten Computerherstellers der Welt auszuspielen, um die Produktion von Hard- und Software, die für IBM-Anlagen verwendet werden können, zu erleichtern. Auf diese Weise sollen die beiden Firmen in den Besitz neuer Technologien gelangt und in die Lage versetzt worden sein, ihre Erzeugnisse früher auf den Markt zu bringen als die übrige Konkurrenz.

Der passende Bund.

Die DSL Bank erschließt Ihre Vorhaben und gibt Ihnen bei allem, was Sie vorhaben, die Stärke einer großen Bank. Bei Investitionsfinanzierungen für die Wirtschaft, Darlehen an Banken und Kommunen, Krediten für Wohnungsbau und Landwirtschaft. DSL Bank, Kennedyallee 62-70, Bonn, 0228/889-1. Kurfürstenstraße 72-74, Berlin, 030/2616070.

DSL Bank

Zusammen geht's.

Bundesanleihen			
	28. 11.	29. 11.	30. 11.
4,40 % 78	100,00	100,00	100,00
5,00 % 79	100,00	100,00	100,00
5,60 % 80	100,00	100,00	100,00
6,20 % 81	100,00	100,00	100,00
6,80 % 82	100,00	100,00	100,00
7,40 % 83	100,00	100,00	100,00
8,00 % 84	100,00	100,00	100,00
8,60 % 85	100,00	100,00	100,00
9,20 % 86	100,00	100,00	100,00
9,80 % 87	100,00	100,00	100,00
10,40 % 88	100,00	100,00	100,00
11,00 % 89	100,00	100,00	100,00
11,60 % 90	100,00	100,00	100,00
12,20 % 91	100,00	100,00	100,00
12,80 % 92	100,00	100,00	100,00
13,40 % 93	100,00	100,00	100,00
14,00 % 94	100,00	100,00	100,00
14,60 % 95	100,00	100,00	100,00
15,20 % 96	100,00	100,00	100,00
15,80 % 97	100,00	100,00	100,00
16,40 % 98	100,00	100,00	100,00
17,00 % 99	100,00	100,00	100,00
17,60 % 00	100,00	100,00	100,00
18,20 % 01	100,00	100,00	100,00
18,80 % 02	100,00	100,00	100,00
19,40 % 03	100,00	100,00	100,00
20,00 % 04	100,00	100,00	100,00
20,60 % 05	100,00	100,00	100,00
21,20 % 06	100,00	100,00	100,00
21,80 % 07	100,00	100,00	100,00
22,40 % 08	100,00	100,00	100,00
23,00 % 09	100,00	100,00	100,00
23,60 % 10	100,00	100,00	100,00
24,20 % 11	100,00	100,00	100,00
24,80 % 12	100,00	100,00	100,00
25,40 % 13	100,00	100,00	100,00
26,00 % 14	100,00	100,00	100,00
26,60 % 15	100,00	100,00	100,00
27,20 % 16	100,00	100,00	100,00
27,80 % 17	100,00	100,00	100,00
28,40 % 18	100,00	100,00	100,00
29,00 % 19	100,00	100,00	100,00
29,60 % 20	100,00	100,00	100,00
30,20 % 21	100,00	100,00	100,00
30,80 % 22	100,00	100,00	100,00
31,40 % 23	100,00	100,00	100,00
32,00 % 24	100,00	100,00	100,00
32,60 % 25	100,00	100,00	100,00
33,20 % 26	100,00	100,00	100,00
33,80 % 27	100,00	100,00	100,00
34,40 % 28	100,00	100,00	100,00
35,00 % 29	100,00	100,00	100,00
35,60 % 30	100,00	100,00	100,00
36,20 % 31	100,00	100,00	100,00
36,80 % 32	100,00	100,00	100,00
37,40 % 33	100,00	100,00	100,00
38,00 % 34	100,00	100,00	100,00
38,60 % 35	100,00	100,00	100,00
39,20 % 36	100,00	100,00	100,00
39,80 % 37	100,00	100,00	100,00
40,40 % 38	100,00	100,00	100,00
41,00 % 39	100,00	100,00	100,00
41,60 % 40	100,00	100,00	100,00
42,20 % 41	100,00	100,00	100,00
42,80 % 42	100,00	100,00	100,00
43,40 % 43	100,00	100,00	100,00
44,00 % 44	100,00	100,00	100,00
44,60 % 45	100,00	100,00	100,00
45,20 % 46	100,00	100,00	100,00
45,80 % 47	100,00	100,00	100,00
46,40 % 48	100,00	100,00	100,00
47,00 % 49	100,00	100,00	100,00
47,60 % 50	100,00	100,00	100,00
48,20 % 51	100,00	100,00	100,00
48,80 % 52	100,00	100,00	100,00
49,40 % 53	100,00	100,00	100,00
50,00 % 54	100,00	100,00	100,00
50,60 % 55	100,00	100,00	100,00
51,20 % 56	100,00	100,00	100,00
51,80 % 57	100,00	100,00	100,00
52,40 % 58	100,00	100,00	100,00
53,00 % 59	100,00	100,00	100,00
53,60 % 60	100,00	100,00	100,00
54,20 % 61	100,00	100,00	100,00
54,80 % 62	100,00	100,00	100,00
55,40 % 63	100,00	100,00	100,00
56,00 % 64	100,00	100,00	100,00
56,60 % 65	100,00	100,00	100,00
57,20 % 66	100,00	100,00	100,00
57,80 % 67	100,00	100,00	100,00
58,40 % 68	100,00	100,00	100,00
59,00 % 69	100,00	100,00	100,00
59,60 % 70	100,00	100,00	100,00
60,20 % 71	100,00	100,00	100,00
60,80 % 72	100,00	100,00	100,00
61,40 % 73	100,00	100,00	100,00
62,00 % 74	100,00	100,00	100,00
62,60 % 75	100,00	100,00	100,00
63,20 % 76	100,00	100,00	100,00
63,80 % 77	100,00	100,00	100,00
64,40 % 78	100,00	100,00	100,00
65,00 % 79	100,00	100,00	100,00
65,60 % 80	100,00	100,00	100,00
66,20 % 81	100,00	100,00	100,00
66,80 % 82	100,00	100,00	100,00
67,40 % 83	100,00	100,00	100,00
68,00 % 84	100,00	100,00	100,00
68,60 % 85	100,00	100,00	100,00
69,20 % 86	100,00	100,00	100,00
69,80 % 87	100,00	100,00	100,00
70,40 % 88	100,00	100,00	100,00
71,00 % 89	100,00	100,00	100,00
71,60 % 90	100,00	100,00	100,00
72,20 % 91	100,00	100,00	100,00
72,80 % 92	100,00	100,00	100,00
73,40 % 93	100,00	100,00	100,00
74,00 % 94	100,00	100,00	100,00
74,60 % 95	100,00	100,00	100,00
75,20 % 96	100,00	100,00	100,00
75,80 % 97	100,00	100,00	100,00
76,40 % 98	100,00	100,00	100,00
77,00 % 99	100,00	100,00	100,00
77,60 % 00	100,00	100,00	100,00
78,20 % 01	100,00	100,00	100,00
78,80 % 02	100,00	100,00	100,00
79,40 % 03	100,00	100,00	100,00
80,00 % 04	100,00	100,00	100,00
80,60 % 05	100,00	100,00	100,00
81,20 % 06	100,00	100,00	100,00
81,80 % 07	100,00	100,00	100,00
82,40 % 08	100,00	100,00	100,00
83,00 % 09	100,00	100,00	100,00
83,60 % 10	100,00	100,00	100,00
84,20 % 11	100,00	100,00	100,00
84,80 % 12	100,00	100,00	100,00
85,40 % 13	100,00	100,00	100,00
86,00 % 14	100,00	100,00	100,00
86,60 % 15	100,00	100,00	100,00
87,20 % 16	100,00	100,00	100,00
87,80 % 17	100,00	100,00	100,00
88,40 % 18	100,00	100,00	100,00
89,00 % 19	100,00	100,00	100,00
89,60 % 20	100,00	100,00	100,00
90,20 % 21	100,00	100,00	100,00
90,80 % 22	100,00	100,00	100,00
91,40 % 23	100,00	100,00	100,00
92,00 % 24	100,00	100,00	100,00
92,60 % 25	100,00	100,00	100,00
93,20 % 26	100,00	100,00	100,00
93,80 % 27	100,00	100,00	100,00
94,40 % 28	100,00	100,00	100,00
95,00 % 29	100,00	100,00	100,00
95,60 % 30	100,00	100,00	100,00
96,20 % 31	100,00	100,00	100,00
96,80 % 32	100,00	100,00	100,00
97,40 % 33	100,00	100,00	100,00
98,00 % 34	100,00	100,00	100,00
98,60 % 35	100,00	100,00	100,00
99,20 % 36	100,00	100,00	100,00
99,80 % 37	100,00	100,00	100,00
100,00 % 38	100,00	100,00	100,00

Renten weiter nachgebend

Ausgehend vom Pfandbriefmarkt zogen die Renditen der festverzinslichen Papiere weiter an. Bei einigen Dauertiteln soll der Refinanzierungsbedarf immer noch nicht befriedigt sein. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,50 Prozentpunkt zurückgenommen. Der Abgabepunkt lag im höheren Bereich. Wegen der meist pessimistischen Zinsprognosen scheint ein Umsteigen in Papieren mit kürzeren Laufzeiten vorbereitet zu werden. DM-Auslandsanleihen ebenfalls rückläufig. Hier leidet der Markt weiterhin unter dem hohen Volumen an Neuausschreibungen.

	28. 11.	29. 11.	30. 11.	01. 12.	02. 12.	03. 12.	04. 12.	05. 12.	06. 12.	07. 12.	08. 12.	09. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	22. 12.	23. 12.	24. 12.	25. 12.	26. 12.	27. 12.	28. 12.	29. 12.	30. 12.	31. 12.	01. 01.	02. 01.	03. 01.	04. 01.	05. 01.	06. 01.	07. 01.	08. 01.	09. 01.	10. 01.	11. 01.	12. 01.	13. 01.	14. 01.	15. 01.	16. 01.	17. 01.	18. 01.	19. 01.	20. 01.	21. 01.	22. 01.	23. 01.	24. 01.	25. 01.	26. 01.	27. 01.	28. 01.	29. 01.	30. 01.	31. 01.	01. 02.	02. 02.	03. 02.	04. 02.	05. 02.	06. 02.	07. 02.	08. 02.	09. 02.	10. 02.	11. 02.	12. 02.	13. 02.	14. 02.	15. 02.	16. 02.	17. 02.	18. 02.	19. 02.	20. 02.	21. 02.	22. 02.	23. 02.	24. 02.	25. 02.	26. 02.	27. 02.	28. 02.	29. 02.	30. 02.	31. 02.	01. 03.	02. 03.	03. 03.	04. 03.	05. 03.	06. 03.	07. 03.	08. 03.	09. 03.	10. 03.	11. 03.	12. 03.	13. 03.	14. 03.	15. 03.	16. 03.	17. 03.	18. 03.	19. 03.	20. 03.	21. 03.	22. 03.	23. 03.	24. 03.	25. 03.	26. 03.	27. 03.	28. 03.	29. 03.	30. 03.	31. 03.	01. 04.	02. 04.	03. 04.	04. 04.	05. 04.	06. 04.	07. 04.	08. 04.	09. 04.	10. 04.	11. 04.	12. 04.	13. 04.	14. 04.	15. 04.	16. 04.	17. 04.	18. 04.	19. 04.	20. 04.	21. 04.	22. 04.	23. 04.	24. 04.	25. 04.	26. 04.	27. 04.	28. 04.	29. 04.	30. 04.	31. 04.	01. 05.	02. 05.	03. 05.	04. 05.	05. 05.	06. 05.	07. 05.	08. 05.	09. 05.	10. 05.	11. 05.	12. 05.	13. 05.	14. 05.	15. 05.	16. 05.	17. 05.	18. 05.	19. 05.	20. 05.	21. 05.	22. 05.	23. 05.	24. 05.	25. 05.	26. 05.	27. 05.	28. 05.	29. 05.	30. 05.	31. 05.	01. 06.	02. 06.	03. 06.	04. 06.	05. 06.	06. 06.	07. 06.	08. 06.	09. 06.	10. 06.	11. 06.	12. 06.	13. 06.	14. 06.	15. 06.	16. 06.	17. 06.	18. 06.	19. 06.	20. 06.	21. 06.	22. 06.	23. 06.	24. 06.	25. 06.	26. 06.	27. 06.	28. 06.	29. 06.	30. 06.	31. 06.	01. 07.	02. 07.	03. 07.	04. 07.	05. 07.	06. 07.	07. 07.	08. 07.	09. 07.	10. 07.	11. 07.	12. 07.	13. 07.	14. 07.	15. 07.	16. 07.	17. 07.	18. 07.	19. 07.	20. 07.	21. 07.	22. 07.	23. 07.	24. 07.	25. 07.	26. 07.	27. 07.	28. 07.	29. 07.	30. 07.	31. 07.	01. 08.	02. 08.	03. 08.	04. 08.	05. 08.	06. 08.	07. 08.	08. 08.	09. 08.	10. 08.	11. 08.	12. 08.	13. 08.	14. 08.	15. 08.	16. 08.	17. 08.	18. 08.	19. 08.	20. 08.	21. 08.	22. 08.	23. 08.	24. 08.	25. 08.	26. 08.	27. 08.	28. 08.	29. 08.	30. 08.	31. 08.	01. 09.	02. 09.	03. 09.	04. 09.	05. 09.	06. 09.	07. 09.	08. 09.	09. 09.	10. 09.	11. 09.	12. 09.	13. 09.	14. 09.	15. 09.	16. 09.	17. 09.	18. 09.	19. 09.	20. 09.	21. 09.	22. 09.	23. 09.	24. 09.	25. 09.	26. 09.	27. 09.	28. 09.	29. 09.	30. 09.	31. 09.	01. 10.	02. 10.	03. 10.	04. 10.	05. 10.	06. 10.	07. 10.	08. 10.	09. 10.	10. 10.	11. 10.	12. 10.	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	19. 10.	20. 10.	21. 10.	22. 10.	23. 10.	24. 10.	25. 10.	26. 10.	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	01. 11.	02. 11.	03. 11.	04. 11.	05. 11.	06. 11.	07. 11.	08. 11.	09. 11.	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.	16. 11.	17. 11.	18. 11.	19. 11.	20. 11.	21. 11.	22. 11.	23. 11.	24. 11.	25. 11.	26. 11.	27. 11.	28. 11.	29. 11.	30. 11.	31. 11.	01. 12.	02. 12.	03. 12.	04. 12.	05. 12.	06. 12.	07. 12.	08. 12.	09. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	22. 12.	23. 12.	24. 12.	25. 12.	26. 12.	27. 12.	28. 12.	29. 12.	30. 12.	31. 12.	01. 01.	02. 01.	03. 01.	04. 01.	05. 01.	06. 01.	07. 01.	08. 01.	09. 01.	10. 01.	11. 01.	12. 01.	13. 01.	14. 01.	15. 01.	16. 01.	17. 01.	18. 01.	19. 01.	20. 01.	21. 01.	22. 01.	23. 01.	24. 01.	25. 01.	26. 01.	27. 01.	28. 01.	29. 01.	30. 01.	31. 01.	01. 02.	02. 02.	03. 02.	04. 02.	05. 02.	06. 02.	07. 02.	08. 02.	09. 02.	10. 02.	11. 02.	12. 02.	13. 02.	14. 02.	15. 02.	16. 02.	17. 02.	18. 02.	19. 02.	20. 02.	21. 02.	22. 02.	23. 02.	24. 02.	25. 02.	26. 02.	27. 02.	28. 02.	29. 02.	30. 02.	31. 02.	01. 03.	02. 03.	03. 03.	04. 03.	05. 03.	06. 03.	07. 03.	08. 03.	09. 03.	10. 03.	11. 03.	12. 03.	13. 03.	14. 03.	15. 03.	16. 03.	17. 03.	18. 03.	19. 03.	20. 03.	21. 03.	22. 03.	23. 03.	24. 03.	25. 03.	26. 03.	27. 03.	28. 03.	29. 03.	30. 03.	31. 03.	01. 04.	02. 04.	03. 04.	04. 04.	05. 04.	06. 04.	07. 04.	08. 04.	09. 04.	10. 04.	11. 04.	12. 04.	13. 04.	14. 04.	15. 04.	16. 04.	17. 04.	18. 04.	19. 04.	20. 04.	21. 04.	22. 04.	23. 04.	24. 04.	25. 04.	26. 04.	27. 04.	28. 04.	29. 04.	30. 04.	31. 04.	01. 05.	02. 05.	03. 05.	04. 05.	05. 05.	06. 05.	07. 05.	08. 05.	09. 05.	10. 05.	11. 05.	12. 05.	13. 05.	14. 05.	15. 05.	16. 05.	17. 05.	18. 05.	19. 05.	20. 05.	21. 05.	22. 05.	23. 05.	24. 05.	25. 05.	26. 05.	27. 05.	28. 05.	29. 05.	30. 05.	31. 05.	01. 06.	02. 06.	03. 06.	04. 06.	05. 06.	06. 06.	07. 06.	08. 06.	09. 06.	10. 06.	11. 06.	12. 06.	13. 06.	14. 06.	15. 06.	16. 06.	17. 06.	18. 06.	19. 06.	20. 06.	21. 06.	22. 06.	23. 06.	24. 06.	25. 06.	26. 06.	27. 06.	28. 06.	29. 06.	30. 06.	31. 06.	01. 07.	02. 07.	03. 07.	04. 07.	05. 07.	06. 07.	07. 07.	08. 07.	09. 07.	10. 07.	11. 07.	12. 07.	13. 07.	14. 07.	15. 07.	16. 07.	17. 07.	18. 07.	19. 07.	20. 07.	21. 07.	22. 07.	23. 07.	24. 07.	25. 07.	26. 07.	27. 07.	28. 07.	29. 07.	30. 07.	31. 07.	01. 08.	02. 08.	03. 08.	04. 08.	05. 08.	06. 08.	07. 08.	08. 08.	09. 08.	10. 08.	11. 08.	12. 08.	13. 08.	14. 08.	15. 08.	16. 08.	17. 08.	18. 08.	19. 08.	20. 08.	21. 08.	22. 08.	23. 08.	24. 08.	25. 08.	26. 08.	27. 08.	28. 08.	29. 08.	30. 08.	31. 08.	01. 09.	02. 09.	03. 09.	04. 09.	05. 09.	06. 09.	07. 09.	08. 09.	09. 09.	10. 09.	11. 09.	12. 09.	13. 09.	14. 09.	15. 09.	16. 09.	17. 09.	18. 09.	19. 09.	20. 09.	21. 09.	22. 09.	23. 09.	24. 09.	25. 09.	26. 09.	27. 09.	28. 09.	29. 09.	30. 09.	31. 09.	01. 10.	02. 10.	03. 10.	04. 10.	05. 10.	06. 10.	07. 10.	08. 10.	09. 10.	10. 10.	11. 10.	12. 10.	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	19. 10.	20. 10.	21. 10.	22. 10.	23. 10.	24. 10.	25. 10.	26. 10.	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	01. 11.	02. 11.	03. 11.	04. 11.	05. 11.	06. 11.	07. 11.	08. 11.	09. 11.	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.	16. 11.	17. 11.	18. 11.	19. 11.	20. 11.	21. 11.	22. 11.	23. 11.	24. 11.	25. 11.	26. 11.	27. 11.	28. 11.	29. 11.	30. 11.	31. 11.	01. 12.	02. 12.	03. 12.	04. 12.	05. 12.	06. 12.	07. 12.	08. 12.	09. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	22. 12.	23. 12.	24. 12.	25. 12.	26. 12.	27. 12.	28. 12.	29. 12.	30. 12.	31. 12.	01. 01.	02. 01.	03. 01.	04. 01.	05. 01.	06. 01.	07. 01.	08. 01.	09. 01.	10. 01.	11. 01.	12. 01.	13. 01.	14. 01.	15. 01.	16. 01.	17. 01.	18. 01.	19. 01.	20. 01.	21. 01.	22. 01.	23. 01.	24. 01.	25. 01.	26. 01.	27. 01.	28. 01.	29. 01.	30. 01.	31. 01.	01. 02.	02. 02.	03. 02.	04. 02.	05. 02.	06. 02.	07. 02.	08. 02.	09. 02.	10. 02.	11. 02.	12. 02.	13. 02.	14. 02.	15. 02.	16. 02.	17. 02.	18. 02.	19. 02.	20. 02.	21. 02.	22. 02.	23. 02.	24. 02.	25. 02.	26. 02.	27. 02.	28. 02.	29. 02.	30. 02.	31. 02.	01. 03.	02. 03.	03. 03.	04. 03.	05. 03.	06. 03.	07. 03.	08. 03.	09. 03.	10. 03.	11. 03.	12. 03.	13. 03.	14. 03.	15. 03.	16. 03.	17. 03.	18. 03.	19. 03.	20. 03.	21. 03.	22. 03.	23. 03.	24. 03.	25. 03.	26. 03.	27. 03.	28. 03.	29. 03.	30. 03.	31. 03.	01. 04.	02. 04.	03. 04.	04. 04.	05. 04.	06. 04.	07. 04.	08. 04.	09. 04.	10. 04.	11. 04.	12. 04.	13. 04.	14. 04.	15. 04.	16. 04.	17. 04.	18. 04.	19. 04.	20. 04.	21. 04.	22. 04.	23. 04.	24. 04.	25. 04.	26. 04.	27. 04.	28. 04.	29. 04.	30. 04.	31. 04.	01. 05.	02. 05.	03. 05.	04. 05.	05. 05.	06. 05.	07. 05.	08. 05.	09. 05.	10. 05.	11. 05.	12. 05.	13. 05.	14. 05.	15. 05.	16. 05.	17. 05.	18. 05.	19. 05.	20. 05.	21. 05.	22. 05.	23. 05.	24. 05.	25. 05.	26. 05.	27. 05.	28. 05.	29. 05.	30. 05.	31. 05.	01. 06.	02. 06.	03. 06.	04. 06.	05. 06.	06. 06.	07. 06.	08. 06.	09. 06.	10. 06.	11. 06.	12. 06.	13. 06.	14. 06.	15. 06.	16. 06.	17. 06.	18. 06.	19. 06.	20. 06.	21. 06.	22. 06.	23. 06.	24. 06.	25. 06.	26. 06.	27. 06.	28. 06.	29. 06.	30. 06.	31. 06.	01. 07.	02. 07.	03. 07.	04. 07.	05. 07.	06. 07.	07. 07.	08. 07.	09. 07.	10. 07.	11. 07.	12. 07.	13. 07.	14. 07.	15. 07.	16. 07.	17. 07.	18. 07.	19. 07.	20. 07.	21. 07.	22. 07.	23. 07.	24. 07.	25. 07.	26. 07.	27. 07.	28. 07.	29. 07.	30. 07.	31. 07.	01. 08.	02. 08.	03. 08.	04. 08.	05. 08.	06. 08.	07. 08.	08. 08.	09. 08.	10. 08.	11. 08.	12. 08.	13. 08.	14. 08.	15. 08.	16. 08.	17. 08.	18. 08.	19. 08.	20. 08.	21. 08.	22. 08.	23. 08.	24. 08.	25. 08.	26. 08.	27. 08.	28. 08.	29. 08.	30. 08.	31. 08.	01. 09.	02. 09.	03. 09.	04. 09.	05. 09.	06. 09.	07. 09.	08. 09.	09. 09.	10. 09.	11. 09.	12. 09.	13. 09.	14. 09.	15. 09.	16. 09.	17. 09.	18. 09.	19. 09.	20. 09.	21. 09.	22. 09.	23. 09.	24. 09.	25. 09.	26. 09.	27. 09.	28. 09.	29. 09.	30. 09.	31. 09.	01. 10.	02. 10.	03. 10.	04. 10.	05. 10.	06. 10.	07. 10.	08. 10.	09. 10.	10. 10.	11. 10.	12. 10.	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	19. 10.	20. 10.	21. 10.	22. 10.	23. 10.	24. 10.	25. 10.	26. 10.	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	01. 11.	02. 11.	03. 11.	04. 11.	05. 11.	06. 11.	07. 11.	08. 11.	09. 11.	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.	16. 11.	17. 11.	18. 11.	19. 11.	20. 11.	21. 11.	22. 11.	23. 11.	24. 11.	25. 11.	26. 11.	27. 11.	28. 11.	29. 11.	30. 11.	31. 11.	01. 12.	02. 12.	03. 12.	04. 12.	05. 12.	06. 12.
--	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

dpas, New York 9,5 Millionen Mitglieder starke Vereinigte Methodistenkirche in den USA hat ihren 34 000 Gemeinden empfohlen, eine neue, umstrittene Bibelübersetzung in der Adventszeit einzuführen. Die katholische Kirche und zahlreiche protestantische Kirchen in den USA und Kanada weigern sich, die unter Aufsicht des Nationalen Kirchenrats in den USA entstandenen neuen Bibeltexte zum Gebrauch in ihren Gottesdiensten zuzulassen. In der neuen Übersetzung wird Gott nicht mehr ein männliches Wesen charakterisiert, sondern geschlechtsneutral als „The Sovereign One“ (etwa: das höchste Wesen) bezeichnet. Gottesbeziehungen wie „er“, „König“ oder „Vater“ werden vermieden. Für Christus werden statt der herkömmlichen Beziehungen „Sein Sohn“, „der „Der Menschensohn“ neue Begriffe wie „das menschliche Wesen“ und „das Kind“ eingeführt.

dpas, New York 9,5 Millionen Mitglieder starke Vereinigte Methodistenkirche in den USA hat ihren 34 000 Gemeinden empfohlen, eine neue, umstrittene Bibelübersetzung in der Adventszeit einzuführen. Die katholische Kirche und zahlreiche protestantische Kirchen in den USA und Kanada weigern sich, die unter Aufsicht des Nationalen Kirchenrats in den USA entstandenen neuen Bibeltexte zum Gebrauch in ihren Gottesdiensten zuzulassen. In der neuen Übersetzung wird Gott nicht mehr ein männliches Wesen charakterisiert, sondern geschlechtsneutral als „The Sovereign One“ (etwa: das höchste Wesen) bezeichnet. Gottesbeziehungen wie „er“, „König“ oder „Vater“ werden vermieden. Für Christus werden statt der herkömmlichen Beziehungen „Sein Sohn“, „der „Der Menschensohn“ neue Begriffe wie „das menschliche Wesen“ und „das Kind“ eingeführt.

Tanaka-Frage trübt positive Bilanz der Regierung Nakasone

Die Regierung Nakasone war am 24. November ein Jahr am Ruder. Ihre Bilanz bietet sich im Vergleich zu den vorausgehenden Kabinetten als durchaus passabel an. Dennoch kann es nicht als sicher gelten, daß der Ministerpräsident nach den am 18. Dezember erwarteten Unterhauswahlen an der Spitze der Regierung bleiben wird.

Als das Bezirksgericht in Tokio den ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka Mitte Oktober zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilte, begannen die Oppositionsparteien alle Parlamentsitzungen zu boykottieren. Sie forderten - ohne Erfolg -, daß die Volksvertretung über eine Resolution abstimme, die den Ex-Premier zur sofortigen Aufgabe seines Mandats aufforderte.

Da Tanaka sich weigerte, auf seinen Sitz zu verzichten und andere Versuche fehlschlugen, zu einem normalen Ablauf der Parlamentsarbeit zurückzukehren, willigte Nakasone widerstrebend in vorgezogene Wahlen ein. Die Legislaturperiode des Unterhauses wäre andernfalls noch bis Mitte 1984 gelaufen.

Unter den Erfolgen, die der Ministerpräsident bisher für sich buchen konnte, ist vor allem die Verabschiedung einer Verwaltungsreform, die - durch Änderungen zwar abgeschwächt - die Auswüchse einer wuchernden Bürokratie beschneidet. Als schwere Hypothek für Nakasone bleibt dagegen die Tanaka-Affäre. Das Gerichtsurteil gegen den Ex-Premier hat bisher in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) keinen Prozeß der Selbstreinigung ausgelöst. Im Kabinett haben immer noch die Getreuen Tanakas den größten Einfluß.

Kritiker werfen dem Ministerpräsidenten seinen mangelnden Einsatz für politische Sauberkeit vor. Sogar die regierungsfremde „Japan Times“ schrieb vor kurzem: „Das ausweichende Verhalten Nakasones in der Tanaka-Frage verrät einen Mangel an Mut und Integrität, der eines politischen Führers unwürdig ist.“

Auf dem Felde der Außenpolitik brachte der Regierungschef seinen größten Erfolg mit der entscheidenden Klimaverbesserung zu den Vereinigten Staaten. Dabei war sein sehr

persönlicher diplomatischer Stil ausschlaggebend, der ein betont freundschaftliches Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten Reagan herstellte.

Die Festigung der Beziehungen blieb aber mehr auf das Atmosphärische beschränkt, denn in den großen Streitfragen zwischen beiden Ländern hat sich auch unter Nakasone keine Lösung abgezeichnet. Washington drängt nach wie vor darauf, daß Japan einen wesentlich größeren Teil seiner Verteidigungslasten selber übernehmen müßte. Und das erdrückende Aktivsaldo im Handel mit den USA ist während der letzten Jahre noch mehr angeschwollen.

Nakasones Worte erweckten den Eindruck, daß Tokio entschlossener als bisher größere politische und militärische Verantwortung übernehmen werde. Es bleibt aber fraglich, ob der Ministerpräsident, als Führer einer Minderheitsgruppe in der LDP und unabhängig von den beiden größten Fraktionen in der Regierungspartei, wirklich heiße Eisen wie Verfassungsänderungen anfassen kann, die eine Wende in der Verteidigungspolitik einleiten könnten.

Ein kürzlich erschienener Untersuchungsbericht der amerikanischen „Heritage Foundation“, die der Regierung Reagan nahesteht, stellte bei dem 241 000 Mann zählenden Freiwilligenheer Japans bedenkliche Schwachstellen fest: Der Bereitschaftsstand der Truppe sei „extrem niedrig“. Die Befehls- und Kontrollstruktur der Streitkräfte sei zu dezentralisiert. Für den Kriegsfall müsse das Durchhaltevermögen angestreift werden. Die strategische und taktische Nachrichtenapparatur sei ungenügend und mache Japan gegenüber einem Überraschungsangriff äußerst verletzlich.

Repräsentative Umfragen der japanischen Medien haben nach der Verurteilung Tanakas ein Sinken der Popularitätskurve Nakasones und seiner Regierung ermittelt. Nach dem Besuch von Präsident Reagan in Tokio stieg die Wertschätzung für das Kabinett zwar wieder etwas, blieb mit einer Zustimmungsrate von 43 Prozent aber noch verhältnismäßig niedrig. Während der Ministerpräsident im Ausland mehr Anerkennung

als sein Vorgänger erhält, ist er in Japan immer noch einer der umstrittensten Politiker.

Die Kritiker Nakasones werfen ihm insbesondere vor, daß er zu sehr unter Kontrolle des Ex-Premiers Tanaka stehe. Die „Tanaka-Armee“ im liberaldemokratischen Lager ist mit 65 Abgeordneten die größte Fraktion in der Regierungspartei und die Hauptstütze des Ministerpräsidenten, dessen eigene Fraktion nur die viertgrößte in der Partei ist. Eine Neustrukturierung der LDP, die ein loses Bündnis verschiedener konservativer Gruppierungen darstellt, erscheint allerdings vor dem endgültigen Abtritt der beiden früheren Regierungschefs Tanaka und Fukuda kaum möglich.

So geht die Liberaldemokratische Partei in einen Wahlkampf, in der die Opposition mit den griffigen Anti-Tanaka-Argumenten antritt und die Erregungen über das Urteil gegen den Ex-Premier noch wenig abgeebbt ist. Erhebungen der letzten Zeit ergaben, daß sich vier Fünftel dafür aussprachen, Tanaka solle seinen Parlamentssitz aufgeben und aus der Politik ausscheiden.

Sprecher der Liberaldemokratischen Partei befürchten, daß die Fraktionsstärke der LDP im Unterhaus um etwa 20 Sitze sinken wird. Damit bliebe immer noch die absolute Mehrheit erhalten, doch wäre es dann nicht mehr möglich, die Kontrolle über alle Ausschüsse zu behalten. Bei Verlusten in dieser Größenordnung ist auch mit einem erneuten Aufblühen der innerparteilichen Machtkämpfe zu rechnen.

Der ehemalige Ministerpräsident Fukuda, ein scharfer Gegner der Tanaka-Nakasone-Allianz, erklärte schon, bei Verlusten der LDP von mehr als 16 Mandaten müsse Nakasone die Konsequenzen ziehen und das Regierungsamt einem neuen Mann frei machen. Im Falle spürbarer Rückschläge bei den Wahlen könnte das politische Überleben Nakasones von dem Verhalten seines Vorgängers Suzuki abhängen, der über die zweitgrößte Fraktion der LDP verfügt. Suzuki ist in letzter Zeit auf vorsichtige Distanz zu Nakasone gegangen.



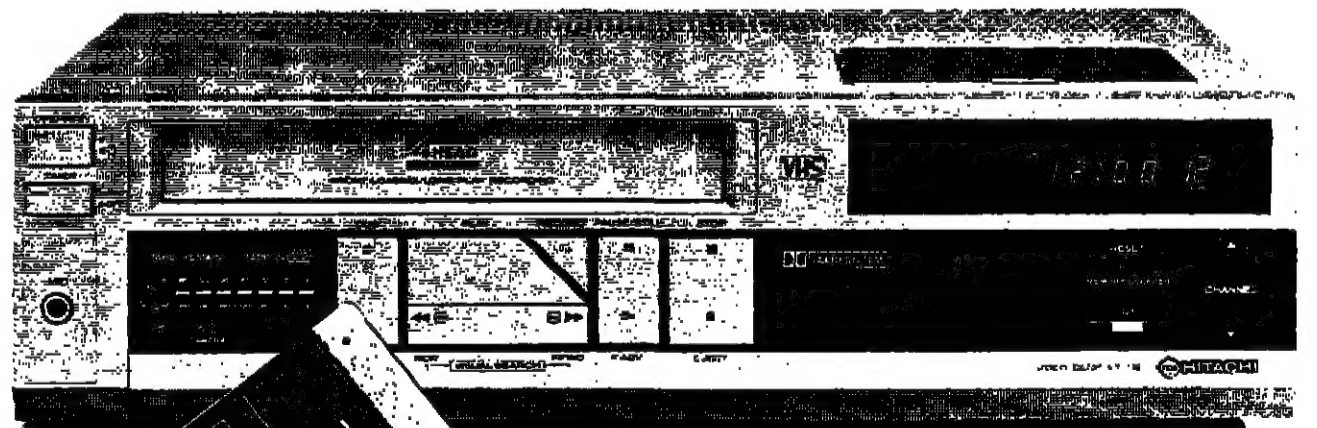
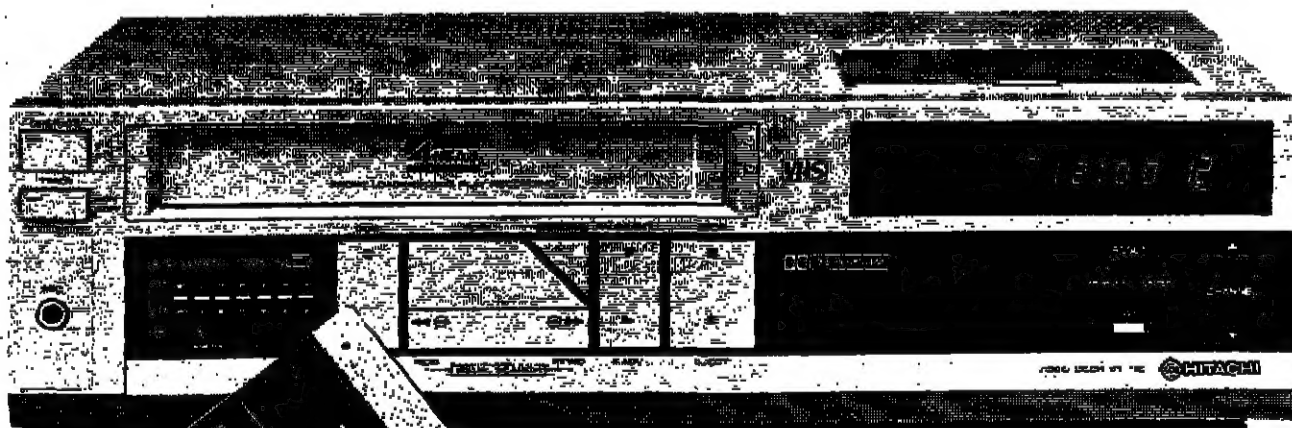
Regierungschef Nakasone ist es gelungen, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten klimatisch

JAPAN

erheblich zu verbessern, wenn auch das Begehren Washingtons bleibt, Tokio möge mehr für seine eigene Verteidigung tun und für eine Verringerung des japanischen Aktivsaldos im bilateralen Handel Sorge tragen. Auch wirtschaftspolitisch vermochte der Premier mit dem Abbau

des Haushaltsdefizits und der Staatsschulden positive Akzente zu setzen. So wäre seine Wiederwahl bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 18. Dezember wohl nur eine Formsache, wenn er sich nicht gegenüber dem zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Ex-Premier so ambivalent verhielte. Das stieß auf heftige Kritik, vor allem im eigenen Lager.

Sie sehen nur gleich aus.



Beide oben gezeigten Videorecorder werden von Hitachi hergestellt, einem der führenden Unternehmen in diesem Bereich. Beide bieten ein 4-Kopf-System für scharfe Aufnahme und Wiedergabe. Und beide verfügen über praktische Merkmale wie platzsparenden Frontlade-Mechanismus und drahtlose Fernbedienung. Es gibt jedoch einen großen Unterschied:

Das Gerät rechts wurde hier in Deutschland fertiggestellt.

Am 3. November hat Hitachi nämlich ihr zweites Werk in Landsberg am Lech, einem reizenden Städtchen an der Romantischen Straße, eröffnet. Dort werden ausschließlich erstklassige Videorecorder hergestellt. Jetzt sind die Hitachi-Modelle VT-17E

(abgebildet) und VT-11E also nicht nur leichter erhältlich, sondern sie bieten auch ein gewisses Extra: Deutschen Stolz in handwerkliche Qualität. Der Unterschied ist vielleicht nicht auf den ersten Blick zu sehen, jedoch wird er gewiß Gefallen finden. Die „neuen“ Hitachi-Modelle VT-17E und VT-11E. Es lohnt sich, sie einmal genauer anzuschauen.

HITACHI

Anfragen an: HITACHI SALES EUROPA GMBH, Postfach 801060 Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80
TEL.: (040) 734 11-0 TELEX: 212278 (212278 HITA D)

Schiffe, auf denen der Erfolg mitfährt.



Eine Speditionsfirma hat viele Gesichter und einen unterschiedlichen Bedeutungsgehalt für verschiedene Personen. Für unsere Mannschaften sind wir ein großzügiger Arbeitgeber mit den modernsten Flotten der Welt. Über 200 Schiffe, 10.000.000 Tonnen.

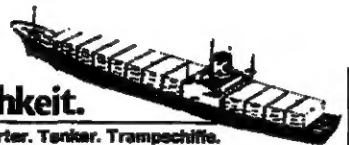
Für unsere Kunden bieten wir ohne Ausnahme prompten und aufmerksamen Service. Alle fahren gut mit "K" Line. Weltweit. Auf dem Meer und auf dem Land.

Für unsere Agenturen und Vertretungsstellen bedeutet "K" Line Teilnahme in einem computergesteuerten Netz, das den ganzen Globus umspannt. Dahinter steht eine wahre Innovationsgeschichte.

Für unsere Aktionäre und Investoren stellt "K" Line eine blendende Zukunft dar. Wir stellen uns schnell auf sich ändernde Bedingungen und Märkte ein. Und wachsen.

Wir machen aus Wünschen Wirklichkeit.

Containerschiffe, Schwertransporter, Spezialschiffe, Autotransporter, Tanker, Trampschiffe.



"K" LINE
KAWASAKI KISEN KAISHA LTD.

Generalagentur für Europa: Kawasaki Kisen Kaisha Ltd. London, Tel. 01-588-8221
Geschäftsstelle Düsseldorf: Kawasaki Kisen Kaisha Ltd. Kronprinzenstr. 62, D-4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211-370438/9, 370430

II

WELT REPORT Dienstag, 29. November 1983

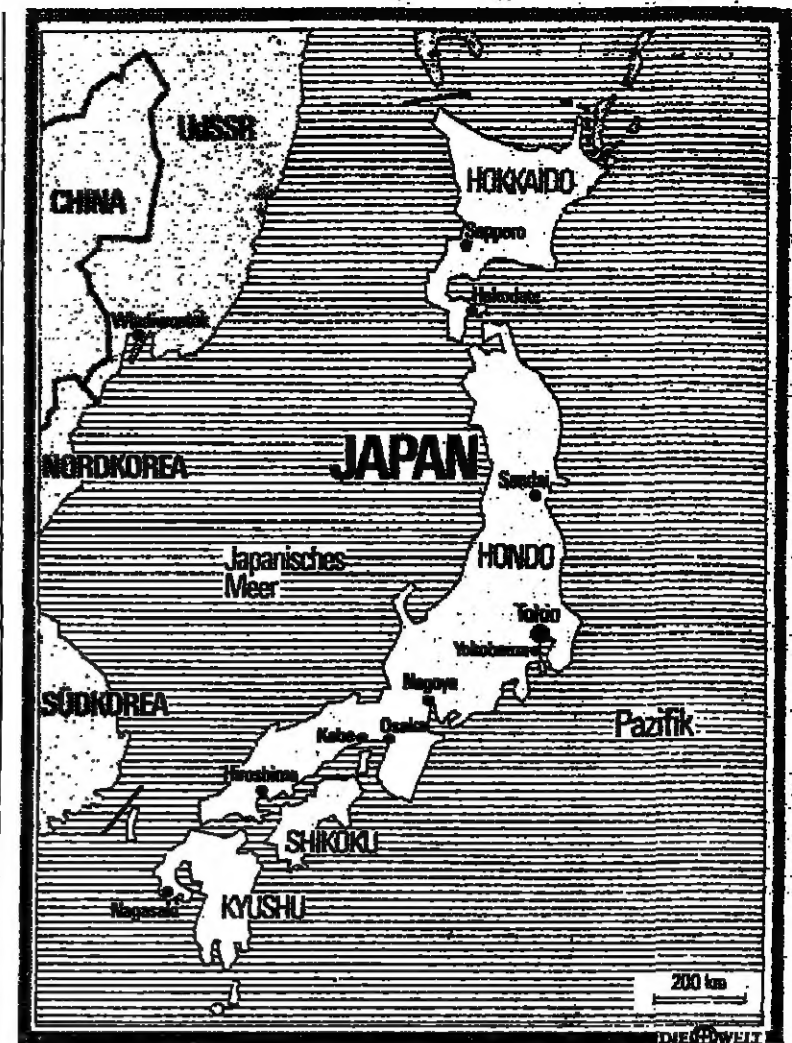
Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

Kaiserlich Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn-Center HI-701, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28 / 50 01
Generalkonsulate: Wachtelstr. 8, 1000 Berlin 33, Tel. 0 50 / 8 52 70 26, Immermannstr. 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 35 35 11.
Badestr. 44, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40 / 44 13 96.
Wehrstr. 13, 8000 München 80, Tel. 0 89 / 98 57 06.
Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf e. V., Schadowstr. 39, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 36 90 01.
Deutsch-Japanisches Wirtschaftsförderungsbüro, Oststr. 110, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 35 80 48.
Japan External Trade Organisation ("Jetro"), Königsallee 58, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 8 07 02.
Roßmarkt 17, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 28 32 15.
Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 34 17 63.
Japanische Fremdenverkehrszentrale, Biebergasse 6-10, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 29 27 92.
Japan Airlines, Kaiserstr. 79, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 23 00 56.

IN JAPAN

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 5-10-4-chome Minami Azabu, Minato-ku, Tokyo, Tel. 0 33 13 / 4 73 - 01 51.
Generalkonsulat Osaka-Kobe, Gokodori 8-chome 1-6, Chuoku, Kokusai Kaikan, Kobe-Shi 651, Tel. 0 6 81 78 / 2 32 - 12 12.
Honorarkonsulate:
Fukuoka: c/o Saibu Gas Kabushiki Kaisha, Kego 2-chome 13-20, Chuoku, Fukuoka-Shi 810-91, Tel. 0 92 81 92 / 7 31 - 22 11.
Nagoya: c/o Chubu Denryoku K. K., Toshi-cho 1, Higashi-ku, Nagoya-Shi 461, Tel. 0 52 81 52 / 9 51 - 82 11.
Sapporo: c/o Hokkaido Electric Power Co., 2-Banchi, Odori Higashi 1-chome Chuo-ku, Sapporo, Tel. 0 11 81 52 / 9 51 - 82 11.
Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zainichi Doitsu Shokai Kaigishi), Akasaka Tokyo Uld. 10F, Nagata-cho 2-14-5, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel. 0 3 81 51 - 98 81.
Japan National Tourist Organisation, 6-4, Yurakucho 1-chome, Chiyoda-ku, Tokyo, Tel. 0 3 81 51 - 03 5 - 02 14 61.
Lufthansa, Tokyo Club Bldg. 2-4, Kasumigasaki 3-chome, Chiyoda-ku, Tokyo, Tel. 0 3 81 51 - 80 21 21.



Mit Millimetern ins All

Japan hat in diesem Jahr aus eigener Kraft den Sprung in den Weltraum geschafft. Nachdem 1977 der erste Versuchssatellit "Sakura" mit einer amerikanischen Rakete gestartet worden war, wurde am 4. Februar der Nachrichten-Satellit CS-2a mit der japanischen Rakete N-11 auf eine stationäre Umlaufbahn in 36 000 Kilometer Entfernung von der Erde befördert. Im August folgte der zweite Nachrichten-Satellit dieser Serie.

Im Vergleich zu den amerikanischen Nachrichten-Satelliten und den von den Europäern geplanten sind die japanischen recht klein: Der CS-2a wiegt nur 350 Kilogramm. Doch die Japaner schafften einen technischen Durchbruch in der "Quasi-Millimeter-Technologie", die im Bereich unter den Mikrowellen liegt. Jeder Satellit hat sechs "Quasi-Millimeter"-Umsetzer, die je 480 Telefongespräche vermitteln können, und je zwei Mikrowellen-Umsetzer

mit einer Kapazität von je 192 Verbindungen.

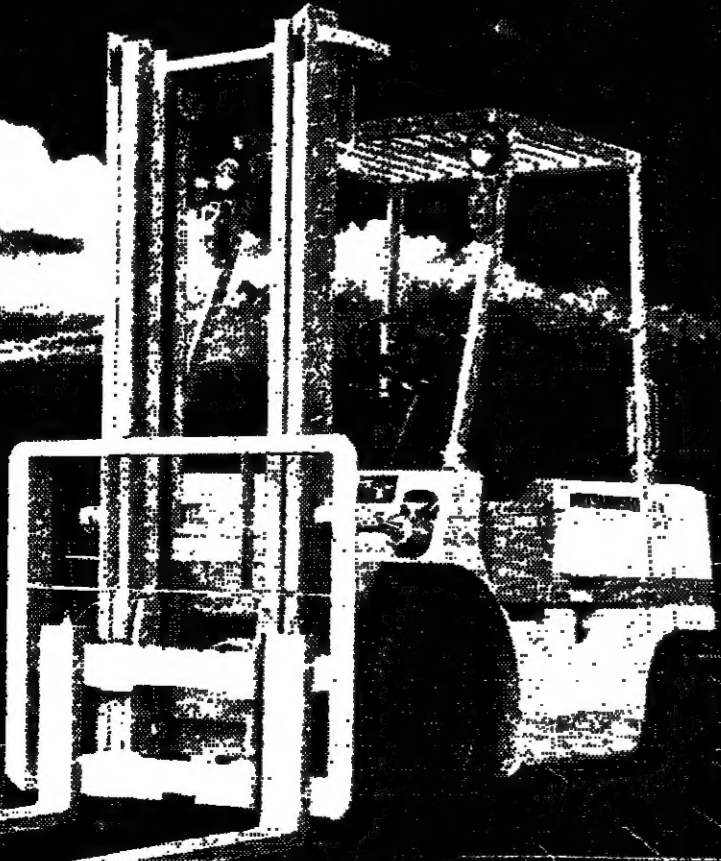
Die japanische Weltraumindustrie entstand in enger Kooperation mit den amerikanischen Unternehmen General Electric, RCA, Ford Aerospace und Hughes. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden mit US-Hilfe insgesamt 23 Satelliten für wissenschaftliche, meteorologische und Kommunikationszwecke in den Weltraum geschossen.

Schon im Jahre 1968 wurde die japanische Weltraum-Kommission gebildet; ihre Arbeit nahm aber erst 1978 mit Empfehlungen an den Ministerpräsidenten konkrete Formen an. Es handelt sich um ein Programm für die japanische Weltraumfahrt in einer Zeitspanne von fünfzehn Jahren. An Bord des amerikanischen Space Shuttle soll 1988 ein Japaner mitfliegen.

G. K.

mitsubishi

Holen Sie sich die Mitsubishi-Power!



Bessere Produktivität durch den Einsatz von Mitsubishi M-Lift-Gabelstaplern wirkt sich direkt auf Ihre Gewinnssituation aus. Langjährige Erfahrung findet ihren Niederschlag im Design dieser praktischen und kostengünstigen Gabelstapler. Chassis und Hebemast sind selbst größten Beanspruchungen gewachsen. Und federleichte Kontrollen garantieren absolut präzises Manövrieren selbst dann, wenn es einmal eng wird. Dank Top-Effizienz wird die Arbeit im kürzest möglichen Zeitabschnitt erledigt. Hier zeichnen sich Mitsubishi M-Lift-Gabelstapler mit ihren extrakurzen Arbeitszyklen durch bisher unerreichte Durchsatzraten aus — und damit durch ein Mehr an Rentabilität. Mitsubishi M-Lift-Gabelstapler — alles, was Sie sich schon immer gewünscht haben.



MITSUBISHI
HEAVY INDUSTRIES, LTD.

Dipl.-Ing. Tecklenborg GmbH:
Gabelstapler Lagertechnik Industriemashiner Industriest. 11 4535 Westerkappeln Velpo Tel.: 05456-562 Tele.: 944115 TEVE D

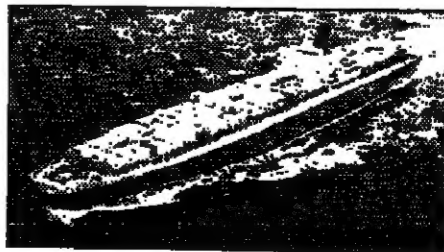
Marco Polos Route
in den Orient im Jahr 1271

Er machte Geschichte: die Hälfte seines Lebens verbrachte er auf einer Reise, die den Handel zwischen Ost und West eröffnete.



„Alligator-Service“

(Oder: Wie das Abenteuer eines halben Menschenlebens in unserer Zeit wöchentliche Routine geworden ist.)



Wenn auch unsere „Alligator“-Containerschiffs-Routen nicht in die Geschichte eingehen werden, so tragen sie doch wesentlich zur Bewältigung des internationalen Handels heute bei.

Wir bieten wöchentliche Verbindungen zwischen Europa und Japan/Ferner Osten, auf der gleichen alten Route, die Marco Polo vor gut sieben Jahrhunderten zum ersten Mal befuhr.

Dazu eine breite Palette von Container-Typen, leistungsstarke Container-Terminals und ein Transportangebot zu Land, das die schnelle Auslieferung nahezu jeden Produktes an jeden beliebigen Bestimmungsort gewährleistet.

Und das alles gestützt auf moderne Datenverarbeitung und Nachrichtensatelliten, die Geschwindigkeit und Genauigkeit garantieren.

All das mag nicht so interessant sein wie Marco Polos Reise, es sei denn, Sie wären ein Abblaser des 20. Jahrhunderts und hätten einen schnellen, sicheren und zuverlässigen Container-Service für unverzichtbar.

Haus-Haus-Verkehr
Europa/Japan - Ferner Osten
Alligator-Container-Service

100
Von Hafen zu Hafen und Tür zu Tür — seit 100 Jahren
Mitsui O.S.K. Lines

Hauptstadt: Tokio, Japan
Hamburger Repräsentant: Telefon 3 69 41 • Düsseldorf Repräsentant: Telefon 32 83 80
AGENTEN: Paul Günther, Hamburg, Telefon: 3 69 40, Telex: 021111830 Paul Günther, Bremen, Telefon: 3 68 11, Telex: 245 866 Hannover, Telefon: 31 20 81
Düsseldorf, Telefon: 32 81 60 Frankfurt/Main, Telefon: 2 08 11 • Stuttgart, Telefon: 22 17 25 München, Telefon: 18 80 11-14 • Wien, Telefon: 62 82 12

TOKIO / Abschied von der Kindlichkeit als Leitbild weiblicher Mode

Nach der Phase der Neugier hat die Japanerin nun selbstbewußt eigenen Stil gefunden

Bereits morgens, wenn ich im altschönen deutschen Trainingsanzug, um das Viereck jogge, werde ich daran erinnert, daß Tokio heute Weltstadt der Mode ist. Mein Weg führt mich an sieben Designern vorbei, darunter so klangvolle Namen wie Jun Aoshida, der wohl als einer der Begründer der Haute Couture Japans gelten kann, und Yoshie Inaba, die mit ihrer Marke Bigi sportliche junge Leute anzieht.

Dabei muß die westliche Frau, die in Tokio zu leben beginnt, erst einmal persönlich eine modische Frustration hinter sich bringen: Findet man überhaupt etwas für die eigene Größe, so stellt man fest, daß die Proportionen „nicht stimmen“, daß die japanischen Farben oder Farbzusammensetzungen einer Blondine nicht unbedingt stehen; und hat man dann doch den Mut zum Kauf, erlebt man eine Preisüberraschung, denn gute japanische Mode ist teuer.

Aus diesem „modischen Schock“ wurde ich allerdings rasch aufgerüttelt: das Feuerwerk einer Kenzo-Modenschau ließ keinen Zweifel daran, daß Japaner eine interessante, originelle, ja einzigartige Mode zu machen in der Lage sind, und daß sie wahrhaftig wissen, wie sie sie zu präsentieren haben.

Feuerwerk einer Kenzo-Modenschau

Inzwischen muß ich nur durch die Omotesando, die Ginza oder Daikanyama bummeln, um zu wissen, ich befinde mich mitten in einem der kreativsten Modezentren der Welt. Denn die jungen Leute Tokios tragen mit Stolz die Modeideen ihrer Designer.

Nicht nur im industriellen, auch im modischen Bereich formuliert sich in Japan ein neues Selbstbewußtsein: „In keinem anderen Land gibt es so viele schöne Menschen wie in Japan“, sagt Yoshie Inaba und sieht allein darin Grund genug, Japan als Modelleitbild für die Welt zu sehen. Und Hanse Mori meint, nach einer Phase der Neugier auf Mode aus dem Westen sei die japanische Frau nun selbstbewußt und reif, suche im Angebot nach einem eigenen Stil und nach Qualität.

Dieses Selbstbewußtsein ist neu: ganz offensichtlich galt der „Prophet im eigenen Lande“ in früheren Jahren nicht so viel. Kenzo Takada mußte erst in Paris Erfolg haben, um in der eigenen Heimat anerkannt zu werden.

Erst vor zirka 100 Jahren – während der Meiji-Periode – öffnete sich Japan der westlichen Welt und damit auch den Einflüssen der westlichen Mode. Bis dahin ist der Kimono das Kleid der japanischen Frau; und von ihm sagt Hanse Mori, die große Dame der japanischen Haute Couture, er sei keine Mode, denn er ändere sich nicht, sei vielmehr mit seinen genauen Vorschriften für Gelegenheiten, Alter, Stand typisch für das japanische Leben. Mode dagegen sei im Fluß, vergänglich und immer Ausdruck eines Zeitgeistes.

Das Interesse für Mode erwachte in Japan erst nach dem zweiten Weltkrieg: Hanse Mori steht typisch dafür. Sie ging in den frühen fünfziger Jahren nach Paris – um zu schauen, wie sie sagt – und sie fand die Kleider dort schön und elegant, aber eher konservativ, nicht originell, nicht besonders genug. Sie ging nach New York, und dort wurde ihr klar, daß nur die Einzigartigkeit in der Mode für die kommenden Jahre Erfolg versprechen würde.

Diese Einzigartigkeit fand sie in einer Kombination aus westlichem Styling und japanischem Stoff-Design. Ihr Weg ging über Paris und New York zurück nach Tokio, und die Anerkennung im Westen brachte ihr auch die im eigenen Land.

Jun Aoshida, der auch als Pionier der japanischen Mode gelten kann, hat eine andere typisch japanische Erfolgsgeschichte: er ging nicht außer Landes, aber er wurde der Designer der Prinzessin Michiko. Erst im Jahre 1976 ging er mit einer Collection – erfolgreich – nach Paris. Auch er setzte auf den Einfluß des Orients im Design: in Japan selbst setzt er sich mit der sich ändernden Rolle der Frau auseinander, mit seinem strengen Stil versucht er, sozialen Strömungen gerecht zu werden: eine Frau, die sich z. B. auch wieder schelden läßt, ist für Aoshida eine Frau mit einem sich neu entwickelnden Selbstbewußtsein.

Die Idee, auch die japanische Frau

für „erwachsen“ zu halten, brachte Mitsuhiko Matsuda aus Paris mit nach Tokio zurück. Er lernte sein „Handwerk“ in Tokio, ging dann mit Kenzo Takada zusammen in den frühen sechziger Jahren nach Paris; Kenzo blieb dort, Matsuda elbte nach einem halben Jahr zurück nach Tokio. Er fühlte sich nicht wohl in Paris, brachte aber von dort den Eindruck mit, daß die Europäerin erwachsener und intellektueller wirke als die Japanerin.

Naturmaterial als Hauch von Feminismus

In der Tag galt und gilt wohl teilweise noch heute der Japanerin Mädchenhaftigkeit, gar Kindlichkeit als weibliches Leitbild. Ich selbst bin immer wieder überrascht, wenn auch eine ältere japanische Dame mit zittriger Stimme und deutlicher Vorliebe für Rüschen und Schleifen eben diese Mädchenhaftigkeit zum Ausdruck bringen will.

Matsuda suchte und fand die erwachsene japanische Frau, für die er unter der Marke Nicole eine entsprechende Mode macht. Und im Westen verkauft er mittlerweile seine Mode unter seinem japanischen Namen mit Erfolg.

Kansai Yamamoto gehört zu den Großen, die in den späten sechziger Jahren bekannt und anerkannt wurden. Er brachte außerdem einen neuen Akzent in die Modewelt: Die Modenschau war nicht länger nur eine Vorstellung von Mode, sie wurde mit dem Auftritt eines bekannten japanischen Rock-Sängers, der auf einem Motorrad mitten in die modische Darstellung hineinsauerte, Grund zum Aufschrei achtzehnjähriger Mädchen, die die farbige, von japanischer Tradition beeinflusste Mode mit Begeisterung übernahmen.

Und nun die neue Welle, die besonders von drei Namen in Bewegung gesetzt wurde: Yoshie Yamamoto, Rei Kawakubo und Issey Miyake, deren Namen durch die Weltpresse gehen und deren Modeideen als spektakulär gelten.

Ein wichtiger Schritt war der von Yamamoto zur Naturmaterialie, die er in seinen Kleidern mit einem Hauch von Feminismus versah.

Issey Miyake und Rei Kawakubo gingen noch weiter: sie lehnten betont die weibliche Linie, die Darstellung des Körpers ab, sie warfen ihre dunklen Naturmaterialien in großen Falten über den Körper, schnitten Löcher hinein, auch an Stellen, an denen sie nicht unbedingt nötig waren, und gürten das Ganze an irgendeiner Stelle zu einer Art Gewand – und nicht nur von Ferne erinnerten die Gestalten an einen Samurai oder einen Kabukischauspieler.

Miyake, der Künstler und Philosoph unter den Designern, führte die Modenschau endgültig in eine neue Ära: in einem einmaligen Schauspiel, in dem lebendige Mannequins zwischen Plastiktorsos idealer Körper auftraten, eine Multivisionschau aus vielen Videogeräten strömte, wurden die Zuschauer mit dem vertraut gemacht, was Miyake will: Nicht einfach einen „Look“ schaffen, sondern „einen anderen Weg zu leben und zu denken, und damit andere Designer maßgeblich zu beeinflussen“.

Hanse Mori beantwortet die Frage nach den Käuferinnen ihrer Mode wie die ihrer Designer-Kollegen in erstaunlich „nüchternen“ Weise: Die junge Japanerin, die ihr eigenes Geld verdient und noch zu Hause lebt, gibt dieses Geld für Mode aus. Sobald sie heiratet und Kinder bekommt – und noch immer ist der Sohn Wunsch Nummer eins jeder Japanerin – Kinder, deren Kleidung und insbesondere Erziehung das Familienbudget ganz erheblich belastet, ist für die Frau die modische Zeit vorbei; die neue Zeit läßt es nicht mehr zu, viel Geld für abenteuerliche Kleider auszugeben.

In diesen Tagen wird man in Tokio ein großes Modeereignis zu sehen bekommen: The five best 84. Zwei Modeschöpfer aus England, Claude Montana und Vivienne Westwood, Calvin Klein aus New York, der Italiener Gianfranco Ferré und last not least Hanse Mori werden ihre Ideen der Presse und einem zweifellos sehr interessierten Publikum zeigen.

Japan hat einmal von dem Westen modisch gelernt, heute gibt es eine eigene Mode mit traditionellen Stilelementen und originellen Ideen an die westliche Welt zurück.

GISELA STENGEL-GÜTTNER

EXPORTE / Mehr denn je ein zweischneidiges Schwert

Ein Volk, das exportieren muß, um zu leben, sieht sich nicht als Bedrohung

Die Regierung Nakasone, seit einem Jahr im Amt, steuert einen konservativen – fast passiven – wirtschaftspolitischen Kurs. Vorrang hat das Bemühen, die hohe Staatsverschuldung abzubauen. Erst nach starkem Druck der Amerikaner und Europäer, die auf eine Verminderung der japanischen Exportüberschüsse drängen, beschloß Tokio Mitte Oktober einige Maßnahmen, die eine Zunahme der inländischen Nachfrage herbeiführen sollen.

Die wichtigsten Punkte dieses Pakets sind zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 21 Milliarden Mark für öffentliche Bauvorhaben während des restlichen Fiskaljahres, eine Ermäßigung der Einkommensteuer von 13 Mrd. Mark und die Senkung des Diskontsatzes der Bank von Japan von 5,5 auf 5 Prozent.

Ministerpräsident Nakasone setzt große Hoffnung auf eine Verwaltungsreform, die das Parlament kürzlich verabschiedete. Er erwartet, daß sie wesentlich zum Abbau der chronischen Haushaltsdefizite und der Staatsschulden beitragen wird. Bezüglich einer größeren Öffnung des japanischen Marktes für ausländische Produkte – ein weiteres Hauptanliegen der USA und der EC – entschloß sich Nakasone zu einigen kleineren Schritten, die allerdings über das hinausgingen, was seine Vorgänger bisher getan hatten.

3,4 oder 3,6 Prozent Wachstum vermutet

Die Einwohnerzahl Japans wird Anfang nächsten Jahres 120 Millionen erreichen. Das Bruttosozialprodukt, das 1982 um real 3 Prozent gestiegen war, lag im 1. Halbjahr 1983 im Durchschnitt real um 2,5 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit und behielt auch in den Herbstmonaten eine allmähliche Aufwärtskurve bei.

Die Regierung rechnet für dieses Jahr mit einem realen Wachstum von 3,4 Prozent. Ein bekanntes privates japanisches Forschungsinstitut für Nationalökonomie erwartet einen etwas höheren Wert von 3,6 Prozent. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten würde Japan damit günstig abschneiden.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Japans 1983 war vor allem wegen des Exportaufschwungs, einer wieder zunehmenden Investitionsnachfrage bei den Großunternehmen, besserer Kapazitätsauslastung der meisten Betriebe und stabiler Preise durch einen gemäßigten Aufwärtstrend gekennzeichnet. Die Verbraucherpreise lagen im Oktober nur um 1,4 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index der industriellen Produktion lag im September um 3 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Index der Fertigwarenlager um 1,4 Prozent niedriger.

Die Pläne der Großunternehmen für Anlageinvestitionen im laufenden Fiskaljahr sehen nach einer Untersuchung des Understudies und Handelsministeriums eine Zunahme von 3,5 Prozent vor. Die staatlichen Investitionsaufwendungen, die bis Mitte des Jahres stagnierten, haben seit dem Herbst wieder leicht zugenommen. In der Privatindustrie sind das Leistungsgeschäft (in diesem Fiskaljahr 21 Prozent mehr), die Elektronikindustrie (17 Prozent mehr) und der Elektromaschinenbau (16 Prozent mehr) besonders investierfreudig.

Eine Schwachstelle der japanischen Konjunktur 1983 war die andauernde Flaute beim Privatkonsument. Der Umsatz der Warenhäuser und Supermärkte spiegelte diese Entwicklung mit monatlich nur sehr geringen Steigerungen wider. Dennoch ist die Verbreitungsdichte langlebiger Konsumgüter in den japanischen Haushalten während der letzten Jahre erneut beachtlich gestiegen. Für Personenzüge liegt sie jetzt bei 82 Prozent, für Farbfernseher bei 99 Prozent, für Klimageräte bei 50 Prozent und für Videorecorder bei 11 Prozent.

Das Stagnieren des Privatkonsument ist eine Folge der geringen Aufbesserung der Tariflöhne in diesem Jahr und der niedrigen Bonuszahlungen im Sommer. 1982 waren die Reallohn nur um 1,7 Prozent gestiegen. Im September dieses Jahres lagen sie um 2,8 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der Erwerbstätigen belief sich auf 59,5 Millionen, 2,2 Prozent mehr, und die der Arbeitslosen auf 1,57 Millionen, was nach japanischer Rechnung eine Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent ergibt.

Nach deutscher Rechnung

kommt man eher auf 5 Prozent. Die Arbeitsmoral der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten kann noch als hoch angesehen werden. Unter der jüngeren Generation macht sich jedoch allmählich eine Einstellung bemerkbar, die nicht mehr die privaten Interessen denen des Unternehmens unterordnet. Die jüngeren Angestellten und Arbeiter sind selten bereit, über die festgelegten Arbeitszeiten hinaus für ihre Betriebe tätig zu sein.

Neue Fraktionen für 1984 erwartet

Die alljährlich wiederkehrenden Handelsfraktionen mit anderen Industrienationen zeichnen sich 1984 besonders bedenklich ab. Die OECD sagt für Japan einen Handelsbilanzüberschuß von 78 Milliarden Mark für 1983 voraus. Im Vorjahr kam der Überschuß auf nur 47 Mrd. Mark. Allein vom April bis September dieses Jahres registrierte Japan einen Exportüberschuß von 33 Mrd. Mark.

Die Amerikaner sehen in der Unterbewertung des Yen einen der Hauptgründe für ihre anschwellenden Defizite im Handel mit Japan. Während des Besuchs von Präsident Reagan in Tokio in der 1. Novemberhälfte war die Währungsfrage eins der wichtigsten Gesprächsthemen. Nach amerikanischer Auffassung würde eine Parität von einem Dollar gleich 200 Yen angemessen sein. Mitte November stand der Wechselkurs aber bei 1:235. Devisenhändler in Tokio sehen gegenwärtig allerdings wenig Chancen, daß sich die japanische Währung sehr festigt. Dazu ist das Zinsgefälle zu den USA zu hoch und die weltpolitische Lage zu unsicher.

Die Japaner selbst sehen meist nicht ein, daß ihre Wirtschaftsmacht andere Industriestaaten bedrohen könnte. Auf ihren rohstoffarmen und entlegenen Inseln fühlen sie sich noch immer als ein Volk, das exportieren muß, um zu überleben. Sie weisen auch gern darauf hin, daß der Exportanteil an ihrem Bruttosozialprodukt erst bei 13 bis 15 Prozent liegt, während es in England 20 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland fast 27 Prozent sind.

FRED DE LA TROBE



Celica Supra DM 32.890,-, unverbindliche Preisempfehlung + Überführung, Koffolgeverbreiterung und Reifen 225/60 VR 14 als Sonderausstattung.

DER CELICA SUPRA. EIN KULTIVierter ATHLET.

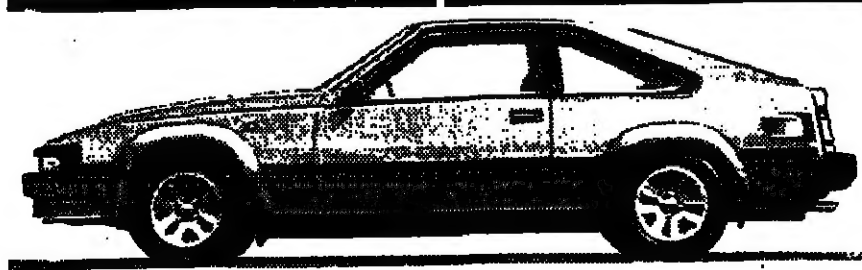
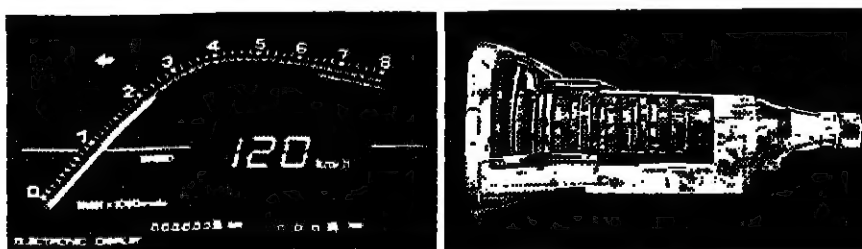
Es gibt Autos, die betont sportlich gebaut sind. Es gibt Autos, die betont komfortabel gemacht sind. Und es gibt den neuen Celica Supra von Toyota. Ein Hochleistungs-Coupé, das außergewöhnlichen Fahrkomfort mit sportlichen Fahreigenschaften verbindet.

Die Basis hierfür bietet ein modernes, computerreguliertes 2,8 l-6-Zylinder-Triebwerk mit elektronischer Ben-

zineinspritzung und Schubabschaltung. Es leistet mit 2 obenliegenden Nockenwellen 125 kW/170 PS. Das bedeutet kraftvolle Beschleunigung. Und garantiert überzeugende Laufwege bis 210 km/h Spitze. Eine Leistung, die besonders auf Autobahnfahrten angenehm ist. Aber auch in der Stadt und auf Landstraßen hat dieses Coupé – auf Wunsch – mit seiner völlig neuen

4-Gang-Automatik mit Lock-up-Funktion ab dem zweiten Gang, spürbar mehr zu bieten. Zwei computergesteuerte Schaltstufen. Für sportliche Spurts. Oder sparsames Gleiten auf einem hochentwickelten Fahrwerk.

Daß der neue Celica Supra nicht nur in punkto Technik Komfort mit Sportlichkeit verbindet, zeigt ein Blick auf den Instrumententräger. Hier sorgen digitale



Anzeigen und ergonomisch angeordnete Bedienelemente dafür, daß Sie den neuen Celica Supra immer optimal unter Kontrolle haben. Und zwar von einem der besten Sportsitze aus, der heute serienmäßig gebaut wird.

Am besten, Sie erleben einmal selbst, wie komfortabel ein sportliches Auto heute sein kann. Über 850 Toyota-Vertragshändler erwarten Sie.

Toyota Deutschland GmbH, 5 Köln 40

TOYOTA
AUTOS MADE FOR GERMANY

TECHNOPOLIS / Stadt für Forscher

„Jetzt kann der Westen von uns etwas lernen“

Japan ist auf dem Wege, die USA und Europa auf dem Gebiet der Zukunfts-Technologien zu überholen. Sony-Chef Akio Morita verkündet bereits stolz: „Wir haben viel vom Westen gelernt. Aber jetzt kann der Westen von uns lernen. Das ist der japanische Genius.“

Schlüsselwort für die japanische Anstrengung ist „Technopolis“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich der ganze Ehrgeiz Japans, die westliche Welt so zu überholen, daß sie weit, weit abgeschlagen bleibt.

„Technopolis“ – das ist eine Denkfabrik-Stadt, eine Gedanken-Spielerstadt. Tausende von Wissenschaftlern wohnen in dieser riesigen Denkfabrik, tüfteln nur daran, den Vorsprung der Amerikaner oder Europäer auf irgendeinem Gebiet einzuholen und Japan die Rille des Vorreiters auf jedem Gebiet zu sichern.

20 solcher Städte sollen bis 1990 stehen. Eine ist bereits fertig: Tsukuba, die akademische Stadt, ein Konglomerat von Institutionen für Lehre, Forschung und Experimente. Die Stadt wurde 1963 geplant, 1968 begonnen und, 80 Kilometer nördlich von Tokio gelegen, vor einem Jahr von 30 000 (!) Forschern bezogen. Die Gesamtbaukosten betragen zehn Milliarden Mark, Dimensionen, von denen man in Europa nicht einmal zu träumen wagt.

43 Akademien sind in Tsukuba untergebracht, 50 000 Forscher können hier nach der Planung arbeiten.

Bis 2000 eigene Systeme

Die Studien in der Forscher-Stadt spiegeln fast alle Gebiete der heutigen wissenschaftlichen und technischen Aktivitäten wider: Raumforschung, Hochenergie-Protonenbeschleuniger, Erdbemessung oder Meereswellen-Kraft-Studien.

Ein landwirtschaftliches Institut ist mit der Entwicklung von revolutionären Methoden zur Verarbeitung und Konservierung von Früchten befaßt. Unter einer riesigen Glasglocke wird eine Vielzahl von tropischen Pflanzen gezüchtet, um zu erforschen, wie man die Ernten unter tropischen Bedingungen vermehren kann.

1985 soll in dieser Denkfabrik gigantischen Ausmaßes die STEKPO

(Internationale Ausstellung für Wissenschaft und Technik) stattfinden.

Tsukuba ist ein – fertiges – Beispiel für den ehrgeizigen Plan, Vormacht in der Technologie 2000 zu werden. 19 weitere Städte werden folgen. Jeweils drei bis fünf Technologiebereiche sollen einer „Technopolis“ zugeordnet werden, die dann artverwandte kommerzielle Forschungsinstitute dazubündelt. Geforscht wird in den Bereichen Computer und Mikrochips, Faseroptik, Pharma-Industrie und Medizinische Optik, Biotechnologie (Bioreaktoren, Zellkultivierung), neue Werkstoffe (Hochleistungskeramik, synthetische Membranen für neue Trenntechniken, künstliche Metalle. Hochleistungskunststoffe, neue Legierungen und neue Verbundwerkstoffe) und in den Bereichen Raum- und Luftfahrt.

20 Städte bis 1990

Japan will nach den Worten von Soichiro Suenaga, dem Vorsitzenden des Verbandes der Luft- und Raumfahrtindustrie, „das Gefälle zu den Industrien in den USA und Westeuropa abbauen. Wir verlassen uns bei den Bemühungen um neue Produktionstechniken, Konstruktion und Verkaufspotential auf staatlichen Schutz“.

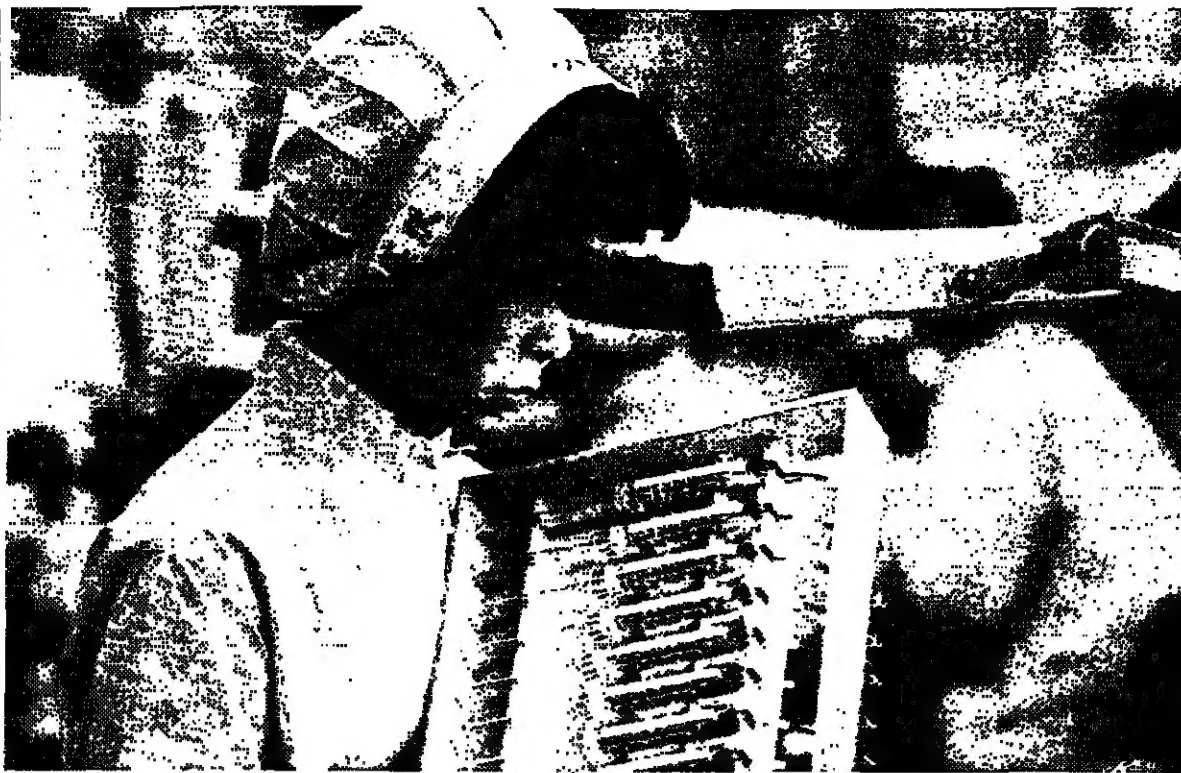
Japan will bis zum Jahre 2000 eigene Raketenysteme entwickelt haben, um selbst Satelliten aus eigener Produktion in den Weltraum befördern zu können.

Die Städte der Denker werden alle an schon bestehende Großstädte angebaut. Auf diese Weise muß keine neue Unterhaltungs-Infrastruktur geschaffen werden. Ebenfalls müssen ein Flugplatz und eine Eisenbahnstation in der Nähe sein. Die Forscher sollen nicht „vertrocknen“.

Mit dem „Technopolis“ Programm müssen Europa und die USA das Furchen lernen. Japan ist im Begriff, vom Importeur von Know-how zum Exporteur aufzutrücken. Schon jetzt hat Japan die USA und die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausfuhr von technologisch fortgeschrittenen Erzeugnissen überholt.

Die USA kaufen sogar schon japanische Militärtechnologien. Mitte November wurde ein entsprechendes Lieferabkommen zwischen den USA und Japan in Tokio unterzeichnet.

ANTON MEHRER



Produktion von elektronischen Geräten in Tokio

FOTO: JUPP DACHINGER

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Chemie und Maschinenbau geben ein Beispiel

Einladung zum Verkauf in Fernost

Japan als Absatzmarkt und Industriestandort gewinnt immer mehr an Bedeutung für europäische Unternehmen. Mit der Änderung des „Foreign Exchange Control Law“ und des „Foreign Trade Control Law“ genau vor einem Jahr sind ausländische Direktinvestitionen sehr erleichtert worden.

Nach einer Statistik des „Deutsch-Japanischen Wirtschaftsförderungsbüros“ in Düsseldorf waren in Japan bis Ende Juli 1983 genau 33 Produktionsbetriebe mit maßgeblichem deutschen Kapital (Beteiligungen von jeweils mehr als 25 Prozent) tätig, die ein Grundkapital von 19,5 Milliarden Yen auf sich vereinigten und 5200 Mitarbeiter beschäftigten.

Dabei kann besonders die deutsche Chemie- und Maschinenindustrie auf ein traditionsreiches Japan-Engagement zurückblicken. In den 50er Jahren waren Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie der Elektrotechnik und des Maschinenbaus unter den ersten, die wieder nach Japan gingen.

Die drei deutschen Chemieunternehmen haben in Japan Minikonzerne aus 100prozentigen Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen mit einheimischen Partnern

aufgebaut, die inzwischen (kumuliert) Umsätze von mehreren hundert Millionen Mark erzielen. In der Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen im japanischen Markt haben sich auch kleinere deutsche Pharmahersteller engagiert.

Deutsche Unternehmen produzieren in Japan inzwischen von Miederwaren über Haarkosmetik, von Schallplatten bis zu Transportbändern nahezu alles. Experten beurteilen den Industriestandort durchweg positiv und mit wachsenden Chancen für die nächsten Jahre.

Nach einer Untersuchung der amerikanischen Handelskammer in Japan ist z. B. die Rentabilität amerikanischer Fabrikationszweige in Japan am höchsten in der ganzen Welt. Die Rendite von 18 Prozent für den Zeitraum 1968 bis 1977 ist doppelt so hoch gewesen wie vergleichbar in Europa mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland. Dort lag sie im gleichen Zeitraum für US-Unternehmen bei 18 Prozent.

Wie wichtig den Japanern inzwischen Investitionen des Auslands geworden sind, unterstreicht die Tatsache, daß im November 1983 in Düsseldorf ein Seminar von der japanischen Industrieansiedlungsbehörde

durchgeführt worden ist. Gleichzeitig wurden verstärkt Gespräche mit deutschen Unternehmen und Banken geführt. Appelliert wurde dabei an die deutschen Manager, nicht „nur eine Vertretung in Japan zu unterhalten, sondern ganze Verkaufsketten aufzubauen“.

Vorgestellt wurden in Düsseldorf die einzelnen Förderungsprogramme für Industrieansiedlungen. So bieten die Zentralregierung und die einzelnen Regionen unterschiedliche Fördervergünstigungen je nach Standort und Branche an. Diese Programme enthalten durchweg zinsgünstige Kreditangebote. Neben den bereits bestehenden Programmen zur Regionalentwicklung wird auch das Projekt „Technopolis“, Städte in denen Spitzentechnologie angesiedelt wird, besonders gefördert. Ausländische Unternehmen werden hier wie japanische Unternehmen auf einer gleichen Ebene ohne Unterschied behandelt.

Wer sich für einen Industriestandort in Japan interessiert, bekommt nicht nur in Deutschland über das Büro in Düsseldorf, sondern auch in Tokio im Wirtschaftsministerium kostenlose Beratung. HANS MANN

GESCHÄFTE IN JAPAN / Geduld mitbringen

Ziel ist Sicherung von besseren Marktanteilen

Die deutsche Wirtschaft läuft Gefahr, in Japan ihr Gesicht zu verlieren“, meint Klaus-Dieter Fischer, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, über den rund ein Drittel des gesamten Japan-Handels abgewickelt werden.

Fischer, zuständig für Asien insbesondere für die Japan-Kontakte, begründet seine kurze Formel so: „Einer der wesentlichen Gründe für die immer sichtbarer werdende Diskrepanz zwischen dem Erfolg japanischer Unternehmen auf den heimischen Märkten und dem deutschen Unternehmer auf japanischen Märkten liegt in der unterschiedlichen Unternehmensphilosophie und damit in den unterschiedlichen Handlungsweisen unserer fernöstlichen Partner begründet.“

Während wir daran gewöhnt sind, Marktchancen jeweils vor dem Hintergrund der eigenen kurz- und mittelfristigen Gewinnerwartung zu beurteilen, ist die Maßlatte für den Unternehmenseffort und damit für die Geschäftspolitik in Japan in der Regel die langfristige Sicherung beziehungsweise Ausweitung von Marktanteilen. Diese prinzipiell sehr unterschiedliche Denkweise ist Grund und eigentliche Triebfeder für erfolgreiche Aktivitäten. Sie führt dazu, daß Marktstrategien sehr langfristig angelegt und sehr intensiv vorbereitet werden.“

Nicht der Gewinn

Für das Geschäft in Japan sind daher bestimmte „Stil- und Form“-Fragen, die sich von uns sehr unterscheiden, unbedingt zu beachten. Toshikazu Inuzuka, Manager der Mikusoko Ltd. in Tokio, formulierte dies in einem Vortrag vor der Handelskammer Hamburg kürzlich so: „Ich sage Ihnen jetzt, wie Ihre Absatzbemühungen in Japan mit Sicherheit fehlschlagen werden.“

Für diesen Fall müssen sie das japanische Klima, die körperliche Gestalt der Japaner, die sozialen Lebensbedingungen in Japan und das Konsumentenimage völlig unbeachtet lassen. Sie werden“, so meinte der japanische Manager weiter, in Japan nur sehr selten mit einseitigen Entsch-

lungen brillanter Geschäftsmänner konfrontiert werden. Im allgemeinen wird es so sein, daß sie immer geduldig auf das Ergebnis eines sorgfältig und langfristig durchgeführten Grundentscheids warten müssen, an dem Mitarbeiter aller Schichten des Kundenbetriebs beteiligt sind.

Über allem steht der Grundsatz der Geduld. Nichts wäre für ein Geschäft schlimmer, als in Verhandlungen die Ruhe und Beherrschung zu verlieren.“

Ein Amerikaner, Jeremy Darby, Präsident der Calbeck Corp., sagt hierzu: „Japan ist kein Ort, an dem Sie über Nacht Geld machen können. Wenn man sich aber nach den ersten Enttäuschungen zurückgezogen hat, werden Sie niemals zurückkommen können – niemals!“

Vor allem Kontakte

Und Gunnar Kniberg, Präsident von Electrolux in Japan: „Sie müssen eine Menge Geduld aufbringen. Schnelle Ergebnisse sind nicht zu erwarten. Sie brauchen Zeit, viel Zeit.“

Alle Aktivitäten müssen daher sehr langfristig geplant werden. Der japanische Verbraucher muß sehr intensiv studiert werden. Auf jeder Stufe der Geschäftskontakte muß ein gutes, persönliches Vertrauensverhältnis herrschen. Toshihiko Ichihashi, Chairman of the Board der Brain Bank in Tokio, meint: „Japanische Firmen sind wesentlich weniger verkaufsorientiert, als man gemeinhin annimmt. Sie kalkulieren auch mit kleineren Gewinnen. Mann-zu-Mann-Kontakte sind daher enorm wichtig.“

Ganz wichtig aber ist es zu wissen, mit wem man verhandelt. So weisen alle Japan-Kenner darauf hin, daß ausländische Geschäftsleute lernen müssen, bei Verhandlungen die eigentliche Absicht von dem formell Gesagten zu unterscheiden. Die Rolle von persönlichen Beziehungen ist daher immer eher zu über- als zu unterschätzen.

FRITZ MEISTER

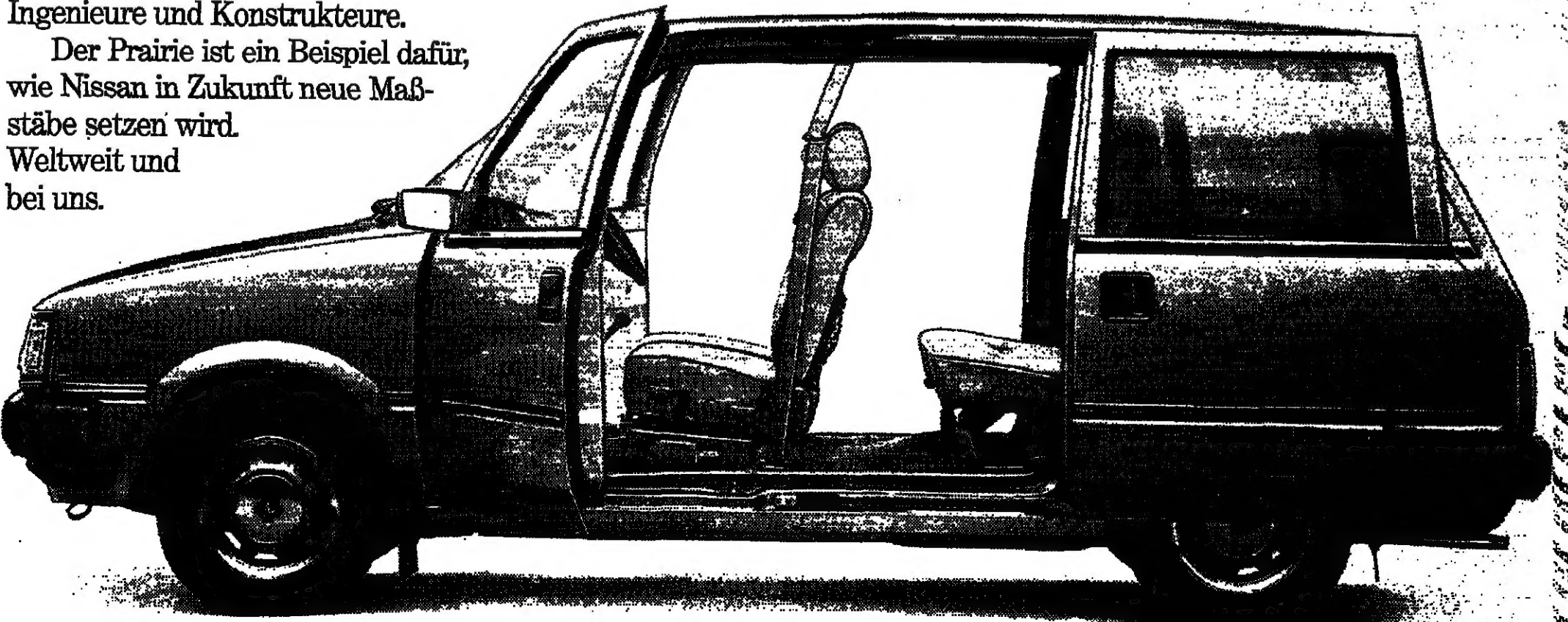
JAPAN
Redaktion: H.-H. Hübner, Bonn
Ausgaben: Hans H. Lange, Hamburg

So ein Auto hat die Welt noch nicht gesehen...

Der neue Nissan Prairie ist ein einzigartiger Beweis dafür, mit welcher innovativer Kraft der drittgrößte Automobilproduzent der Welt dem Nutzen eines Automobils neue Konturen gibt. Der Nissan Prairie repräsentiert ein völlig neues Konzept im Raum- und Komfort-Angebot auf Limousinen-Basis. Mit seitlichen, hinteren Schiebetüren und ohne Mittelholm (B-Säule) eröffnet er einen 3,2 m³ großen Innenraum, der durchgehend geöffnet ist.

Alte Vorstellungen vom Automobil beiseite zu schieben und neue, verkehrsgerechte Lösungen für die Zukunft anzubieten, daran arbeiten im Nissan-Technologie-Center hochqualifizierte und engagierte Ingenieure und Konstrukteure.

Der Prairie ist ein Beispiel dafür, wie Nissan in Zukunft neue Maßstäbe setzen wird. Weltweit und bei uns.



Nissan Motor Deutschland GmbH,
Nissanstraße 1, 4040 Neuss 1



NISSAN

Datsun von Nissan. Seit 50 Jahren.

نيسان من الأمل